

DRINGLICHKEITSANTRAG

1) Sicherstellung der medizinischen Versorgungsstrukturen im Grazer Westen

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP und SPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag betrifft die Strukturpläne im Gesundheitsbereich, eine detaillierte Entscheidungsgrundlage für wichtige Fragen der Gesundheitsplanung liefert der österreichische Strukturplan Gesundheit 2010. Dieser enthält nun auch Vorgaben für den ambulanten Bereich und für die Rehabilitation. Die Umsetzung der Vorgaben des ÖSG liegt bei den Ländern. Der vom Land Steiermark in Arbeit befindliche Strukturplan für die Steiermark sorgt derzeit für Aufregung. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die beabsichtigte Übernahme des LKH-West durch die Barmherzigen Brüder Eggenberg und die dadurch drohende Spitalsbetten-Reduzierung. Aufstockungen wird es in der LSF, bei den Barmherzigen Brüdern Marschallgasse und den Elisabethinen geben.

Im Raum Graz soll es im Zuge der Umstrukturierung, die bis zu fünf Jahre dauern wird, über 400 Betten weniger geben und über ambulante Versorgungsleistungen kompensiert werden.

Um die Leistungserbringung beziehungsweise die Versorgungsstrukturen im Grazer Westen und die speziellen Alleinstellungsmerkmale des LKH-West für Graz sicherzustellen, sollte die Stadt ehestmöglich mit der Landesregierung in Verhandlungen eintreten. Das subjektive Bedürfnis nach Versorgungssicherheit soll über Information der Bevölkerung gewährleistet werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, unterstützt vom SPÖ-Gemeinderatsklub, stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat richtet folgende Petition an die Steiermärkische Landesregierung:

Die Leistungserbringung beziehungsweise die Versorgungsstrukturen im Grazer Westen, wie

- die Abdeckung der notärztlichen Versorgung (rund zwei Drittel vom Grazer Westen),
- die Krankenhausbetten im notwendigen Ausmaß,
- die Notfallaufnahme EBA (fängt 70 Prozent der Akutfälle ambulant ab),
- die Abwicklung der für Graz wichtigen Pandemiepläne beziehungsweise Maßnahmen und
- das hochspezialisierte medizinische Fachwissen

sind sicherzustellen.

GR. **Baumann** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe KollegInnen von der ÖVP, herzlich willkommen in der Plattform 25. Ich weiß, es ist eine temporäre Aufnahme der ÖVP in dieser Plattform 25 bis zum Wahltag und ist auch eine inhaltlich eingeschränkte Aufnahme in die Plattform, nur was den Erhalt des LKH angeht. Aber jede Unterstützung für die Plattform 25 und die Anliegen der Plattform 25 sind willkommen und ich werde das gerne an die Verantwortlichen der Plattform 25 weiterleiten beziehungsweise ist wahrscheinlich eh schon auf Facebook gepostet. Scheinheilig, komisch argumentiert, wie immer man dazu sagt, man muss heute in diesem Gemeinderat ein bisschen vorsichtiger sein mit den Worten. Wichtig ist die Sicherheit der Gesundheitsversorgung zu haben und in dieser Sicherheit, in dieser Sicherheitsdebatte werden 400 Betten gestrichen, ohne, so wie du vorher erwähnt

hast, dass die Frau Landesrätin oder die Landesregierung irgendeine Ahnung oder irgendeine Vorstellung hat, wie es mit der Versorgung im Grazer Westen und das nicht nur in Graz, sondern rausgehend im Grazer Westen, überhaupt weitergehen soll. Keine Vorstellungen davon, wie das Notarztsystem verbessert werden soll, wie die praktischen Ärzte aufgepäppelt werden sollen, auch als soziale Zentren, dass die mobilen Dienste...

Zwischenruf unverständlich.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Du sei ruhig und höre einmal zu.

GR. **Baumann**: Den Strukturplan ohne Umsetzungsgeschichten zu machen und dann einmal 400 Betten zu streichen, ohne das andere anzubieten, das ist fahrlässig, liebe KollegInnen der ÖVP und der SPÖ. Ihr seid ja mit dabei in dieser ganzen Angelegenheit und es ist echt maßlos unverschämt, so einen Antrag zu stellen. Wir werden ihn natürlich unterstützen, wir werden Konzepte einfordern, Alternativen einfordern. Ich bin nicht gegen die mittelfristige Reduktion von 400 Betten, ich glaube, das ist sogar sinnvoll, es braucht nur die Alternativen dazu und die müssen parallel aufgebaut werden und das passiert jetzt überhaupt nicht. Und das Dritte ganz kurz. Privatisierung und Gesundheitssektor, ein ganzes LKH-West soll quasi wie eine Schönheitsfarm geführt werden in privater Hand oder sonst wie. Nein, also da wird es von unserer Seite, von Seiten der Grünen sicher keine Zustimmung geben (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist aus meiner Sicht ein Appell ins Leere und zwar aus dem Grund, weil er für mich einen ganz wesentlichen Faktor unbenannt lässt und sich nicht dagegen ausspricht, nämlich zu einer geplanten Privatisierung des LKH-West. Und aus dem Grund würde ich mal sagen, stimmt mich jetzt nicht verwunderlich, dass die Antragsteller ÖVP und SPÖ gemeinsam im Gleichklang sich nicht gegen die geplanten Sparmaßnahmen auf Landesebene ÖVP, SPÖ richten und aus meiner Sicht ist das natürlich gerade jetzt vor den Gemeinderatswahlen auch gezielte Absicht und als KPÖ treten wir immer gegen Privatisierungen in vielfältigsten Bereichen ein und das hat gute Gründe. Wir wissen, dass im Gesundheitswesen eine Privatisierung eines Krankenhauses mit Sicherheit eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort nach sich ziehen wird und gleichzeitig kann man sich ausrechnen, dass Stress beim Personal beziehungsweise schlechtere Entlohnungsbedingungen auch Folge sein werden und wer dann die Leidtragenden in dem Fall sind, ist aus unserer Sicht ganz klar, nämlich Patienten und Patientinnen. Aus dieser Sicht werden wir natürlich diesem Dringlichkeitsantrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen und als KPÖ wollen wir aus dem Grund einen Abänderungsantrag dazu einbringen. Und ich denke, dass ich ihn gleich inhaltlich vorstellen möchte.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich darf nur ganz kurz was dazusagen, weil der Antrag von SPÖ und ÖVP gemeinsam eingebracht wird, befinden wir uns jetzt schon in der inhaltlichen Diskussion und nicht mehr in der Dringlichkeitsdebatte, habe ich vorher vergessen dazuzusagen, deswegen ist das jetzt der richtige Zeitpunkt.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Also unser Antragstext soll, also der Antragstext soll aus unserer Sicht folgendermaßen abgeändert werden: Nämlich, der Grazer Gemeinderat unterstützt die Initiative gegen die Privatisierung des LKH-West durch die Politik und richtet folgende Petition an die Steiermärkische Landesregierung:

Die Leistungserbringung beziehungsweise die Versorgungsstrukturen im Grazer Westen wie die Punkte, die im Antrag sind, haben wir auch übernommen, sind sicherzustellen.

Das bedeutet die Erhaltung des LKH West und die Ablehnung einer Übernahme des Krankenhauses durch die Barmherzigen Brüder. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Der Antrag ist schon lustig, wenn der Bucklige den Hatscherten auffordert, etwas zu tun, was der Bucklige verbockt hat. Nämlich genau um das geht es. Eine Landesrätin für Gesundheitsfragen in der Steiermark versilbert Spitäler, die vor 12/13 Jahren um zig-Millionen Euro gebaut worden sind. Das LKH-West, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Piffl-Percevic, das LKH-West wurde mit dem Steuergeld der Steirerinnen und Steirer unter Finanzierung des Bundes, also auch der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, samt dem Großgeräteplan, den Geräten, die da drinnen stehen, CTs, Röntgen, das kostet ja alles Geld, um zig-Millionen Euro gebaut und 12 Jahre später sagt man, es gehört einem privaten Anbieter und er kann es um einen Euro haben.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es bleibt im Besitz des Landes.

GR. **Grosz:** Nichts gegen die Barmherzigen, ihr solltet vielleicht zu euren Marillenknödel mehr Slivovitz hineingeben, dann geht es auch leichter bei den Gemeinderatssitzungen aber zurück. Nichts gegen die Barmherzigen, ein exzellentes Spital, exzellente Ärzte, exzellente Führung, aber, sehr geehrte Damen und Herren, ein Privatspital und für die meisten nur zugänglich mit einer Zusatzversicherung und das ist Faktum und ich kann nicht aus der Not eines Versorgungsplanes dieser Stadt im Westen um zig-Millionen Euro ein LKH-West bauen, damit ich 12 Jahre später sage, es gehört einem Privatanbieter und ist damit nicht mehr in diesem Ausmaß zur Verfügung gestellt, wie es bisher war, denn das ist tatsächlich der Raub des sogenannten Volksvermögens. Die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten beim Bau, die Bevölkerung wird zur Kasse gebeten, wenn es darum geht, die Großgeräte hineinzustellen, aber die Bevölkerung ist dann ausgeschlossen 12 Jahre später, wenn sie nicht zufälligerweise eine Zusatzversicherung haben. Und das macht eine ÖVP-Gesundheitslandesrätin und da kommt dann der frischgebackene ÖVP-Clubobmann der Grazer Volkspartei daher und sagt, das ist alles ein Wahnsinn, geschäftsführender Klubobmann, kennt sich ja keiner bei euch aus bei den wunderschönen Pfautentitel, die da vergeben werden, und dann der sogenannte geschäftsführende Klubobmann eines Klubobmannes, brauchen wir uns ja nicht länger darüber unterhalten, es lacht ja eh die halbe Stadt, aber der kommt dann heraus und kritisiert zu Recht eine Gesundheitslandesrätin und fordert sie etwas auf, was Rot und Schwarz auf Landesebene machen. Ist im Übrigen der gleiche Blödsinn, deswegen wurde auch der Gemeinderatswahltermin vorverlegt, weil wir wissen, dass im Dezember 250 Millionen Euro Mehrbelastungen der Steirerinnen und Steirer ins Haus flattern durch Voves und Schützenhöfer, gehen wir auf 25. November vor. Und jetzt machen wir heute so ein bisschen eine Placebo-Geschichte, machen wir einen netten Antrag, damit man den Leuten die Angst nehmen beim LKH-West, das der Steuerzahler gebaut hat, das ist ja durchschaubar. Ja glaubt ihr den wirklich, die Menschen in dieser Stadt sind so dumm, dass sie euch das glauben? Ihr beschämt ja jede Intelligenz, jede intellektuelle Redlichkeit in dieser Stadt, dass die Bürgerinnen und Bürger das nicht durchschauen würden, das glaubt ja wirklich nur mehr ihr...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du hast den Röntgenblick.

GR. **Grosz:** Mehr Slivovic in die Marillenknödel, dann geht es wieder Klubobmann samt geschäftsführendem Klubobmann. Ist sowieso lustig, mit einem Beiwagerl, jetzt treten sie zu zweit schon an. Aber ok, das ist der Zustand der ÖVP, mir geht es um die Gesundheitspolitik und daher ist dieser Antrag...

Bgm.-Stv.in Rücker: Redezeit, Herr Gemeinderat.

GR. **Grosz:** Weiß ich, Frau Vizebürgermeisterin, nichts anderes, als etwas zu bekämpfen, was die ÖVP mit der SPÖ auf Landesebene schon gegen den Willen der Grazerinnen und Grazer längst beschlossen hat (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher:** Liebe GemeinderatskollegInnen! Die Geschichte beginnt natürlich viel früher, die Geschichte, die mit dem LKH-West in Zusammenhang steht und mit den Finanzen des Landes beginnt oder endet eigentlich dahingehend, dass das Land Steiermark, der Landeshauptmann und Landeshauptmannstellvertreter haben es ja mit ihren Worten schon gesagt, finanziell das Land an den Rand gefahren haben. Landeshauptmann Voves hat es sogar für sich selber zugegeben, in den letzten Jahren seinen Beitrag geleistet haben, das ist die Misere, das ist die Misere, die auch die steirischen Spitäler betrifft, wo man hört, dass das Land größte Probleme hat, überhaupt die Kreditrückzahlungen und die Zinsen für die in den letzten Jahren

aufgenommenen 260 Millionen Euro zu tilgen. Das ist das Problem, vor dem auch die Spitalslandesrätin steht und die natürlich einen Auftrag hat vom Landeshauptmann, entsprechende Sparmaßnahmen einzuleiten und Strukturmaßnahmen zu ergreifen. Der RSG ist es nicht, das ist die Budgetnot und ich hätte mir schon erwartet von jenen Parteien, die der Reformpartnerschaft im Land angehören, dass sie sich vor diese Linie des Landes stellen und zu sagen, ja, das ist unsere Linie im Land und in der Stadt Graz. Stattdessen wird hier wieder ein Tarnen und Täuschen getan, indem man den Grazerinnen und Grazern vorgaukelt, dass man das eigentlich eh etwas anders sieht, differenzierter sieht und man müsste eigentlich nur etwas reden und dann werden die Probleme auf einmal kleiner. Dadurch werden die Probleme nicht kleiner werden. Was aber sehr ernst zu nehmen ist, die Nöte der Grazerinnen und Grazer, die sich nicht orientieren an subjektiver Empfindung von Gesundheit, sondern die ganz klar möchten, dass ihre Gesundheit, ihre Gesundheitsleistungen, dass sie ihr Bett und ihren OP-Termin usw. bekommen, dass sie den auch erhalten und zwar in Ortsnähe. Und das Ganze betrifft nicht nur den Westen der Stadt Graz, sondern sehr wohl auch das LKH Universitätsklinikum Graz, weil wir wissen nicht, welcher Überlauf noch stattfinden wird von Leistungen, die bisher im LKH-West durchgeführt worden sind und nachher im Klinikum zu erbringen sind. Sehr wohl ist aber bekannt, und da bin ich ganz konträr zur KPÖ, dass es keine Frage der Privatisierung ist und es ist auch keine Frage, dass die geistlichen Spitäler in der Marschallgasse, bei den Barmherzigen Brüdern in Eggenberg bis dato und in den letzten Jahren und Jahrzehnten ausgezeichnete Leistung gemacht haben, die auch österreichweit gewürdigt werden (*Applaus ÖVP*).

StR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Vieles ist schon gesagt worden zu diesem Antrag. Ich denke, wir haben eine entscheidende Feststellung zu treffen, dass wir hier in der Stadt die Aufgabe haben, die

Versorgungssicherheit für die Grazerinnen und Grazer zu gewährleisten und so denke ich, ist dieser Antrag auch zu verstehen, dass es unsere Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung ist, hier an die Landesregierung heranzutreten und mit Vorgaben der Stadt Graz in Gespräche mit der Landesregierung einzutreten. Bedauerlicherweise ist es nicht in unserer Hand, über Bettenplan, über Strukturplan, über Akutbetten, über den Verkauf, die Verpachtung, die Vermietung einzelner Krankenanstalten aus dem Rahmen der Krankenanstaltengesellschaft an private Trägerinnen und Träger zu entscheiden. Jedenfalls bin ich grundsätzlich der Auffassung, dass es wichtig ist, dass die Stadt Graz in der Wahrnehmung dieser Verantwortung Festlegungen trifft, die in diesem Antrag festgeschrieben sind. Natürlich hat der Heinz Baumann Recht, wenn er sagt, wenn wir darüber reden, und das ist ja ein Auftrag, der uns Jahre und Jahrzehnte in Wahrheit schon begleitet, nämlich im Akutbettensektor Reduzierungen vorzunehmen, um gleichzeitig die extramurale Versorgung, also die Gesundheitsversorgung und die Krankenbehandlung außerhalb des Spitals, außerhalb des stationären Bereiches, aufzubauen. Also begleitende Maßnahmen, denke ich, sind wesentlich, ich glaube, dass wir hier auch einen guten Beitrag der Stadt Graz leisten, wenn wir den Gesundheitsbegriff so definieren, wie wir das vorgenommen haben, wenn wir uns der Gesundheitsförderung intensiv widmen, wie wir das mit den beschlossenen Konzepten schon getan haben. Über diese festgeschriebenen notwendigen Eckpfeiler der Versorgungssicherheit für den Grazer Westen und der Grazerinnen und Grazer insbesondere ist mir noch wichtig, eines festzuhalten: Die hohe Qualität der medizinischen Versorgungsleistung im LKH-West ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Krankenhauses zu verdanken. Hier sind hochspezialisierte Dienste gebildet worden, wo ich glaube, sagen darf, dass es großartig ist, welche Leistung hier vonstatten geht und dass es auch entscheidend ist, dass wir uns zusätzlich dazu bekennen, dass die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewahrt werden müssen, im vollen Umfang gewahrt werden müssen und dass es sichergestellt ist, dass auch diese hochspezialisierten Dienste, die über 15 Jahre

aufgebaut wurden, weiterarbeiten können im Interesse der Grazerinnen und Grazer. Dankeschön (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

GR. **Hohensinner**: So, lieber Gerald Grosz, ich möchte einmal mehr feststellen, dass du dich in die Materie nicht einliest, dass du einfach da Falschheiten verbreitest. Es ist einfach so, dass das LKH-West einen neuen Betreiber bekommt, aber alle Geräte, das Haus natürlich im Eigentum des Landes bleiben wird, das ist einmal so. Und bevor du dich nicht einliest in die ganzen Sachen, dann würde ich an deiner Stelle da nicht so eine Wortspende abgeben (*Applaus ÖVP*). Zum Zweiten möchte ich auch hier ausdrücklich danke sagen zu den Ordensspitalern, die wirklich großartige Arbeit in unserer Stadt leisten, danke dafür (*Applaus ÖVP*). Ich möchte da noch einmal feststellen, dass die Wortredner vor mir anscheinend den österreichischen Strukturplan und auch nicht den Steiermärkischen Strukturplan gelesen haben, weil da wäre ganz klar hervorgegangen, dass eine Versorgungsstruktur neu geordnet wird, dass geschaut wird...

Zwischenruf GR. Baumann: Wo denn?

GR. **Hohensinner**: ...dass weniger Betten da sind, dass man die Leute auch ambulant vorher abholt, das ist, glaube ich, die wichtige Sache und uns als Stadt Graz...

Zwischenruf GR. Baumann: Unterlagen gibt es schon, aber...

GR. **Hohensinner**: Es gibt die Unterlage und uns als Stadt Graz muss es wichtig sein, dass die Versorgungssicherheit und vor allem die Akutversorgung im Grazer Westen sichergestellt ist und ich glaube, dass es ganz, lieber Heinz, notwendig ist, dass wir unseren Gesundheitsstadtrat Michael Grossmann mit einer überwältigenden Mehrheit da bei diesem Antrag ausstatten, dass er dann zum Land gehen kann und diese wichtigen Punkte für Graz ausverhandelt mit einem starken Verhandlungsmandat.

Zwischenruf GR.in Binder: Das hätte er sowieso gemacht, dafür braucht er deine...

GR. **Hohensinner**: Der Bürgermeister, lieber Karl-Heinz, war bereits vorstellig und hat schon die Anliegen der Stadt eingebracht und wird es auch gerne noch einmal tun. Und ich möchte auch noch einmal zum Ausdruck bringen, dass die Wortspenden meiner Vorredner wirklich einmal gezeigt haben, dass der Wahlkampf dahinter ist, weil ich denke, so ein wichtiges Thema, wenn man uns da einen Wahlkampf vorhält, uns ist es irrsinnig wichtig, dass diese Punkte der Akutversorgung im Grazer Westen von einer breiten Mehrheit unterstützt werden und dass wir so in Verhandlung treten können und bitte noch einmal um eine breite Mehrheit. Danke (Applaus ÖVP).

Der Abänderungsantrag von GR.ⁱⁿ Mag.^a Taberhofer wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.25 Uhr den Vorsitz.

2) Integrierte Verkehrsplanung Hauptbahnhof und Dietrichsteinplatz

GR. **Mayr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stadt Graz setzt in den letzten Jahren massiv auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und ist damit auch sehr erfolgreich, wie an den Fahrgastzahlen abzulesen ist. Erhöhte Frequenzen und vermehrte und größere Fahrzeuge mit größeren Kapazitäten bedingen natürlich auch teilweise erhebliche Umbaumaßnahmen im Straßenraum. Entscheidend ist bei diesen Umbaumaßnahmen aus unserer Sicht zumindest eine faire Verteilung des knappen Straßenraums auf die verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Aus der Sicht der ÖVP-Fraktion ist dies nicht gelungen bei den Planungen im Bereich des Dietrichsteinplatzes und im Nordteil des Europaplatzes im Zuge der Baumaßnahmen Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof. Ich möchte jetzt diese beiden Punkte und den Vorschlag, folgende Planungen über einen dringlichen Antrag zu beschließen, noch einmal kurz ausführen. Zunächst einmal zum Bereich des Hauptbahnhofes. Wir haben zum Zeitpunkt der Beschlussfassung eigentlich einen Konsens gehabt, einen an sich schon nicht sehr befriedigenden Konsens, nämlich dass der nördliche Teil des Europaplatzes nicht von der Baustellensituation oder von Umplanungen betroffen ist, weil man zunächst einmal keine bessere oder befriedigende Lösung finden konnte, weil das möglicherweise erhebliche Kosten, zusätzliche Kosten verursacht hätte, die das Gesamtprojekt gesprengt hätten, also

war zunächst einmal der Ausgangspunkt, dort bleibt die Situation wie sie ist. Dann war natürlich klar, dass im Zuge der Baustelleneinrichtung und der Baustellenabwicklung hier es zu massiven Einschränkungen kommen wird. Allerdings ist im Zuge der Umsetzung der Nahverkehrs-drehscheibe Hauptbahnhof ist es auch zu Umplanungen gekommen. Auf der einen Seite durchaus forciert auch von der ÖBB, Regionalbusbahnhof, wo es darum geht, den Autoverkehr und den Busverkehr möglichst komplett voneinander zu trennen. Die Konsequenz daraus ist jetzt allerdings folgende, dass die äußerst unbefriedigende Situation für den ENV sich noch einmal verschlechtert hat und eigentlich die Situation, die wir uns jetzt aus der Baustelle eigentlich nicht erhalten wollten, definitiv wäre für die Nachbaustellenphase. Das heißt, ich kann jetzt mit dem Auto, wenn es darum geht, Leute zur Bahn zu bringen zum Beispiel auf das Gelände einfahren und habe dann nur mehr eine Fahrspur Möglichkeit, nämlich rechts abbiegen, um das Gebäude Ibis/Merkur herum zur Kreuzung Ghegagasse und sollte ich keine Abstellmöglichkeit gefunden haben auf diesem sehr kurzen Stück mit einer äußerst geringen Parkplatzanzahl, dann habe ich wieder zwei Ampeln, bis man wieder auf das Gelände des Europaplatzes einbiegen kann. Diese Situation ist äußerst unbefriedigend und im Endeffekt geht es darum, die Zubringermöglichkeit zur Bahn zu gewährleisten. Keine Frage, dass wir dort im Hauptbahnhof mittlerweile ein halbes Einkaufszentrum haben und wir natürlich auch den KundInnenverkehr haben. Allerdings wäre es ja geradezu absurd, jetzt in der politischen Diskussion zwischen den guten Autofahrern, die jemanden zur Bahn bringen und den bösen Autofahrern, die vielleicht einkaufen wollen, zu trennen. Die Situation und die Aufgabe, die Sache dort zu entschärfen, liegen bei der Stadt Graz und im Endeffekt auch bei der Politik. Deswegen stellen wir den dringlichen Antrag, die Situation auf dem Europaplatz zumindest soweit wieder herzustellen, wie es zu Beginn der Bauphase und vor der Bauphase geplant war, nämlich zumindest um die Grüninsel, die im Nordteil des Europaplatzes gegeben ist, auf diese von beiden Seiten mit den Pkw befahren zu lassen, auf beiden Seiten auch eine Parkmöglichkeit zu schaffen. Im Ostteil ist dieser Konsens ja eigentlich schon gegeben, hier könnte man noch vier zusätzliche Parkplätze gewinnen und auf der

Westseite weitere 15, damit hätte man auf der einen Seite entschärft diese etwas chaotische Stausituation, obwohl eigentlich gar nicht so viel Fahrzeuge im Endeffekt auf den Europaplatz einfahren, genügen schon wenige Fahrzeuge, wenn ein Zug ankommt, wenn ein Zug wegfährt, also die großen Standardverbringungen, auch am Wochenende entsteht schon mit wenigen Fahrzeugen dort eine enorme Stausituation, das könnte man entschärfen, indem man den Verkehr fahren lässt und diese Grüninsel und die Parkmöglichkeiten schafft, das ist der Punkt 1. Beim Punkt 2, Dietrichsteinplatz, gibt es eine Parallele in der Planung, da war zunächst vorgesehen, eine äußerst geringe, also gar keine wirkliche, gestalterische Änderung durchzuführen. Der Ausgangspunkt sind die Gleisbaumaßnahmen für den 6er und für die Variobahn auf dem 6er und hier wurde zunächst einmal die Fahrbahnsituation in Bestand gehalten und diese sogenannte „Nase“ vor der Konditorei Binder in einem gewissen Umfang erweitert, um dort einen Baum pflanzen zu können und eine ganz geringe gestalterische Variante zu bringen. Im Zuge der Planungen wurde dann relativ spät dieser Bereich noch einmal neu gestaltet oder neu geplant. Und der führt jetzt dazu, dass es neben der vorher vorhandenen Möglichkeit, dass ein Rechtsabbieger in die Münzgrabenstraße zusätzlich sich aufstellen kann, diese Möglichkeit wurde genommen, es gibt nur mehr die Fahrspur für eine Fahrzeugbreite und das führt natürlich dazu, wir haben ja in der Studie auch, die uns die Frau Vizebürgermeisterin heute präsentiert hat, auch gesehen, dass 25 % der Fahrzeuge in diese Richtung rechts in die Münzgrabenstraße abbiegen, die sind jetzt sozusagen auf der gleichen Fahrspur wie die Geradeausfahrenden, und in unserem dringlichen Antrag geht es darum, die ursprüngliche Situation wieder herzustellen, nämlich die Fahrbahn von 3,5 Meter wieder auf 5 Meter zu verbreitern, um die Stausituation in diesem Bereich zu entschärfen und im Endeffekt einen flüssigeren Verkehr zu bringen. Wir haben in der Studie diese 25 % genannt, die verursachen jetzt natürlich einen zusätzlich Stau, und der entscheidende Punkt ist, und das ist durchaus die Parallele zum Bahnhof, wir behindern zu einem gewissen Grad den eigenen ÖV, den wir forcieren wollen, durch diese bauliche Situation wird es nicht möglich sein, dass zum Beispiel ein Gelenkbus, der in Zukunft dort geplant ist, ein größerer Bus, größer als 15 Meter, diese

Ecksituation problemlos umfahren kann. Also hier muss man ja dazusagen, dass auch noch keine straßenrechtliche Bewilligung für diese Situation gegeben ist und es eigentlich eine Grundvoraussetzung wäre, etwas, was auch in der Studie schlussendlich erwähnt wurde, dass man für die Busse, die dort fahren, noch einmal zu einer Umplanung kommen muss. Und das möchten wir in unserem dringlichen Antrag noch einmal unterstreichen, festhalten, dass hier diese Situation um diese sogenannte „Nase“ Ecke Grazbachgasse – Münzgrabenstraße entschärft werden soll mit einer Aufweitung der Fahrbahn und mit einer Entschärfung insofern, dass Busse hier auch diese „Nase“ bequem und ohne den Gegenverkehr und die Straßenbahn, die entgegenkommt, zu behindern (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Die KPÖ wird bei diesem Dringlichkeitsantrag der Dringlichkeit zustimmen. Es gibt in beiden Bereichen sicher noch Diskussionsbedarf, ob das jetzt am Hauptbahnhof ist oder am Dietrichsteinplatz. Sollte die Dringlichkeit durchgehen, möchten wir dann einen Abänderungsantrag einbringen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn der geschäftsführende Klubobmann Kurt Hohensinner bei seinem dringlichen Antrag gesprochen hat, sein Antrag hat mit dem Wahlkampf überhaupt nichts zu tun, bin ich ihm nur dankbar, dass er das wenigstens nicht für den Antrag auch eingebracht hat des Kollegen Mayr. Ich glaube ja, in diesem Raum und auch darüber hinaus ganz Graz glaubt ja nicht wirklich, dass es der ÖVP jetzt um die Sache selbst geht, ob die „Nase“ am Dietrichsteinplatz einen halben Meter länger ist oder nicht. Sondern der Kollege Peter Mayr, mein Kollege Verkehrssprecher, und diesbezüglich muss ich ihn ja direkt bedauern, dass er heute hier heraus muss, einen Antrag einbringen muss, um nur zu beweisen, wie machtvoll der Herr Bürgermeister hier

agiert (*Applaus SPÖ und Grüne*). Weil, machen wir uns nichts vor, so etwas hat es ja schon lange nicht mehr gegeben, in letzter Zeit häufen sich die Dinge, der Herr Bürgermeister ist ja zwischenzeitlich auch zum Ampelexperten geworden und kümmert sich um die Ampeln der Stadt Graz oder um die schlecht funktionierenden Ampeln und jetzt geht es ihm um Verkehrslösungen, weil seine Ex-Partnerin, Koalitionspartnerin Lisa Rücker anscheinend mit ihrem Team, mit der Verkehrsplanung, nicht in der Lage ist, das entsprechend abzuwickeln. Es ist nicht nur ein Affront gegenüber einer Stadtsenatskollegin, sich in die Agenden, in die Aufgaben und in die Verantwortungsbereiche einer Kollegin, eines Kollegen einzumischen und mehr oder weniger darüberzufahren und sagen, anders hat es zu passieren, obwohl seit Monaten gewusst wurde und jeder von hier weiß, was geplant ist, wie die Bauwerke hier am Bahnhof entstehen werden, welche Verkehrssysteme hier greifen werden oder auch nicht greifen werden und urplötzlich kommt man im Sommer dahinter, da muss ich jetzt eingreifen, da ist ein Machtwort des Bürgermeisters gefragt. Ein Machtwort so unter der Devise, ich bin Bürgermeister, ich bin Graz, mir gehört Graz und ich bestimme, was in dieser Stadt zu passieren hat. Und noch dazu solche Problemchen, wo man öfter erwartet hätte und uns gewünscht hätten als SPÖ-Fraktion, dass die ÖVP bei so Dingen wie Wohnstraße Eggenberg oder bei der Bustrasse Hirtenkloster, wo wirklich Handlungsbedarf gewesen wäre, oder Shared-Space-Aktion, wenn da die Bürgermeisterpartei aufgestanden wäre und gesagt hätte, so jetzt ist Schluss mit diesen Blödsinnigkeiten, das nicht, aber nein, bei dieser „Nase“ am Dietrichsteinplatz reibt sich die ÖVP, das glaubt ja wirklich keiner, dass das der ÖVP wirklich ein dringendes Anliegen ist.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Dann kennst du uns nicht.

GR. **Eichberger:** Zur SPÖ und zur Haltung der SPÖ in dieser Frage und zum inhaltlichen Thema. Ich gebe dem Peter Mayr insofern Recht, dass es Handlungsbedarf gibt und kann auch die Frau Vizebürgermeisterin nicht von der Schuld freisprechen, sie war hier lax, sie war hier nachlässig. Weil wir sind vor wenigen Wochen hier im Juni auch an diesem Rednerpult gestanden, fast die Gleichen, die sich heute zu Wort melden und es gab damals zwei dringliche Anträge zu diesem Thema Hauptbahnhof, wo die Frau Vizebürgermeisterin aufgefordert wurde, gebeten wurde, uns entsprechende Planungen, Änderungen zum Hauptbahnhof vorzulegen. Hätte sie diese Aufgabe, diesen Auftrag des Gemeinderates erfüllt, wäre es möglicherweise nicht dazu gekommen, wobei ich bedaure, dass der Antrag des Kollegen Mayr sehr eng zu sehen ist, auch ich habe mich damals zu Wort gemeldet und habe gesagt, Bezirksvorsteher Otto Trafella kämpft seit Jahren mit Bürgerversammlungen, mit Zusagen der Frau Bürgermeisterstellvertreterin auch um eine bessere Situation für die Anrainerinnen und Anrainer, ob das in der Ghegagasse ist, ob das in der Babenbergerstraße ist etc. Das heißt, man darf dieses Problem nicht nur festmachen jetzt, ob es zehn Kiss-&-Ride-Parkplätze gibt oder 10 Parkplätze in Form einer Grünen oder Blauen Zone, was immer, sondern es gibt ein Problem. Das Problem gab es vor dem Umbau, das Problem gibt es jetzt während der Bauphase und ich fürchte, dieses Problem, dieses Parkchaos wird es auch nachher geben. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, weil nichts passiert ist, zumindest nicht in diese Richtung, wie wir uns das als Sozialdemokraten erwartet hätten, dass es hier zu einem Konzept kommt, dass man dort wirklich Maßnahmen setzt, einerseits um den BewohnerInnen dort zu helfen, andererseits unter Umständen diesen Park-Such-Verkehr vor allem auch an Sonntagen, was sehr lästig ist, wenn die Leute dort einkaufen gehen, in den Griff zu bekommen, da ist nichts passiert. Was die andere Situation betrifft, und deswegen werden wir auch der Dringlichkeit wie dem Inhalt des Punktes 1 zustimmen, was den Dietrichsteinplatz betrifft, mag die eine oder andere ein Problem haben, ich habe es auch vom Kollegen Schröck gehört, ich habe ihm empfohlen, vielleicht ein paar Fahrstunden zu nehmen, wenn er diesen Kurvenradius von der Grazbachgasse in die Münzgrabenstraße nicht schafft, immerhin fünf Meter Breite werden ja für einen Pkw

möglicherweise reichen. Wir werden aus diesem Grund dagegen stimmen zu diesem Antrag, weil interessanterweise nicht nur unser SPÖ-Bezirksvorsteher, sondern auch interessanterweise beide ÖVP-Bezirksvorsteher/innen hier keine Notwendigkeit einer Änderung dieser Maßnahmen sich wünschen oder für notwendig erachten. Sowohl der Bezirksvorsteherstellvertreter aus Jakomini als auch die Bezirksvorsteherin aus dem Bezirk Leonhard sehen keine Notwendigkeit, im Gegensatz zur Gemeinderatsfraktion und dem Herrn Bürgermeister, dort jetzt etwas anderes zu machen, als passiert ist. Aus diesem Grund wünschen wir uns zu diesem dringlichen Antrag eine getrennte Abstimmung nach Punkt 1 und nach Punkt 2. Dringlichkeit ja, aber unterschiedliches Stimmverhalten seitens der Fraktion. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem ich ja davon ausgehe, dass der Herr Gemeinderat die Geschäftsordnung des Magistrates aufgrund der vielen Jahre der Mitarbeit schon kennt, möchte ich darauf hinweisen, dass ich von der Frau Vizebürgermeisterin gebeten wurde, die Vertretung in ihrem Ressort zu machen und das möchte ich da einmal sehr deutlich festhalten. Des Weiteren möchte ich auch sagen, dass es mir ein wichtiges Anliegen ist, dass große Lkw oder 15-Meter-Busse vielleicht um eine Kurve kommen...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, wird jetzt gemacht, aber wenn man sich anschaut, wie viel Pläne, wie vielen Menschen gezeigt wurden, wer da welche Aufträge gibt, kann ich nur sagen, es ist dringend an der Zeit, dass man auch darüber nachdenken, wie wir ohne

Verhandlungen straßenrechtliche Pläne einfach mit der Hand verändern und umzeichnen und eigentlich dadurch eine Gesamtsituation entsteht, mit denen Menschen einfach konfrontiert werden und ich habe gesagt, ich würde nur bis zum heutigen Tag gerne wissen, wer diese „Nase“ dort einfach in Auftrag gegeben hat, weil sie muss sowieso zurückgebaut werden und wer das jetzt zahlt und ich habe gesagt, ich würde ganz gerne haben, dass es der zahlt, der es in Auftrag gegeben hat. Bis heute ist es mir noch nicht gelungen, jetzt festzustellen, wer den Auftrag gegeben hat, aber vielleicht wird es sich im Zuge...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem alle gesagt haben, es ist eine Einmischung, habe ich gesagt, dann diskutieren wir es hier im Gemeinderat und ich glaube, das ist heute auch gut und es wird zu einer Lösung kommen. Aber die Gesamtsituation war nicht gut und ich haben auch der Frau Vizebürgermeisterin gesagt, dass ich selber nicht einmal weiß, was die Frau Vizebürgermeisterin weiß, sondern was da viele verschiedene Stellen von Holding bis Ämtern, Mitarbeitern in den Ämtern wirklich da tun und es wird zu einem Rückbau kommen müssen, und eines will ich nicht haben, dass es wieder einmal heißt, die Stadt Graz hat was geplant, baut etwas und eine Woche später reißen wir wieder alles auf, weil dort schreit, wenn ich so sagen darf, auch jeder von Ihnen auf und jetzt haben wir es eh schon gemacht, jetzt steht einmal die Baustelle und wir werden eine Lösung finden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Zum etwas überzogenen Auftrag des Gemeinderates Eichberger, was mich schon ein wenig daran erinnert hat, an das Trauma der unerhörten Braut. Also viereinhalb Jahre ist die Sozialdemokratie nicht erhört worden, jetzt auch, wenn ein Antrag vom Inhalt her ja vernünftig ist, tut man sich sehr schwer, dagegen zu argumentieren, aber dem Gemeinderat ist es gelungen, auch wenn es natürlich die persönliche Emotion war der Bedeutungslosigkeit der Sozialdemokratie in den vergangenen viereinhalb Jahren und wahrscheinlich auch, wenn sie so weiter machen, die künftigen fünf Jahre ihnen blühen wird. Der Bürgermeister vollzieht, ich verstehe nicht, warum es einen dringlichen Antrag dazu noch geben muss, der Bürgermeister vollzieht zumindest im Punkt 1. einen beschlossenen dringlichen Antrag des BZÖ. Das Recht geht noch immer vom Volk aus und die Volksvertretung sind die 56 Gemeinderäte. Und das ausführende Organ sind die Mitglieder der Stadtregierung und dazu zählt die Vizebürgermeisterin, und wenn wir hier in diesem Gemeinderat beschließen, dass die Frau Vizebürgermeisterin aufgefordert wird, zu tun und zu machen und in einer demokratischen Mehrheit, in einem demokratischen Prozess hier im Gemeinderat einen Auftrag erteilen, wie wir es beim Budget tun, wie wir es bei 90 % unserer Beschlüsse tun und auch heute noch tun werden, dann haben wir gefälligst auch das Recht, dass diese Beschlüsse umgesetzt werden. Und eine Mehrheit des Gemeinderates hat vor dem Sommer die Vizebürgermeisterin aufgefordert zu tun und die Vizebürgermeisterin hat es nicht getan und jetzt bin ich froh, dass der Bürgermeister zumindest nach viereinhalb Jahren, wenn der berühmtberüchtigte Hintern auf Grundeis geht, das ist nämlich immer vor Wahlen so, dann einmal draufkommt, sich aus dieser Geiselhaft zu entfernen und das Vernünftige in dieser Stadt zu tun, auch wenns ein wenig spät ist mit der Verzögerung einer großen Packung Valium, sage ich ganz ehrlich. Ein Siebenschläfer ist manches Mal schneller auch in der Reaktion, das richtig zu tun, was die Menschen wollen. Und die Menschen haben gesagt, fahrt ab mit dem Shared Space, was brauchen wir Millionen Euro für ein Projekt, ein Prestigeprojekt der Vizebürgermeisterin, das de facto nichts bringt. Und die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben vor einem Jahr schon gesagt, ja bitteschön nehmt uns doch nicht die letzten Parkplätze als

Anbindung zum öffentlichen Verkehr beim Hauptbahnhof, Bürgermeister war es egal, er war ja damals noch in der sogenannten Nasenringstellung wie der Tanzbär, der von seiner Vizebürgermeisterin durch die Arena gezogen wird, bildlich dargestellt, will niemanden persönlich beleidigen, aber so haben es die Menschen dieser Stadt ja empfunden und jetzt löst er sich halt davon um seine letzten bürgerlichen Regimenter vor einer Wahl noch zu retten und der Vernunft endlich gerecht zu werden und das Richtige zu tun, da sollten wir ihm doch applaudieren, dass er nach viereinhalb Jahren endlich gescheitert geworden ist. Ich habe den Bürgermeister getroffen beim Aufsteigern, da hat er Herzen verteilt, da habe ich ihm auch gratuliert, endlich zeigst du nach viereinhalb Jahren Herz in dieser Stadt, da habe ich ja nichts dagegen, wenn er das endlich tut und da habe ich ja auch nichts dagegen, wenn er endlich solche Projekte einer Vizebürgermeisterin, die er zum Nachteil der Grazerinnen und Grazer in manchen Bereichen gehandelt hat, endlich rückgängig macht, um solche Unsinnigkeiten, solche sinn- und nutzlosen Steuergeldverschwendungen endlich eindämmt und den mündigen Menschen in dieser Stadt gerecht wird und daher stehen wir nicht an, diesen Antrag vollinhaltlich zu unterstützen, das ist ja der Offenbarungseid auch des eigenen Scheiterns, Kollege Mayr, oder auch der möglichen eigenen Durchsetzungskraft. Es kann ja sein, dass ihr das immer besser gewusst habt, das gestehe ich euch ja zu, das Problem, ihr habt es hier nur nie gesagt, und getan habt ihr es noch weniger. Aber wenn ihr jetzt zwei Monate vor der Gemeinderatswahl draufkommt, dass es einen gewissen Intellekt auch in euren Reihen gibt, dass es eine gewisse Vernunft auch in euren Reihen gibt, ja dann hindere ich euch ja nicht, sondern bestärke euch und rufe euch zu, gut so, weiter so (*Applaus BZÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Peter Mayr! Es ist ja schon vieles gesagt worden, auch die Freiheitlichen haben natürlich das Problem Bahnhof schon vor dem Sommer als Problemstelle erkannt.

Kollege Mag. Korschelt hat auch von unserer Seite einen Antrag eingebracht, der schlussendlich mit dem BZÖ-Antrag zusammen beschlossen wurde. Jetzt ein bisschen spät auf den Zug nach dem Koalitionsbruch Schwarz/Grün ist auch die ÖVP aufgesprungen, haben wir schon gehört, Wahlkampf ist, aber besser man zieht jetzt noch die Notbremse, als die Plätze sind fertig gebaut und der Zugang für den Autofahrer, siehe Bahnhof, siehe Dietrichsteinplatz, ist verunmöglicht, verursacht Stau, was ja wieder der Umwelt und der Feinstaubbelastung nicht wirklich zugute kommt. Inhaltlich tragen wir den Antrag mit, hier gilt es nur zu kritisieren seitens der Grünen, warum immer funktionierende Verkehrssituationen mit Absicht verschlechtert werden, warum gibt es nicht von Anfang an die 42 Pkw-Stellplätze, da können wir jetzt diskutieren. Ob man sie dann als Kiss-and-Ride oder als Blaue Zone ausführt, das wird dann auch der Ausschuss in Hinkunft tun, weil hier werden wir auch dem KPÖ-Abänderungsantrag werden wir mitstimmen, dass der Ausschuss hier noch einmal in einer Fachdiskussion den Schlusstrich zieht, hoffentlich in absehbarer Zeit, damit das noch vor Bauende geschieht. Ein paar Worte noch zum Dietrichsteinplatz. Auch dort haben wir gehört, wird künstlich ein Stau erzeugt, auch Kollegin Ingrid Benedik beobachtet das, weil die dort anrainermäßig wohnt, es wird hier sicher eine schlechtere Situation als wie vor der Umgestaltung sein. Busse, selbst in Ihrem Gutachten können wir das heute herauslesen, dass Busse schon jetzt beim Abbiegen eben ein Problem haben, das heißt, hier gehört nachgebessert und wo wir jetzt dann schon hellhörig geworden sind, dass der Herr Bürgermeister behauptet hat, diese Gehsteignase, da ist gar nicht wissentlich bewusst, wer diese in Auftrag gegeben hat, also das wird die Frau Vizebürgermeisterin hoffentlich aufklären, weil es werden ja nicht Beamte von sich aus tätig werden und solche Zeichnungen verändern, ohne dass die Chefin in ihrem Amt da nicht den Segen dazu gibt. Also hier bitte ich noch um die Aufklärung (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich sage jetzt bewusst noch nichts zum Inhalt dieser beiden Wünsche, die da in diesem dringlichen Antrag auf den Tisch kommen. Ich möchte noch einmal erläutern, warum die Dringlichkeit aus meiner Sicht nicht gegeben ist. Im ersten Fall, wenn es um den Bahnhof geht, dann passiert da schon etwas sehr Erstaunliches. Abseits dessen, dass wir alle und der Herr Bürgermeister und ich ganz besonders gut wissen, dass es hier nicht um Inhalte geht, sondern um eine Machtdemonstration, die wir hier jetzt abführen, aber Machtgehaberei und Vernunft haben nicht immer eine schwesterliche Haltung (*Applaus Grüne*). Aber noch einmal, es ist doch interessant, dass am Bahnhof bei der Nahverkehrsdrehscheibe, wo die Baudirektion des Bürgermeisters die umsetzende Stelle ist, die dort unter den Rahmenbedingungen, die am Bahnhof tatsächlich nicht einfach sind, auf fachlicher Grundlage versucht hat, eine gute, optimalste Lösung unter den Rahmenbedingungen zusammenzubringen, auch innerhalb der Baustellenphase in einer schwierigen Situation mit all den Rahmenbedingungen, auf die ich jetzt nicht eingehe, in späterer Folge dann schon, dass die Baudirektion, für die der Bürgermeister zuständig ist, dort eine Umsetzung macht und der Bürgermeister, der zuständig ist, sich hier im Gemeinderat eigentlich distanziert von den eigenen Leuten, die dort fachlich seit Monaten versuchen, das Optimum herauszuholen, um hier seine Machtdemonstration abzuführen. Deswegen ist das nicht dringlich. Er hat die ganzen Monate die Möglichkeit, sich mit seinen Leuten auseinanderzusetzen, es wird im Anschluss dann auch die Möglichkeit geben, inhaltlich sich das auch noch einmal erläutern zu lassen. Hier wurde fachlich versucht, aus einer schwierigen Situation eine optimale Lösung zu machen, dass sie immer schwierig bleiben wird am Bahnhof unter den Bedingungen mit Spar etc. ist ein Faktum, das hat hier auch niemand bestritten. Zum Dietrichsteinplatz möchte ich noch einen Punkt aufgreifen, den der Bürgermeister angesprochen hat, es gab ja eine Untersuchung, das Ergebnis liegt am Tisch, die Verkehrssituation hat sich dort nicht verschlechtert, ganz im Gegenteil, für die FußgängerInnen hat es sich verbessert, das mit der Schleppkurve mit dem Bus, das hat sich herausgestellt, dass da nachzubessern ist, dieser Auftrag ist auch schon gegeben worden, das wird auch gemacht. Die A 17, das ist auch im Bereich des

Bürgermeisters gelegen, das ist die Bau- und Anlagenbehörde, ist der Ort, an dem dieses Verfahren noch hängt. Unsere Unterlagen sind längst dort, also ich denke, es hätte da vieles auf Ebene des Bürgermeisters auch in Absprache mit mir im Vorfeld geklärt werden können, aber hier geht es ja offensichtlich um ein Politikum, das hier abgeführt werden muss. Deswegen kann ich nur sagen, die Dringlichkeit ist nicht gegeben und es wird einen Abänderungsantrag geben, um noch einmal in die Ausschüsse zu gehen. Der Diskussionsbedarf ist anscheinend groß, das macht auch Sinn, das noch einmal unter sachkundigen Gemeinderäten/Gemeinderätinnen mit Einbindung der Fachleute vielleicht auch mit einer Beteiligung des Bürgermeisters persönlich, das wäre auch einmal eine Möglichkeit, die Dinge noch einmal zu erläutern und ich würde sagen, das wäre die vernünftigste Lösung, um nicht einer Verkehrslösung, die versucht, verschiedene Bedürfnisse unter den Hut zu bringen, unter die Räder kommen zu lassen, einer reinen Wahlkampfdiskussion, das wäre wirklich verdammt schade, abgesehen davon, dass wir ja wissen, dass aus dem Bezirk rund um den Dietrichsteinplatz ganz eindeutige Präferenzen da sind (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Vizebürgermeisterin, zur Berichtigung möchte ich festhalten, dass das Gebiet des Parkplatzes, das ist ganz wichtig, das Gebiet des Parkplatzes am Bahnhof nicht Teilgebiet ist von den Umgestaltungsmaßnahmen, für die ich auch am Bahnhof mitzuständig bin, das heißt, die Weisungsbefugnis Ihrerseits am Bahnhofplatz ist der Herr Dipl.-Ing. Masetti, der Ihren Weisungen im Verkehrsbereich Folge zu leisten hat. Ich bin nicht derjenige, der für die Umgestaltung dieses Parkplatzes vor der Post und vor der Polizei zuständig bin, das ist nicht Teil des Gebietes, möchte ich noch einmal festhalten,

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, wir haben Gott sei Dank Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber der Herr Dipl.-Ing. Masetti ist zugeordnet, in dem Fall Ihnen und Sie haben dieses Gebiet so gestalten wollen. Aber es gibt viele Gründe, wieso wir das sowohl als Volkspartei, aber auch viele darüber hinaus, nicht wollen und meine Sorge, die ich von vielen Menschen höre, ist so nach dem Motto, kiss and ride klingt ja gut, aber wenn ich meine über 80-jährige Mutter mit einem Koffer auf den Bahnhof bringe, dann wird das Küsschen alleine nicht reichen, ich werde sie auch noch begleiten müssen und da gibt es...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber da muss ich mit auf den Bahnhof gehen und da brauchst du, wenn ich so sagen darf, jeden Stellplatz, weil wir dort nicht nur über den ÖV reden, sondern auch über ein Einkaufszentrumsgebiet, das es durch zwei Lebensmittelmärkte dort geworden ist und damit sind zu wenige Parkplätze und deswegen schaden wir dem ÖV, das war die Grundlage (*Applaus ÖVP*). Damit ist die Dringlichkeit gegeben und wir können...

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber nachdem alle sich dazu bekannt haben, dass sie zur Dringlichkeit stehen, die Grünen nicht, pardon, da müssen wir abstimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Lisa! Die Verkehrsproblematik in der Stadt ist ja immer wieder auf der Tagesordnung und manchmal denkt man sich schon, ob man hier nicht doch in Schilda lebt. Zum Hauptbahnhof möchte ich sagen, da muss es ja konkrete Planungen gegeben haben, ist da jetzt während der Bauzeit sozusagen wieder was geändert worden? Da muss es ja Beschlüsse gegeben haben im Verkehr- und Raumordnungsausschuss. Ich denke mir, es ist nicht sinnvoll, jetzt über einen dringlichen Antrag sozusagen konkrete Lösungen gleich wieder zu beschließen, ohne dass man jetzt wirklich genau noch einmal hinschaut. Was den Dietrichsteinplatz betrifft, möchte ich schon ein bisschen mehr anmerken, denn dieser Platz ist ja schon seit vielen, vielen Jahren immer wieder ein heißer Diskussionspunkt, es hat schon angeblich viele Konzepte gegeben, ich habe nie eines gesehen, das in den Schubladen verschwunden ist, aber Fakt ist, dass dieser Platz, das ist eine Verkehrsdrehscheibe in Wirklichkeit und eine Platzgestaltung ist wahrscheinlich sehr, sehr schwierig dort zu gestalten, wir haben hier nicht nur Fußgänger, wir haben ja alle Verkehrsteilnehmer, wir haben massiv den öffentlichen Verkehr, das heißt, es gehen Straßenbahnlinien in zwei verschiedene Richtungen dort weg, wir haben da eine Durchzugsstraße Grazbachgasse, das ist sozusagen eine Verkehrsachse in den Bezirk Leonhard hinaus, dort kann ich den Verkehr nicht wegzaubern. Wir haben hier Fußgänger natürlich auch und hier gehört meiner Meinung nach, da geht es nicht nur um eine „Nase“ bauen oder rückbauen, sondern hier muss endlich einmal genau überlegt werden, wie man eine Verkehrslösung auf diesem Platz erreichen kann. Meiner Meinung

nach, diese „Nase“, dieser Rückbau allein kann das Problem nicht lösen, das war ja vorher schon unzufriedenstellend für die Bewohner und Bewohnerinnen dort und jetzt ist die Situation natürlich noch eskaliert, weil das noch größer gebaut worden ist. Ich habe zum Beispiel erlebt vor zwei Tagen, dass jetzt die Busse von der Post und von den Verkehrslinien in zweiter Spur auf dieser einzigen Spur stehen bleiben und Fahrgäste einsteigen und aussteigen lassen, weil dort Busse nicht mehr parken können, weil sie gar nicht mehr herausfahren können und dadurch praktisch auf zweiter Spur sozusagen sogar Verkehrsbusse stehen bleiben und das kann es nicht sein. Wir fordern deswegen, und deswegen haben wir auch unseren Abänderungsantrag eingebracht, wir möchten gerne, dass der zuständige Verkehrsausschuss sich diesen beiden Punkten, Hauptbahnhof und Dietrichsteinplatz, noch einmal annimmt und dass wir in der nächste Gemeinderatssitzung dann eine Entscheidung treffen, wie das gemacht werden kann (*Applaus KPÖ*). Alle Fraktionen haben von uns den Abänderungsantrag bekommen, es geht im Wesentlichen um das, dass wir diese zwei Punkte, die wir diskutiert haben wollen, dass wir das zuweisen sozusagen in den Ausschuss. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Klubobfrau Bergmann hat sicher auf einiges richtig hingewiesen. Beim Dietrichsteinplatz ist seit langem der intensive Wunsch nach einer besseren Gestaltung des Straßenraumes. Was die Verkehrsführung allerdings betrifft, hatten wir vor einiger Zeit, kann ich mich erinnern, auch eine Studie, die zu dem Ergebnis gekommen ist, erstaunlicherweise funktioniert dort die Verkehrssituation, auch wenn es de facto wie auf einem Shared Space vielleicht funktioniert, aber sie funktioniert und daher war auch das Ergebnis, am besten so belassen wie es ist. Und das wäre auch das Ziel dieses zweiten Teils unseres dringlichen Antrages, nämlich, natürlich wäre es wichtig, mittelfristig hier vielleicht zu einer kompletten neuen, auch besseren Gestaltung zu kommen, aber wir haben jetzt eine gewisse Verschlechterung und keine Verbesserung, daher zumindest

dort in diesem einen Fahrbahnbereich wieder den Zustand herstellen, und Kollege Lohr hat das ja auch vollkommen richtig und auch Gerald Grosz gesagt, wir haben auch über den Bahnhof bereits und auch über den Dietrichsteinplatz über den Sommer hinweg diskutiert und daher macht es eigentlich jetzt nicht wahnsinnig viel Sinn, hier noch einmal viele Diskussionsrunden aufzumachen, sondern hier einmal zu einer Beschlussfassung zu kommen. Dietrichsteinplatz, eben wie hier vorgeschlagen, hier geht es nur um diese ursprüngliche Herstellung dieser einen Fahrspur und beim Bahnhof geht es darum, dass wir auch die Situation insofern entschärfen, dass wir wenigstens auf die auch nicht ganz befriedigende, aber bessere Situation am Beginn der Baustellenphase kommen. Und das sind sozusagen die zwei Inhalte des Dringlichen und ich ersuche diesbezüglich um Zustimmung.

Der Abänderungsantrag von GR.ⁱⁿ Bergmann wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Café Rosenhain – Beteiligungsprojekt betreffend Umbau

GR. **Herper** stellt im Namen von SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bin ich endlich dran mit dem Café Rosenhain. Danke, Georg für den Hinweis, noch einmal. Es ist ja wirklich, ich verweise noch einmal darauf trotz meiner langjährigen Praxis hier in

diesem Hause, es ist ja nicht einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass aufgrund der Geschäftsordnung des Gemeinderates, obwohl wir von den Grazerinnen und Grazern als oberstes politisches Organ gewählt worden sind bei der letzten Wahl, eigentlich in Angelegenheiten der Holding und ihrer Entscheidungen nur äußerst eingeschränkte Einflussmöglichkeiten haben und auch in Form einer Dringlichkeit nur wie beim konkreten Projekt Rosenhain neu gegenüber der Holding nur in der Form einer Petition an den Aufsichtsrat herantreten können. Und das ist schon eine sehr gewagte Konstruktion. Jetzt gibt es natürlich seit Tagen und Wochen heftige Debatten und Diskussionen. Ich habe gesagt im Wege der Dringlichkeit, lieber Gerhard, nur damit ich nicht einer Fehlinterpretation unterliege, gibt es eine heftige Diskussion der Grazerinnen und Grazern am Sonntag in der Kleinen Zeitung wird gefragt, wer braucht noch ein Nobellokal, braucht man wirklich ein überteuertes Nobellokal, die anderen machen sich Sorgen über die mehr als 100-jährigen Blauglockenbäume, ein Dritter fragt, jawohl Graz hat's, 550.000 für den Rosenhainumbau, 700.000 für einen völlig sinnlos umgebauten Sonnenfelsplatz, aber keinen Lift am Ostbahnhof etc, etc. Also es ist bedauerlich, dass mehr oder weniger unter Ausschluss der Öffentlichkeit und da speziell unter Ausschluss von vielen Grazerinnen und Grazern, die sich inzwischen ja gerührt haben, schließlich gibt es eine Petition, die bis Sonntag von 1500 getragen wurde mit ihrer Zustimmung im Internet, dass dieses Café angesichts der heimeligen Atmosphäre, das ich schon seit vielen, vielen Jahren auch selber kenne, und ohne Einbindung des derzeitigen Pächters die Entscheidung erfolgt ist.

Dass beim Cafe Rosenhain Handlungsbedarf besteht, steht außer Streit: Nicht zuletzt deshalb, weil sogar der Pächter selbst bereits Umbaupläne vorgelegt hat, ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Gäste. Diese wurden jedoch abgelehnt – stattdessen plant man jetzt offenbar das Rosenhain als eine In-Lokalität. Entsprechend groß ist also, wie gesagt, durch das gewaltige Leserforum und Forum im Internet, im Netz, die Bestürzung bis Enttäuschung vieler GrazerInnen: Aus einem beliebten und unverwechselbaren Treffpunkt für Grazer Familien mit heimeligem

Ambiente soll – vereinfacht gesagt – ein Beliebigkeitslokal werden. Der Ergebnis ist bekannt: Nachdem seitens der Holding alle Einwände vom Tisch gefegt wurden, hat sich sogar eine BürgerInneninitiative „Rettet das Rosenhain“ gebildet.

Es ist in der Tat nicht zu verstehen, dass ein derartiger Umbau gegen die Wünsche und Bedürfnisse vieler Gäste „durchgezogen“ werden soll. Noch dazu, wenn gleichzeitig heute dem Gemeinderat ja, wie gesagt, ich erinnere an den Vortrag von Georg Topf, ein „Grundsatzbeschluss zur Erarbeitung von Leitlinien für Bürgerbeteiligungen in Graz“ vorgelegt wurde, der darauf abzielt, die Beteiligungsprozesse im gesamten „Haus Graz“ zu forcieren. Wenn sich die Stadt – und zwar die Stadtpolitik ebenso wie die städtischen Beteiligungen, für die diese Leitlinien konsequenterweise Geltung haben sollen, und sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, im Sinne des oft zitierten Wasser predigen und Wein saufen oder trinken, besser gesagt, wenn sie sich zu BürgerInnenbeteiligung nicht nur in der Theorie und auf dem Papier bekennt, sondern gegenüber den BürgerInnen Zukunftsprojekte gemeinsam mit ihnen erarbeiten, so muss konsequenterweise dahinter stehen:

- Sofortiger Stopp dieser, ohne Mitwirkung der GrazerInnen entstandenen Umbaupläne für das Cafe Rosenhain
- Einbindung der BürgerInneninitiative, des Bezirksrates, interessierter GrazerInnen und des Pächters in die Entwicklung eines Projektes „Rosenhain neu“.

Deswegen stelle ich den

dringlichen Antrag

namens SPÖ, Grün und KPÖ: Der Bürgermeister wird ersucht, an den Aufsichtsrat der Holding heranzutreten, die derzeitigen Umbaupläne vorerst zu stoppen, um ein entsprechendes Projekt in einem BürgerInnenbeteiligungsverfahren unter Einbindung

der BürgerInneninitiative, des Bezirksrates, interessierter GrazerInnen und des derzeitigen Pächters zu starten. Ich danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, lieber Karl-Heinz! Du hast es völlig richtig erwähnt, die Diskussion rund um Rosenhain ist heftig und natürlich auch zu Recht, weil das Rosenhain ist etwas, was viele Grazer viele, viele Jahre schon in Anspruch nehmen und dort eine schöne Zeit verbringen. Es ist im Sommer deshalb auch von Seiten der Holding ein Architektenideenwettbewerb ausgeschrieben worden und der hat stattgefunden. Grundlage dieses Wettbewerbes war einfach, dass ein Raum- und Funktionskonzept für dieses Café Rosenhain erarbeitet wird und zwar mit ganz klaren Zieldefinitionen und mit ganz klaren Definitionen auch für die Zielgruppen. Zum einen will man, und das war damals auch die Grundlage dieses Wettbewerbes, einen leistbaren Ort zum Wohlfühlen für alle mit Kinderspielplatz. Naturnah und sanft unter Einbindung der bestehenden Bausubstanz. Ein Ausflugs- und Naherholungsziel für Familien und Kinder, für Spaziergeher, HundehalterInnen, StudentInnen, PensionistInnen und für Jung und Alt, leistbarer Ort zum Wohlfühlen für Studenten bis zu Studentinnen auch bis hin zu alten Menschen. Das ist Faktum, und die Diskussion ist dann leider abgeglitten auf ein Niveau, du hast es kurz angesprochen, man spricht von einem überteuerten Nobellokal, ganz furchtbare Dinge sind in die Welt gesetzt worden. Ich erinnere mich zurück, wie wir den Schloßberg revitalisiert haben und das Lokal dort zu einem wirklich schönen Lokal gemacht haben, hat es ähnlich Tendenzen gegeben und letztlich heute gehen alle gerne entweder in den Biergarten oder auch in das schöne Lokal drinnen. Was mir wichtig ist, ist, lieber Karl-Heinz, dass auch natürlich der Bezirksrat in Geidorf, und das überschneidet sich ja dort, Geidorf, Mariatrost hinaus, Leonhard, am 13. September sich mit dem Thema beschäftigt hat. Der Herr Dr. Krainer, Geschäftsführer der Freizeit GmbH der Holding, war dort auch da und auch interessierte Vertreter der BürgerInnen, die sich da engagieren, zu Recht engagieren und da gab es einen Antrag,

einen Bezirksratsantrag, der mit überwiegender Mehrheit auch so beschlossen wurde, eingebracht von deiner Fraktion, einstimmig, höre ich gerade, war mir nicht ganz sicher, wo auch festgehalten wird, dass einfach in dem Antrag steht, es wird der Antrag gestellt, der Bezirksrat möge sich für die Erhaltung des Naherholungsgebietes Rosenhain und des Cafés Rosenhain aussprechen und sich für die Entwicklung eines Konzeptes Café Rosenhain neu einsetzen, welches für Stadt, BetreiberInnen und BesucherInnen leistbar ist. Der Antrag wurde gestellt in einer Sitzung, wo der Herr Dr. Krainer auch anwesend war, wo er informiert hat und wir werden dann, wenn wir zur Sache sprechen, ich kündige gleich an, dass wir uns gegen die Dringlichkeit aussprechen, weil wir einfach sehen, dass vieles schon auf Schiene ist. Es ist eine gute Diskussion im Gange, die teilweise mit schlechten Argumenten geführt wird, aber es ist eine breite Diskussion, die nicht dazu führen soll, dass Betroffene, die gerne ins Café Rosenhain gehen, verunsichert werden und auf ein Niveau geführt werden oder einen Holzweg geführt werden. Fakt ist, dass man hier revitalisieren muss, dass man investieren muss, dass der derzeitige Pächter natürlich auch die Möglichkeit haben wird, sich dann auch wieder dort zum Betreiber zu bewerben. Es gibt aber eben auch diese Bezirksratsinitiative deiner Fraktion, die einstimmig beschlossen wurde und es gibt diesen Architektenwettbewerb, diesen Ideenwettbewerb auf dessen Grundlage, die Argumente habe ich genannt, auch die Ausschreibung und die Planung erfolgt. Aus diesem Grund sprechen wir uns gegen die Dringlichkeit des Antrages aus, Kollege Hohensinner wird dann noch zur Sache selbst sich zu Wort melden (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Kollege Frölich! Ich verstehe die Angst der Volkspartei ja vollkommen, weil mit so einem massiven Bauchfleck, den man mit der letzten Bürgerbefragung rund um Reininghaus, nicht Umweltzone, weil da hat man das Halleluja ja aus dem Bürgermeisteramt über die ganze Stadt schallen hören, aber um Reininghaus, diesen Bauchfleck in Reininghaus erlebt hat, dann ist es klar, dass die Volkspartei mittlerweile ein bisschen Angst hat, die Bürger und Bürgerinnen dieser

Stadt um ihre Meinung zu fragen. Das wundert umso mehr diese Angst, wenn ich mir erst wieder einmal diese Broschüre von dir, lieber Herr Bürgermeister, anschau, Graz braucht dich, deine Meinung zählt, mit wunderbaren Argumenten für die Bürgerbefragung, wo Mitmachen bedeutet Mitbestimmen, woher unzählige Pros gefunden werden, um die Kommunikation mit den BürgerInnen zu verbessern, damit sich die BürgerInnen mit dieser Stadt identifizieren können, damit eine breite Diskussion über Entscheidungen dieser Stadt hier auch stattfindet mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt, und jetzt auf einmal ist man nicht bereit, das in diesem Gebiet eine breite Diskussion, auch medial ausgelöst hat, hier bei einem Antrag der Sozialdemokratie mitzustimmen. Verstehe ich aber, diese Angst verstehe ich. Was ich nicht so verstehe, verstehe ich eigentlich auch den Klubobmann Sippel, den kenne ich ja, der hier als Verbündeter der Volkspartei auftritt und warum das so ist, haben wir auch schon gehört, dass der Architekt, der dieses Projekt gestalten soll, um eine erkleckliche Summe von, glaube ich, 550.000 Euro, ist halt ein Landtagsabgeordneter der FPÖ und man möchte hier halt auf keinen Fall hier einen Funktionär der FPÖ hier um einen Auftrag bringen, da ist halt der Funktionär näher als der Bürger, das ist schade, liebe FPÖ, und es ist auch schade, liebe Volkspartei, dass man sich hier, gerade in so einem Punkt, der viele, viele Grazerinnen und Grazer auch aufregt, um die Bürgerbeteiligung drücken will und hier Ausreden findet, um es hier nicht durchzuziehen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Die 550.000 Euro sind das gesamte Umbaubudget, ich glaube, dich jetzt falsch verstanden zu haben. Da geht es um kein Honorar, sondern es wird um 550.000 Euro umgestaltet, und was die Bürgerbeteiligung anbelangt, sind wir nicht gegen Bürgerbeteiligung... ein ganz wichtiger Punkt, es geht nicht darum, keine Bürgerbeteiligung durchzuführen, sondern es war von vorneherein so vorgesehen und auch der Bezirksrat hat schon einstimmig abgestimmt und so ist es auch ausgeschrieben worden, also brauche ich

keinen dringlichen Antrag um etwas festzuschreiben, was sowieso schon geplant und vorgesehen ist (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Ich bin mir noch gar nicht so sicher, weil wenn ich so in die blauen Augen der FPÖ schaue, bin ich mir gar nicht so sicher. Ich bin wenigstens froh, dass es wenigstens bei aller Diskussionsverweigerung, ich meine die ÖVP hat jetzt ein neues zusätzliches junges frisches Gesicht an der Spitze der Klubführung, da habe ich mir gedacht, dass Diskussionsverweigerung nicht gut anstehe, aber das ist ein Problem. Aber ich bin wenigstens froh, dass es wenigstens die Kleine Zeitung gibt, wenn schon hier keine Diskussion vielleicht möglich ist, dass zumindest das Bürgerforum in einer Zeitung zumindest die Interessen der tausenden Grazerinnen und Grazer, der Gäste und deren Wünsche und deren Sorgen kundtut und wahrnimmt. Und deswegen würde ich sehr bitten um eine Zustimmung für diesen dringlichen Antrag (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Mag. **Fabisch** zum Antrag: Lieber Herr Bürgermeister, lieber Karl-Heinz, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich gibt es von uns die volle Unterstützung für diesen Antrag. Die KPÖ war in Geidorf ja die Erste, die sich darüber, über diese Thematik verbreitet hat. Es gibt bereits über 2000 Unterschriften, soweit ich weiß, von Menschen, die sich für dieses Projekt, oder in diesem Fall muss ich sagen, gegen dieses Projekt in dieser Form aussprechen. Was interessant ist, ist, dass es keine Gespräche oder kaum Gespräche mit dem momentanen Pächter, der Familie Kratzer, gegeben hat, die sind in die Pläne kaum eingebunden, schließlich geht es ja um eine

etwaige Übergabe an den neuen Betreiber. Was es braucht, wir fordern natürlich den Stopp des Bauvorhabens, dann eine Neuplanung von Grund auf mit öffentlicher Ausschreibung und eine Stadtteilversammlung, die braucht es ganz dringend, die muss einberufen werden, um so die Interessen der Bürger auch wirklich wahrnehmen zu können, und da haben sich auch schon sehr viele für diese Angelegenheit auch interessiert, auch Leute, die sich noch nicht vielleicht eingeschrieben haben. Was es braucht, wir wollen schließlich ein breites Spektrum an Menschen erreichen, die sich in der Gästeschaft einfinden, möglichst alle, möglichst alle sollen sich wohlfühlen und möglichst alle sollen sich das auch leisten können (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Auch hier möchte ich ganz deutlich festhalten, dass es seit 2009 die Gespräche mit dem Pächter gibt, im Übrigen auch eine außergerichtliche Einigung aufgrund vieler Verpflichtungen, denen der Pächter nicht nachgekommen ist auch im finanziellen Bereich und es ist einfach so, dass Menschen hier etwas unterschreiben, weil einige anscheinend unterwegs sind und die Unwahrheiten verbreiten bis hin zur Pressekonferenz hier im Haus, so Leute hergekommen sind und gesagt haben, was, es ist gar kein zwei- bis dreistöckiges Hotelgebäude geplant? Ich weiß nicht, wer die Verbreiter solcher Nachrichten sind, aber ich will das nur anmerken und die Gespräche mit dem Pächter, und das ist sogar vor drei Monaten das letzte Mal, er wurde auch ersucht drum, ein Konzept abzuliefern, ich glaube, hat er jetzt eines abgeliefert oder nicht, es besteht auch die Möglichkeit, wenn er allen Verpflichtungen nachkommt, dass er sich wieder bewirbt und dass er dann auch wieder der Pächter ist. Aber ich möchte nur einmal festhalten, dass die Holding sehr ordentlich vorgegangen ist im Freizeitbereich und diese Grundlagen auch in der Ausschreibung schon festgelegt hat.

GR. **Dreisiebner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz verstehe ich nicht, wenn Kollege Linhart und andere hier von der ÖVP, Herr Bürgermeister selbst, von Menschen, die aufgeschreckt sind, Menschen, die quasi Falschheiten und Falschinformationen verstreuen redet, denn das ist nicht der Fall. Soweit ich mit der Bürgerinitiativen und ich habe einigen Kontakt zu den Herrschaften der Bürgerinitiative, sprechen konnte, ist auf Basis des Entwurfes, der in der Pressekonferenz Anfang September im Beisein vom Herrn Bürgermeister, vom Bezirksvorsteher Schwarzl und des Architekten präsentiert worden ist, sehr wohl eine ganz klare architektonische Darstellung, diverse Grundrisse usw. dargestellt worden und das hat die Menschen noch viel mehr irritiert, diese Grundlagen, die da sind, das stellt die Menschen vor Fragen, die sie gerne aussprechen würden, die Menschen haben Ideen, da würden sie gerne gehört werden. Denn nur ein paar Beispiele, in diesem Bereich fällt zum Beispiel der jetzige Baumbestand, so wie im Rendering mehrfach dargestellt, auch im Grundriss dargestellt. Ersatzpflanzungen sind da irgendwie an anderen Stellen zu erkennen. Es ist nicht so, dass man da auch ganz klar sagen kann, dass nicht der Spielplatzbereich, sprich eine Nutzung für öffentlichen Park und Spielplatz, nicht in irgendeiner Form berührt wird, weil dieser Neubau scheinbar über die derzeitigen Grenzen hinauswächst und diese Fragen haben die Menschen und diese Fragen stellen sich mittlerweile und unterstützen mittlerweile über 2500, das ist der Stand vom letzten Wochenende. Am letzten Wochenende ist über die Bezirksratssitzung Geidorf, in der ein Antrag einstimmig beschlossen worden ist, noch etwas passiert. Herr Bezirksvorsteher Schwarzl ist per Mail ersucht worden, eine Stadtteilversammlung einzuberufen, um das Thema Neunutzung, Neukonzeption Rosenhain, Café Rosenhain, mit ExpertInnen der Stadt, der Holding beziehungsweise natürlich mit PolitikerInnen der Stadt und der Bezirksebene sowie den BürgerInnen zu diskutieren. Herr Schwarzl hat, so die Information seitens der Bürgerinitiative an mich, diese Stadtteilversammlung als nicht vordringlich abgelehnt und verweist auf die Bezirksversammlung Mitte Oktober. Das würde jede Bezirksversammlung sprengen, entweder kommen die anderen Herrschaften mit den anderen Problemen, die es in Geidorf gibt, nicht dazu, das dementsprechend diskutiert zu wissen oder es

kommt das Café Rosenhain nicht zu den Ehren und zur Breite, die es benötigt. Der Herr Bürgermeister ist von diesem Mail auch per Mail informiert worden, habe ich vernommen, das alles am letzten Sonntag und für mich ist schon die Frage, wir haben heute die Leitlinien BürgerInnenbeteiligung auf die Wege geschickt, wir haben hier einen Bürgermeister, der der Beteiligung als die neue Form des politischen Aktiveins und politischen Handelns seit einigen Monaten sehr intensiv das Wort redet. Nur hier sagt man, die Bürger sind aufgestachelt, sind irgendwie nicht sehr seriös unterwegs. Ich denke, das kann man gerade mit einer öffentlichen Diskussion und mit dem Diskurs mit den vorhandenen Unterlagen klären. Vielen Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Karl-Heinz! Ich war bei der Präsentation der Pläne dabei, das hat stattgefunden am 7.9. im Media-Center und es waren da auch einige Bürger dabei, eine Familie hat sich gesorgt, dass der Kinderspielplatz erhalten bleibt, einige Leute haben gesagt, es soll ein transparentes Glas eingesetzt werden, dass man einen schönen Ausblick hat. Also die Leute haben sich eingebracht und der Architekt hat an Ort und Stelle auch diese Wünsche aufgenommen. Es ist angesprochen worden, was der Franz Schwarzl gesagt hat, er hat gesagt, wenn man jetzt nur einen Teil im Bezirk für eine solche Diskussion einladet, ist das sehr eingeschränkt und er hat darauf verwiesen, dass am 8. Oktober eine Bezirksversammlung stattfindet. Ich möchte noch einmal sagen, dass am 13.9. im Bezirksrat der Michael Krainer auch vorstellig war, er ist eingeladen worden vom Franz Schwarzl, es wurde sehr viel diskutiert, Fragen gestellt, Fragen beantwortet, es wurde auch ein Antrag von der SPÖ eingebracht, der Klaus Frölich hat es schon zitiert, den Satz möchte ich wiederholen: „Festzuhalten ist, dass eine Sanierung wünschenswert ist, damit das Café auch noch in mehreren Jahren Bestandteil des Rosenhains bleibt.“ Dieser Antrag wurde bitte einstimmig angenommen. Das möchte ich noch einmal festhalten, aber ich merke, dass hier noch einmal der ausdrückliche Wunsch ist, dass man dieses Projekt noch einmal präsentiert. Bei der Präsentation im

Media-Center war, glaube ich, die Klubsekretärin der Grünen anwesend, sonst war niemand da und wenn der Wunsch da ist, dann werden wir diesem Wunsch nachkommen, die freiheitliche Partei hat sich auch bereit erklärt, diese Sache zu unterstützen, deswegen bringe ich jetzt einen Abänderungsantrag ein. Namens der Klubs von ÖVP und FPÖ stellt ich folgenden Antrag: Der Gemeinderat möge Folgendes beschließen: Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, an den Aufsichtsrat der Holding Graz heranzutreten, die derzeitigen Umbaupläne – wie bereits in einer Sitzung des Bezirksrates Geidorf erfolgt – einer noch breiteren Öffentlichkeit, BürgerInneninitiativen und interessierten Grazerinnen und Grazern zu präsentieren. Bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Es ist immer schön, welche Wahrheiten, welche Informationen die ÖVP weitergibt und welche sie runterschluckt und für sich behält. Gestern im Behindertenausschuss heftig auch diskutiert das Café am Rosenhain und auch da gab es, das sollten KollegInnen hier im Haus auch wissen, eine massive Ablehnung gegen diese Yuppisierung und gegen diese Restaurantisierung, wenn es so ein Wort überhaupt gibt, am Café Rosenhain. So wie das jetzt vorhanden ist, ist es für viele Beteiligte, für Menschen, die im Behindertenbeirat sich zu Wort gemeldet haben, das ideale Café, nämlich Natur und Mobilität miteinander zu verbinden. Und ich weiß nicht, warum Informationen von der ÖVP einfach...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Baumann:** Diese Information, erstens, dass das Café Rosenhain bei einem Umbau noch besser barrierefrei gemacht werden sollte, was die Toiletteanlagen angeht, aber die Terrasse zum Beispiel, die jetzige Terrasse...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Baumann:** Ja, für den Umbau spricht sich eh ein jeder aus und für die Neugestaltung des alten Cafés Rosenhains. Aber die Terrasse, die jetzt vorhanden ist, ist für Rollstuhlfahrer barrierefrei, in dem jetzigen Aufriss ist es zum Beispiel überhaupt nicht daran gedacht, da sind lauter Stufen drinnen, so ist es mit mir zum Beispiel im Behindertenbeirat auch diskutiert worden. Ist nur schade, dass du, Kurt Hohensinner, der Sprecher der Behinderten, diese Information uns da im Gemeinderat einfach vorenthältst, das ist einfach eine Schweinerei (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat! Erstens einmal... ja, aber jetzt sind wir am wesentlichsten Punkt, wie sich alle alterieren können über eine Einreichplanung, die noch nicht einmal existiert, das ist ja eine Entwurfsskizze, weil ein Konzept abgefragt wurde, das ist ja noch kein einreichfähiges Projekt, das ist ja ein Ideenwettbewerb gewesen. Ja selbstverständlich ist die Grundvoraussetzung gesetzlich, wenn wir was bauen, dass die gegeben ist. Ich frage mich, dass man aufgrund einer Abbildung eines Architekten in irgendwelchen Diskussionen schon feststellen wird, was barrierefrei ist oder nicht, was wird denn alles von sich gegeben und Sie reden von Schweinerein, es gibt noch nicht einmal...

Zwischenruf GR. Baumann: *Es ist eine Schweinerei, dass Hohensinner Infos vorenthält.*

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat Baumann, noch einmal, das Wesen ist, dass es eine Ausschreibung gegeben hat, genau unter jenem Auftrag, den wir heute hier von einem Antragsteller gehört haben. Ein behindertengerechtes, kostengünstiges, leistbares, familienfreundliches, mit Spielplatz ausgestattetes Projekt. Ja, ganz sicher und es ist immer wieder dasselbe, ohne das manche was kennen, fangen sie an, möglichst politisch einzuwirken. Ich weiß nicht, wer das alles war, wer diese Gerüchte in die Welt gesetzt hat, ich habe Menschen getroffen, sehr viele, und ich werde auch dort dabei sein, um das möglichst allen Menschen zu sagen. Es gibt nämlich auch sehr, sehr viele Menschen, die sich darüber freuen, dass was gemacht wird und zwar nicht nur, was das Gebäude anbelangt (*Applaus ÖVP*). Mittlerweile werden Sie es in der Zeitung ja schon vernommen haben, dass ein Bürger sogar selber Kanalröhrln verlegt, weil dort der ganze Teich oben etc. schon wieder versumpft ist und das gehört alles mitsaniert und ist ganz, ganz wichtig. Und es ist vorgesehen auch die Beteiligung und es wird jetzt ein Antrag gestellt, der im Übrigen auch gar nicht möglich ist, aber dazu kommen wir noch später (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel:** Lieber Karl-Heinz! Für die FPÖ ist alles dringlich, was der Bevölkerung unter den Nägeln brennt und das tut es in dieser Angelegenheit ganz sicher. Nur so viel zu deinem Seitenhieb in unsere Richtung. Brennt der Bevölkerung unter den Nägeln, auch wenn, der Bürgermeister hat es erwähnt, sehr, sehr viele Falschmeldungen in diese Richtung auch unterwegs sind, hier auch eine haltlose Debatte, bin vorher schon in meiner Wortmeldung zu einem früheren Tagesordnungspunkt darauf eingegangen, eine haltlose Debatte hinsichtlich

Ausschreibung und Architekturwettbewerb stattfindet. In diesem Abänderungsantrag, den wir unterstützen, steht eines drinnen und ich glaube, das ist entscheidend, nämlich noch einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich glaube, das ist das, um was es geht. Bürgerbeteiligung ist wichtig, aber sie braucht, und das haben wir ja heute gemeinsam beschlossen, auch Bereiche und zwar in geordneter Art und Weise, wo sie stattfinden kann. Und ich glaube, das ist auch bei diesem Projekt das Um und Auf. Ganz wichtig, damit das auch funktionieren kann und dort etwas für die Allgemeinheit Sinnvolles auch entstehen kann ist, dass hier auch die aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Profis, nämlich Architekten, in dem Fall da etwas Ausgewogenes auch ausarbeiten, wo barrierefrei vorhanden ist und auch alle Wünsche der Bevölkerung Berücksichtigung finden. Ich glaube, das ist das Entscheidende und ansonsten, glaube ich, und das wissen wir alle, ist Chaos vorprogrammiert und das ist sicher nicht im Sinne aller Beteiligten und deshalb unterstützen wir, weil es absolut sinnvoll ist, das auch noch in breiterer Öffentlichkeit zu präsentieren und auch zu diskutieren, weil präsentieren heißt ja auch, darüber zu diskutieren. Deswegen unterstützen wir diesen Abänderungsantrag der ÖVP. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Baumann, ich habe eingangs noch vergessen zu sagen, weil Sie das mit der Behindertengerechtigkeit angesprochen haben, das ist dasselbe Muster, das ich erkenne, dass damals bei der Rettenbachklamm über die Bühne gegangen ist. Es wird ein erster Entwurf geplant, dann gibt es plötzlich einen enormen Aufschrei und das Endergebnis, und ich werde das auch übernächsten Sonntag in der Klamm sagen, es haben jetzt Gott sei Dank viele mitgearbeitet etc. Aber das, was die Stadt ursprünglich gemacht hat, hätte erstmals Menschen mit Behinderung auch die Möglichkeit gegeben in diese Rettenbachklamm hineinzukommen. Jetzt ist es nicht möglich, das heißt, Menschen sind ausgeschlossen worden, weil wir ein solches Beteiligungsmodell gemacht haben, das ist im

Naturschutzbeirat relativ simpel gesagt worden, aber es stört mich bis zum heutigen Tag, weil das Thema der Brücke, die die Aufregung war, hätte es ermöglicht, dass Menschen mit Behinderung, die gehbehindert sind, das erste Mal in die Rettenbachklamm gekommen wären, das wird es jetzt nicht sein, das ist der Wermutstropfen der Geschichte. Und das ist so eine ähnliche Geschichte. Wir haben noch gar kein fertiges Modell, diskutieren schon alle alle Einzeldetails und manchmal auch Dinge, die es gar nicht gibt und man unterstellt einfach jenen, die sehr bemüht sind, sogar das so ausgeschrieben haben, dass sie anderes vorhaben. Deswegen wird es dann eh diese Veranstaltungen geben und dann wird jeder auch da sich einbringen können, wird auch noch Verbesserungen geben, aber das wollte ich noch sagen, da ist es sogar zu einem Projekt in Graz gekommen, wo die Stadt, wenn sie es gemacht hätte, die Behindertentauglichkeit geschaffen hätte, jetzt haben wir es leider nicht (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Binder**: Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es da eigentlich? Breite Teile der Bevölkerung waren bis jetzt hochzufrieden mit dem Café Rosenhain. Dass es restauriert gehört, dass es renoviert gehört, dass gewisse Dinge verändert gehören, damit es wirklich total barrierefrei ist, das ist klar, das steht ja außer Streit. Oder, Karl-Heinz? Ist ja sowieso klar. Es war überhaupt nie noch von der Bevölkerung gefordert, dass hier auch ein Ausbau gemacht werden soll und dieses und jenes. Mir kommt vor, dass hier ein Café, das von der Bevölkerung sehr, sehr gut angenommen wurde und zwar von breiten Schichten der Bevölkerung, jetzt herhalten soll für eine Machtdemonstration von Ihnen, Herr Bürgermeister. Sie wollen jetzt zwei Monate vor der Wahl demonstrieren, was für ein Macher Sie sind und zerstören...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GR.ⁱⁿ **Binder**: Zerplatze nicht, Kollege Rajakovics, es ist so. Es sind einfache Muster, die hier ablaufen, das eine Koalition beendet wird, das sind politische Entscheidungen, darüber rege ich mich gar nicht so sehr auf, das ist so, aber Ihre Machtdemonstrationen sind peinlich mittlerweile...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hamma Glück, dass das Eggenberger Bad schon fertig ist.

GR.ⁱⁿ **Binder**: ...das ist das eine und der zweite Punkt, wenn man die Holding befragt hat, gibt es eine Möglichkeit, zum Beispiel beim Augartenbad die Sauna, da hat es auch Bürgerinnen und Bürger gegeben, die gesagt haben, wir wollen die Sauna weiter haben, ja da hat man sich überhaupt nichts geschert um diese Meinung, die Holding hat das Geld nicht, das kann jetzt nicht gerichtet werden bla, bla, bla und weiter. Oder wenn man sagt, Ragnitzbad, ja hat die Holding das Geld, bis jetzt habe ich noch nichts gehört, dass die Holding das Geld hat, aber da hat sie plötzlich ein Geld für ein Projekt, das der Bürgermeister haben will, aber die Bevölkerung eigentlich sehr zufrieden war mit dem Ist-Zustand, der natürlich verbessert gehört. Also im Grunde genommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen uns jetzt gar nicht so sehr mehr aufregen über das, das wird jetzt laufend so durchgehen, man liest es in den Zeitungen seitenweise, ich bin jetzt da und, Herr Bürgermeister, Sie hatten die Vertretung von der Frau Vizebürgermeisterin, was noch lange nicht heißt, dass Sie einfach hineinregieren, ohne mit der Frau Vizebürgermeisterin darüber auch zuerst

einmal zu reden. Ich bin zehn Jahre jetzt hier, das habe ich wirklich noch nie erlebt, dass jemand so respektlos umgeht mit einer anderen Regierungskollegin (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Sigi Binder, ich denke aus der Sauna im Augarten hat man das Beste gemacht, was man überhaupt tun konnte. Man hat einen Kindergarten für die Beschäftigten daraus gemacht und hat damit ein sehr, sehr dringendes Bedürfnis erfüllt, das war für die Kinder der Beschäftigten der Holding sehr wichtig. Ich denke mir manchmal wirklich, gibt es hier Potemkin'sche Dörfer? Ich möchte gerne einfach die Geschichte aus der Sicht der Holding erzählen. Die Holding beschäftigt sich seit vielen, vielen Monaten mit der Erneuerung und mit der Sanierung des Rosenhains. Das weiß auch der Aufsichtsratskollege von euch. Wir haben in mehreren Spartenausschusssitzungen intensiv über den Neubau und über die Sanierung des Rosenhains gesprochen im Frühjahr und wir haben dieses Projekt damals insgesamt verbessert und jedenfalls weiterentwickelt, weil die Holding zunächst Vorstellungen hatte, die ihm Rahmen des Investitionsplanes nicht untergebracht werden konnten. Das Ergebnis war, dass die Holding ein Projekt vorgelegt hat für 550.000 Euro. Ich möchte das gerne noch einmal sagen, nachdem es die Kollegen vom BZÖ offensichtlich nicht mitbekommen haben, nicht das Honorar für den Architekten ist 550.000 Euro hoch, sondern das Gesamtprojekt.

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, du kannst zur Kenntnis nehmen auch Dinge, die ich nicht sage. Ich habe dir meine Antwort vorhin gegeben, ich wiederhole sie nicht mehr. 550.000 Euro ist unter dem Schwellenwert für eine öffentliche Ausschreibung, trotzdem hat die GBG für die Holding einen geladenen Wettbewerb gemacht, indem sie drei Architekten eingeladen hat und das Siegerprojekt, das aus diesem Wettbewerb hervorgegangen ist, kennen einige von euch, alle, denke ich, kennen es wahrscheinlich gar nicht, das ist eben das was skizzenhaft und mit den Renderings vorgestellt worden ist, Detailplanungen sind noch keine da. Zweite Feststellung bitte, überlegen wir uns doch, mit 550.000 Euro in einem Anwesen, in das seit 16 Jahren nicht mehr investiert wurde, da kann man keinen Gourmettempel daraus machen, Entschuldigung, das sind im Wesentlichen Sanierungsarbeiten mit dieser zusätzlichen Terrasse, die selbstverständlich behindertenfrei gemacht wird.

Zwischenruf GR. Grosz: Barrierefrei.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Barrierefrei, Entschuldigung. Nächste Geschichte, dass das Café so ein riesengroßes Erfolgserlebnis ist. Ich halte hier eindeutige Informationen zurück, wirtschaftlicher Erfolg ist das Café keines, darf ich Ihnen nur sagen und es ist selbstverständlich auch das Bestreben, dass die Holding hier zu einer Lösung kommt, die wirtschaftlich sich selbst jedenfalls trägt, das ist ein weiterer wichtiger Punkt. Ich halte die ganze Diskussion wirklich einfach für unnatürlich aufgeregt, einfach deshalb, weil hier nochmals ein Projekt vorgelegt wird, das im Wesentlichen aus Sanierung besteht, ich denke, dass durch den Zusatzantrag, den wir gemacht haben, es selbstverständlich möglich ist, dass mit den Bürgerinnen und Bürgern dann nochmals drüber gesprochen wird. Ich denke, das ist selbstverständlich möglich, dass der Architekt in seiner endgültigen Planung dann auf allfällige Wünsche, die im Rahmen

des Kostenrahmens Platz haben, eingeht und dann ist die Geschichte, glaube ich, erledigt, wir werden hoffentlich ein schönes, neues, saniertes Café bekommen, zu dem alle Leute hingehen, die bisher dort waren, aber möglicherweise auch zusätzliche Leute, weil das von der wirtschaftlichen Situation für das Café jedenfalls sehr, sehr gut wäre. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Weil hier der Aufsichtsrat auch erwähnt worden ist. Ich meine, ich bin nicht in diesem Spartenausschuss, aber im Gesamtaufichtsrat, und meines Wissens wurde sehr wohl vertagt auf Herbst, Gerhard. Meines Wissens hat der Spartenausschuss sehr wohl das auf Herbst vertagt und das zurückgeschickt, um hier weitere Informationen einzuholen. Und wenn ich mir das anschau die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die angesagt wurde, es gibt diesen Pächter noch nicht, kann ihn auch nicht geben, aber dass sich das je rechnen wird, dann muss das ein völlig anderes Lokal sein. Wenn da 550.000 Euro investiert werden, die sich in 16 Jahren, so wie es die Holding darstellt, rechnen soll, bitte, dann kann man ganz einfach die Pacht ausrechnen und wenn man das Café im derzeitigen Betrieb kennt, dann weiß man, dass es keinen Pächter geben wird, der diese Pacht zahlen kann, wenn der Betrieb so weiterläuft. Der Herr Bürgermeister hat jetzt schon die Probleme angesprochen mit dem derzeitigen Pächter, es hat vorher meines Wissens auch Pächter gegeben, da hat es noch viel größere Schwierigkeiten gegeben, weil mit einem normalen Kaffeehausbetrieb das nicht finanzierbar ist. Wenn da oben 550.000 Euro verbaut werden sollen, dann kann der Betrieb wirtschaftlich nicht so weiterlaufen wie jetzt, dann muss es dort was anderes geben mit höheren Erträgen und es werden nicht so viel mehr Leute sein, das heißt, was man dort machen kann, ist natürlich hochpreisig ein Nobelrestaurant machen, das könnte sich rechnen, glaube ich nicht, weiß ich nicht, kenne ich mich nicht aus, aber mit dem jetzigen Betrieb ist das nicht finanzierbar, das muss uns klar sein. Ich kann nicht vorher da ganz viel Geld verbauen, sagen, das rechnet sich betriebswirtschaftlich...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Das kann sich nicht ausgehen, verglichen mit der jetzigen Pacht. Das ist mir auch klar, dass sich das nicht ausgehen kann mit dem jetzigen Betrieb, da muss ein anderes Lokal hin, das kann auch funktionieren, das will ich nicht beurteilen, aber nicht in dieser Version. Das heißt, die Ängste der Bevölkerung sind schon richtig, dass sich hier einiges ändern muss, wenn das aufgehen soll (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, das ist ja genau der Grund, wieso Christian Krainer mit dem Know-how über die vielen Restaurationsbetriebe, die wir mittlerweile bei der Holding haben, festgestellt hat, dass wir da auch im Innenbereich um die Spur größer werden müssen, weil es gibt klare Kriterien, wie es sich überhaupt rechnen kann. Wenn du die Grundvoraussetzungen nicht schaffst, nämlich eine adäquate Küche zu haben und zusätzlich auch noch so viele Indoor-Möglichkeiten und nicht nur die Plätze außen, dass du auch bei schlechtem Wetter eine Firmung, eine Hochzeit, eine Familienfeier auch unterbringst, wird es sich nicht rechnen und das ist der Beweggrund und da gibt es sehr viel Know-how, weil wir haben ja vom Schöckl beginnend über die...

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Ändert sich der Charakter des Cafés nicht?

Bgm. Mag. **Nagl**: Der ändert sich aber kaum und das muss man sich dann anschauen, es geht um ein paar Sitzplätze und architektonisch ändert sich nicht viel und wie gesagt, die Bäume sind weg und der Kindergartenspielplatz kommt, ich weiß nicht, was wir da schon alles gehört haben und deswegen wird es gut sein, wenn wir da noch einmal informieren.

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich nicht in die Polemik einlassen auch nicht replizieren auf Verschwörungstheorien wie bei Rettenbachklamm und Ähnlichem, weil ich glaube, das ist nicht die Ebene, auf der wir uns bewegen sollen. Ich unterstütze natürlich selbstverständlich, lieber Kurt Frölich, lieber Kurt Hohensinner, klarerweise, Klaus Frölich, Kurt Hohensinner, selbstverständlich den Beschluss, den einstimmigen Beschluss des Bezirkes Geidorf, der ist ja sozusagen ein Forderungskatalog gewesen, ein einstimmiger. Nämlich Erhaltung des Naherholungsgebietes Rosenhain klarerweise, klarerweise der Sanierungsbedarf, den ich auch angetönt habe und drittens das Leistbare und das Leistbare sind einfach Forderungen, die einfach notwendig sind. Die ÖVP hat ja seit Erich Edeggers Zeiten und auch über die Zeit jetzt mit Siegfried Nagl in ihrem Firmenlogo immer die Bürgerbeteiligung ganz groß geschrieben. Jetzt werden in diesen Tagen Druckstreifen veröffentlicht, Wortmeldungen gegeben, Spitzenkandidatinnen/-kandidaten melden sich zur Bürgerbeteiligung, wir machen Beschlüsse hier im Gemeinderat, erst vor wenigen Minuten einen Grundsatzbeschluss, und wenn es dann wirklich um Bürgerbeteiligung geht, dann wird es haarig, wenn es konkreter wird. Warum sage ich das? Der Geschäftsführer Krainer, dem ich ja nichts unterstelle, aber dem Interview in der G7 am Sonntag entnehme ich schon mit einigem Erstaunen, dass er bekundet, er war bei der Sitzung im Bezirksrat dabei in Anwesenheit der Bürgerinitiative und auf die nächste Frage des Kleinen-Zeitung-Redakteurs Hecke meint er, nachdem schon damals am Sonntag 1.500 sich solidarisch erklärt haben, die Grazerinnen und Grazer, ich weiß nicht, was

die wollen. Ich meine, das ist ein bisschen eine abschätzige Reaktion gegenüber BürgerInnenwünsche und Bürgerärgernisse und Bürgeranliegen. Aber jetzt zu dir, Herr Bürgermeister, und zu dir, Gerhard Rüschi. Wenn es stimmt, dass es nur Skizzen gibt, Entwürfe, keine fixfertigen Pläne...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Ein Wettbewerbsergebnis.

GR. Herper: Einen Wettbewerb hat es gegeben, aber es gibt nur Skizzen, habe ich gehört vom Bürgermeister, es gibt nur Entwürfe, es gibt nicht einmal einen Zeitplan, dann ist es ja nur recht und billig, gerade jetzt zu fordern, dass die Bürger nicht nur präsentiert bekommen nämlich diese Pläne, sondern dass sie mitbestimmen, mitreden, mitbeteiligen sich können, das nenne ich Bürgerbeteiligung und nicht nur Präsentation von Entwürfen (*Applaus SPÖ und Grün*). Also der Entwurf, die Reaktion mit dem Abänderungsantrag ist so wie Minimundus auf die Realität. Danke (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Parkscheinautomaten als Notrufsäulen

GR. Eichberger stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Stadtregerung, werte Kolleginnen und Kollegen! Bei meinem dringlichen Antrag geht es um ein Thema zum Thema Sicherheit in Graz, wir haben ja heute schon diskutiert hinsichtlich der Ordnungswache einen positiven Schritt. Um einfach das Sicherheitsbedürfnis der Grazerinnen und Grazer zu heben. Auch mein Beitrag oder meine Idee, mein dringlicher Antrag soll in diese Richtung eben einen Beitrag zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit zumindest beitragen. Wenn wir auch in Graz eine vergleichsweise sichere Stadt sind, das ist natürlich nicht zu verhehlen, dass die Kriminalität leider auch vor Graz nicht Halt macht, und wir wissen es alle aus vielen, vielen Begegnungen, vielen Besprechungen und Gesprächen und vielen Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dass sich vor allem ältere Personen in den Abendstunden im Stadtgebiet, in Parkanlagen etc. unsicher fühlen und Ängste entwickeln. Und dieser subjektive Eindruck vieler Bürgerinnen und Bürger kommt ja nicht von ungefähr, muss man leider dazusagen, sondern allein wenn man sich die aktuelle Kriminalitätsstatistik anschaut und vergleichsweise die Zahlen des ersten Halbjahres 2012 zu 2011 hernimmt, dann schaut es leider so aus, dass im ersten Halbjahr des heurigen Jahres immerhin über 11.000 strafbare Handlungen zur Anzeige gelangt sind. Ich will gar nicht hinterfragen, wie viel Fälle hier als Dunkelziffer zu bewerten sind und das bedeutet immerhin leider auch ein kräftiges Plus in der Anstiegsrate um immerhin 6 % und bedeutet, dass zumindest rund 60 strafbare Handlungen pro Tag hier in Graz zur Anzeige kommen.

Um jetzt im öffentlichen Raum dieses Sicherheitsgefühl zu verbessern, gäbe es durchaus eine gute Möglichkeit, die ich eben mit meinem dringlichen Antrag hier in Bewegung setzen möchte. Jeder weiß, dass wir im Grazer Stadtgebiet rund 900 Parkscheinautomaten haben, die alle miteinander mit entsprechendem Strom versorgt sind, die gut sichtbar sind, die in der Nacht auch entsprechend auffällig sind und erkennbar sind. Und jetzt denke ich mir, es einen Versuch wert wäre, unter Umständen in Analogie zu Aktivitäten in anderen Städten, ich darf hier (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auszugsweise die Stadt St.

Gallen heranziehen, die mit ähnlichen Modellen hier ganz gute Erfahrungen gemacht hat, wobei sogar das St. Gallener Modell noch einen Schritt weiter geht, nicht nur eine direkte Sprechverbindung zur Polizeistation, sondern zum Teil sogar mit Videokameras ausgestattet, denke ich mir, einfach auch in einem Zeitalter, wo jeder Zweite oder fast jeder ein Handy besitzt, dass natürlich in diesen Schrecksekunden, in diesen Momenten, wo etwas passiert, und es muss nicht nur unbedingt eine Gewalttat sein, sondern es kann ein Vandalenakt genauso sein, es kann da und dort ein Herzstillstand sein, kann ein Brand sein, kann ein Unfall sein, eine Verletzung sein, egal was immer, das wissend, dass vor allem auch ältere Personen hier nicht unbedingt ein Handy besitzen, in dieser Aufregung, in dieser Notsituation unter Umständen die richtige Nummer nicht haben etc. Dass also auch in Zeiten des vermehrten Handykonsums und Handyverkehrs die Umwandlung dieser vorhandenen Parkscheinautomaten zu sogenannten Notrufsäulen sicherlich eine Idee wert wäre. Hinzu kommt auch eines, dass dies technisch machbar ist, dass auch der Geschäftsführer des Grazer Parkraumservice ohne weiters sich so eine Umrüstung, eine Aufrüstung, eine Adaptierung dieser Parkscheinautomaten zu Notrufsäulen vorstellen könnte und aus diesem Grund und wissend auch, dass möglicherweise nicht jeder Parkscheinautomat auch eine Notrufsäule werden muss, denke ich mir, dass es hier, und das ist auch der Sukkus meines dringlichen Antrages, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz an die Polizeidirektion herantreten mögen, um mit der gemeinsam dieses Thema zu diskutieren, zu überlegen, inwieweit eine Aufrüstung von Parkscheinautomaten zu Notrufsäulen in Graz zur Erhebung der Sicherheit beitragen könnte beziehungsweise inwieweit es Sinn macht, das auf manche Straßenzüge nur zu konzentrieren oder flächendeckend in jenen Bereichen zu machen, wo es diese Parkautomaten gibt, gleichzeitig auch, und hier danke ich dem Kollegen Hohensinner, der natürlich auch wissend, dass solche Anlagen vor Missbrauch ja nicht unbedingt geschützt sind und auch missbrauchsanfällig sein können, dass wir diesen Punkt noch zusätzlich hineingenommen haben, dass man auch Möglichkeiten eruieren sollte, um hier die Missbrauchsrate, das heißt, unnütze Fehlalarme zur Polizei, hintanzuhalten. Ich ersuche euch um Annahme dieses

Antrages, es geht in diesem dringlichen Antrag, wie gesagt, um eine Prüfung dieser Idee mit kompetenten Personen der öffentlichen Sicherheit und danke bereits im Vorhinein für eine in Aussicht gestellte Unterstützung unseres dringlichen Antrages. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 17.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Schröck:** Lieber Kollege Eichberger, ich befürchte sehr, dass dich dieser, ich möchte schon sagen, typische Eichberger-Antrag deiner Chefin auch nicht näherbringen wird, beziehungsweise einem Mandat in der nächste Gemeinderatsperiode. Denn an diesem Antrag kann man sehr gut erkennen, dass die Kommunikation zwischen dir und deiner Chefin nicht wirklich hinlänglich sein kann, denn im April diesen Jahres hat die Stadträtin Schröck zusammen mit der Kollegin Jahn, dem Kollegen Kraxner, dem Kollegen Sippel und mir an einer Diskussion, an einem Sicherheitsgipfel an der Universität Graz teilgenommen, das Institut für Sicherheit im öffentlichen Raum, und in dieser Diskussion hat der Kollege Kraxner eine Idee geäußert, die im Wesentlichen deinem dringlichen Antrag entspricht und wir haben dann auch vor Ort direkt die Antwort des Brigadier Kemeter zu dieser Idee erfahren können und er hat ungefähr Folgendes gesagt: Nämlich erstens müssten wir alle jene Kriminellen der Stadt auch dazu anhalten, ihre Opfer direkt neben solchen Automaten zu überfallen, das kannst du vielleicht in einem Zusatzantrag fordern, zweitens ist die Gefahr des Missbrauchs bei diesen Anlagen auch durch die angeregte Kamerafunktion nicht entschärft, weil dann müsstest jedes einzelne Gerät einmal kommissionieren lassen, damit du diese Kamera kriegst und das ist ja bei uns in der Stadt nicht wirklich möglich. Drittens hat er gesagt, der Aufwand, die Kosten, das Personal steht in keiner Relation zum Sicherheitsgefühl oder auch zur Prävention und

viertens hat fast mittlerweile jeder Bürger und jede Bürgerin in dieser Stadt ein Handy, mit der sie viel schneller sofort einen Notruf absetzen kann. Also muss ich dir leider sagen, es wird nächsten Mittwoch nichts mit der Doppelseite in der Grazer Woche, dieser Antrag wird wahrscheinlich, so hoffe ich, aufgrund der von mir geäußerten Bedenken, die auch der Brigadier Kemeter so geäußert hat, nicht durchgehen (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Klaus! In dem Fall kann ich mich nur in vielen Dingen, in vielen sachlichen Dingen dem Kollegen Schröck anschließen, ich glaube auch, dass du diesmal bei diesem Antrag wahrscheinlich im Wahlkampffieber ein bisschen über das Ziel geschossen hast. Weil auch wir sehen diese Art, wie du glaubst, der Kommunikation zwischen überfallenem Bürger und Polizei doch etwas problembehaftet, Kollege Schröck hat das eh schon gesagt, beispielsweise haben heute, glaube ich, von 100 Bürgern haben 97 ein Handy und man muss sich einmal vorstellen, dass jetzt jemand da hinget zu diesem Parkautomat, dort die Polizei ruft, also das ist wahrscheinlich länger, weil, wie der Kollege Schröck auch gesagt hat, das ist ja nicht gerade so, dass jemand vor einem Parkscheinautomaten überfallen wird, also glaube ich, ist es besser, wenn jemand ein Handy mithat und Handys funktionieren wahrscheinlich einwandfrei, gibt ja überall einen Notruf. Aber wie gesagt, wir wollen natürlich, wenn es um Sicherheit geht, sind wir natürlich auch immer dabei, aber wir glauben, dass es sicher nicht dringlich ist, sondern dass es genügt, wenn dieser Antrag von den zuständigen Stellen geprüft wird und wir glauben, dass er sicher nicht die Prüfung bestehen wird, dass es den Sicherheitscharakter in der Stadt besonders verbessern wird. Wir sind gegen die Dringlichkeit, aber falls die Dringlichkeit doch bestätigt wird, werden wir dem Antrag zustimmen, dass es untersucht werden soll, weil wir sind ja auch nicht der liebe Gott, aber wir glauben, dass es sicher keine besondere Verbesserung der Sicherheit bringt. Umso mehr ich auch glaube, dass das Ganze eher eine Unsicherheit bringt, weil man

muss sich einmal vorstellen, ich weiß nicht, wie viel Parkautomaten in der Stadt es gibt, aber sicher einige...

Zwischenruf: 900.

GR. Mag. **Korschelt**: 900 Parkautomaten, muss man sich vorstellen, allein in der Elisabethstraße und wo sie überall herumstehen, was es in der Nacht Witzbolde gibt, die dann drücken dort, also ich nehme an, dass da in der Nacht wahrscheinlich 30 bis 40 Fehlalarme sind und die Polizei dann jedes Mal ausfahren muss, also ich glaube, das kommt zusätzlich noch dazu, dass man dann natürlich dann in der Nacht eben leicht illuminierten Personen auch noch ein lustiges Spiel bereitet, dass da gedrückt wird und die Polizei dann wahrscheinlich in 29 von 30 Fällen sinnlos ausrücken muss. Also deswegen glauben wir, dass auch die zuständigen Stellen im Magistrat deinem Antrag sicher nicht positiv gegenüberstehen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Eichberger**: Ich bin schon etwas verwundert über die beiden Redner zur Dringlichkeit. Zum Kollegen Schröck, er hat halt wie sein Meister und die Nummer 1 des BZÖ auch hier halt wieder die Halbwahrheiten gesagt, aber das gehört halt zum BZÖ dazu. Es ist Folgendes, ich meine, dann sage auch hier die Wahrheit, auch wenn es diese Besprechung gegeben hat und du mir im Vorfeld unter vier Augen gesagt hast, aber dem Kollegen Kraxner sein Vorschlag war doch ein anderer, dann hätte ich es zumindest so ehrlich von dir erwartet, dass du hergehst und sagst, nicht im Wesentlichen, sondern Kollege Kraxner hat eine eigene Ampel gefordert. Das heißt, das macht schon einen Unterschied, wenn ich eigene Installationen fordere oder ich

rüste einfach hier vorhandene Parkscheinautomaten um. Zum anderen auch zum nicht lieben Gott Harry, es ist schon richtig, dass ein Großteil der Bevölkerung Handys hat, mich wundert nur, dass die Schweizer anscheinend ein handyloses Volk sind, mich wundert auch, wieso es dann letztendlich überhaupt noch Brandmelder gibt, wo ich direkt mit der Feuerwehr verbunden werden kann auf Knopfdruck, es wundert mich auf den Autobahnen, dass es nach wie vor Notrufsäulen gibt und es wundert mich vor allem von dir, Harry, wo ich mich erinnern kann vor einigen Jahren, wo du selber hier Maßnahmen im innerstädtischen Bereich gefordert hast mit direkter Kontaktnahme mit der Polizei. Möglicherweise, es ist Wahlkampf, es tut dem einen oder anderen weh, dass es so ist, dass man selber halt als Fraktion der FPÖ oder des BZÖ diese Idee nicht gehabt hat, die ansonsten natürlich immer für Sicherheit, Korrektheit hier auftreten und dass halt auf einmal jetzt die Sozialdemokratie auch hier Anträge einbringt eben zum Wohle, zur Sicherheit, zur Hebung des Sicherheitsgefühles der Grazer Bevölkerung und da wundert es mich, dass du auf einmal sagst, die Sache ist nicht dringlich. Anscheinend hast du einen Paradigmenwechsel hinnehmen müssen, dass du auf einmal sagst, gratuliere dem Herrn Bürgermeister, es reicht, wenn jetzt zusätzliche Wachebeamte in Form der Ordnungswache kommen und Grazer ist die supersichere Stadt. Bin neugierig, ob du die letzten beiden Gemeinderatsitzungen noch nutzt, um hier unter Umständen vielleicht überhaupt das Ausziehen der Grazer Polizei zu verlangen, weil eh alles so super ist. In diesem Sinne würde es mich freuen, es geht nicht darum, dass die morgen bereits mit der Installation dieser Notrufsäulen beginnen, sondern es soll, wie Harry richtigerweise festgestellt hat, einmal von Experten festgestellt werden, was kostet das, was bringt es. Bringt es nichts, dann nehme ich es auch zur Kenntnis, aber von vornherein zu sagen, das vergessen wird, das lassen wir sein, finde ich nicht der richtige Weg und vor allem nicht zum Wohle der Grazerinnen und Grazer. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.00 bis 18.40 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.40 Uhr den Vorsitz.

5) Sicherung der Grün- und Freiflächen laut 4.0 Stadtentwicklungskonzept für alle GrazerInnen im Bereich des Entwicklungsgebiets Reininghaus

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pause ist noch nicht ganz beendet nicht für alle und sie soll auch im Bezug auf das Thema Reininghaus in dieser Stadt möglichst bald beendet werden, eine Pause, die es seit dem bekannten Ausgang der BürgerInnenumfrage gibt und dazu stelle ich folgende Thematik zur Diskussion: Wir haben uns jetzt beinahe drei Jahre, seit dem einstimmigen Beschluss des Reininghaus-Rahmenplans bis hin zum 4. Stadtentwicklungskonzept, immer sehr klar dazu bekannt, dass das ehemalige Reininghausareal, Industrieareal, für die Zukunft der Stadt Graz eine ausgesprochen große Bedeutung hat. Die vorhin schon erwähnte nicht besonders glücklich vorbereitete BürgerInnenumfrage im Juli dieses Jahres, die einen Ankauf des Areals durch die Stadt, so wie es beabsichtigt war, nunmehr unmöglich macht, beendet weder die Tatsache, dass das Areal in

irgendeiner Form entwickelt wird, das heißt, es wird irgendwann und irgendwie passieren, noch entlässt sie die Politik aus ihrer Verantwortung, hier aktiv zu werden.

Die Beschlusslage von diesem Rahmenplan 25. Februar 2010 hier im Gemeinderat beschlossen sowie die diversen stadtplanerischen Zielvorgaben sind natürlich nach wie vor gültig. Diese Entwicklungsziele werden in dem 4.0 STEK gut abgebildet und werden in der kommende Revision des Flächenwidmungsplans, so hoffen wir, entsprechend Eingang finden.

Allerdings sind wir noch nicht in der Flächenwidmungsplanrevision für das 4.0 STEK, sondern es gilt nach wie vor das alte, das 3.0 Fläwi. Im 3.0 Fläwi sind die vorliegenden Widmungen etwas anders gelagert, als sie jetzt im 4.0 STEG gelagert sind. Es könne als jederzeit Bebauung auf Basis der vorhandenen Widmung 3.0 Fläwi passieren und wir könnten das in keinsten Weise stoppen, verhindern oder sonst irgendwie beeinflussen.

Ein wichtiges Moment für die Entwicklung von Reininghaus ist die Entwicklung und die Ausbildung von entsprechenden Grün- und Freiflächen und dazu sollten wir in dieser Form aktiv werden und mit den Werkzeugen, die uns jetzt dafür zur Verfügung stehen, versuchen, diese im 4.0 STEK schon vorresevierten Freiflächen und Grünflächen zu sichern. In einem weiteren Schritt, so meine, unsere Ansicht, sollte auch sehr bald definiert werden, welche ungefähren Frei- und Grünraumanteile laut der Planung im 4.0 STEK für die verschiedenen nachgefragten Nutzungsformen reserviert werden könnten und sollten. Diese Nutzungsformen sind zum einen die öffentlichen Parkflächen, aber es sind auch Sportflächen, Raum für Urban Gardening, für Grillplätze, für eine Veranstaltungs- oder Festwiese und anderes mehr.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadtrat Univ. Doz. Gerhard Rüscher werden ersucht, umgehend einen geeigneten Strategievorschlag zur nachhaltigen Sicherung der im 4.0 Stadtentwicklungskonzept ausgewiesenen Grün- und Freiflächen im Entwicklungsgebiet von Reininghaus zu entwickeln, um ehestmöglich in Verhandlungen mit der aktuellen Eigentümerin eintreten zu können. Das Ziel dieser Verhandlungen soll sein, die Stadt in die Lage zu versetzen, diese Grün- und Freiflächen der Grazer Bevölkerung dauerhaft zur Verfügung stellen zu können.
2. Darüber hinaus wird Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl beauftragt, dem Gemeinderat in der Gemeinderatssitzung im Oktober 2012 in geeigneter Form über den Strategievorschlag zur Sicherung der genannten Grün- und Freiflächen zu informieren.
3. In diesem Informationsbericht an den Gemeinderat soll auch bereits ein grober, also ein prozentueller Verteilungsschlüssel für die beabsichtigten unterschiedlichen Nutzungen der Flächen, für Parkanlagen wie gesagt, für Sportanlagen, Urban Gardening, für Veranstaltungsfläche sowie für Grillplätze skizziert werden.

Vielen Dank, ich ersuche um Ihre Zustimmung (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Karl! Wir werden dieser Dringlichkeit nicht die Zustimmung erteilen und ich begründe das jetzt mit einigen Sätzen. Es ist vollkommen richtig dargestellt von dir, dass wir also nicht die Gelegenheit hatten oder eben die Umfrage das Ergebnis gebracht haben, diese Grundstücke nicht zu kaufen, es ist nach wie vor, das hast du auch richtig erwähnt, der Rahmenplan das einzige Instrument oder das Instrument, das wir momentan

haben, um zumindest in den Verhandlungen, die nach meinem Wissensstand ja ständig hier getätigt werden, diese Bereiche, die wir im Rahmenplan als Grünflächen, als Freiflächen hier beabsichtigt haben zu sichern, das ist einmal der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, dass wir im Stadtentwicklungskonzept im Passus Reininghaus auch wieder ausführlich den Grünraum als wichtige Komponente dargestellt haben, es ist also auch im Stadtentwicklungskonzept 4.0 der Bereich Reininghaus extra und dezidiert herausgenommen. Was aus meiner Sicht sehr schwierig ist momentan und das hängt damit zusammen, dass wir einerseits das Stadtentwicklungskonzept sozusagen auf die Reise Richtung Aufsichtsbehörde geschickt haben und andererseits der Flächenwidmungsplan sozusagen jetzt nachrangig zu bearbeiten ist. Was natürlich wünschenswert wäre, und das haben die Gespräche auch mit den anderen Kollegen ergeben, wäre natürlich, wenn wir schon bestimmte Bereiche sozusagen aus diesem Bereich ankaufen könnten, ich muss das im Konjunktiv jetzt sagen, um sicherzustellen, dass diese Räume dann im Eigentum der Stadt Graz tatsächlich als Grünräume zur Verfügung stehen könnten. Das wäre eine Möglichkeit, sage ich einmal jetzt, nur scheint mir im jetzigen Zeitpunkt das Instrument, tatsächlich konkret Grünräume zu sichern, einfach nicht möglich. Also ich glaube schon, dass in den Verhandlungen, auch die der Herr Bürgermeister und alle Beteiligten mit den Grundeigentümern führen, ganz klar immer wieder der Rahmenplan und das, was wir dort dezidiert festgeschrieben haben, was den Grünraum betrifft, eingehalten und immer wieder auch Verhandlungsgrundlage sein muss. Nur sehe ich momentan kein Instrument oder keine Möglichkeit, ganz konkret Grünflächen anzukaufen, um die auch dann aus dem Eigentum heraus für die entsprechenden Vorhaben, die wir alle mittragen wollen und die sich auch im Rahmenplan abzeichnen, umsetzen zu können. Deshalb lehnen wir in der Form die Dringlichkeit ab. Selbstverständlich sind alle Verhandler bereit, genau im Sinne des beschlossenen, einstimmig beschlossenen Rahmenplanes die Anteile, die wir im Rahmenplan festgeschrieben haben, auf jeden Fall zu sichern. Nur die konkreten Flächen sind jetzt aufgrund der Basis, dass wir nicht Eigentümer sind, sehr schwer festzumachen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, lieber Kollege Dreisiebner! Besteht, glaube ich, Konsens darüber, dass wir auf den Flächen der Reininghausgründe in entsprechendem Ausmaß Grünflächen benötigen werden. Wir wissen, einige Stadtteile haben dort ein maximales Manko und in dem Bereich, wo die Stadt sich vergrößern kann, sollte entsprechend Vorsorge getroffen werden. Nur bei der ganzen Wunschliste, die du mündlich genannt hast, was alles an Begehrlichkeiten hinsichtlich der Stadt Graz besteht, vermisse ich einen ganz wesentlichen Punkt, der, glaube ich, für die Stadtentwicklung und auch für die in Richtung einer Metropole, dass die Stadt Graz nicht nur eine Wohnstadt, Wohngroßstadt wird, einfach auch notwendig ist und das ist, und die Entwicklungen zeigen das auch in Deutschland, die Zukunft von Städten wird auch damit im Zusammenhang stehen, wie viele Arbeitsplätze wir im Bereich Industrie und Gewerbe haben. Das haben vor Jahren, Jahrzehnten viele von den New Economy gesprochen von EDV-Arbeitsplätzen und, und, und. In dem Bereich muss was passieren und wir haben so große Flächen, wo sich etwas entwickeln kann, noch dazu mit den entsprechenden Möglichkeiten der Infrastrukturanbindung an die Bahn, die wir natürlich auch forcieren wollen, müsste dort auf den Reininghausgründen aus meiner Sicht ein erhebliches Maß möglich sein, wenn es Interessenten gibt, dass wir, zumindest von der Stadt Graz das nicht behindern, sondern fördern. Ich sage ja zum Standort für Industrie- und Gewerbearbeitsplätze in Graz, dann brauchen die Leute auch nicht so weit auspendeln...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Binder: Das war nicht der Antrag. Der Antrag geht in eine andere Richtung.

GR. Mag. **Mariacher**: ...dann haben wir nicht die Probleme, die in Graz Ost und Webling gehen, einpendeln und in der Früh stauen, sondern die kann man auch vielleicht an Wohnorten mit entsprechenden Wohnhäusern usw. versorgen, dass sie auch nah zu ihren Arbeitsplätzen haben. Und dazu gehört natürlich auch die entsprechende Infrastruktur mit Kindergärten und auch Parkanlagen. Aber bitte nicht darauf vergessen, so wie es hier im mündlich vorgetragenen Antrag kommt, dass man über Grillplätze redet, ich will das jetzt gar nicht heruntermachen, aber es ist für mich von der Prioritätenreihung ganz weit hinten angesiedelt und alles andere kommt vorneweg und auf das möchte ich hinweisen. Danke.

GR. **Herper**: Lieber Karl, ich stimme mit Georg Topf überein, wir haben eine Entscheidung der Grazerinnen und Grazer, die wir zur Kenntnis genommen haben bezüglich Reininghaus. Wir haben einen einstimmig getroffenen Rahmenplan, der uns Möglichkeiten gibt und wir haben, wie gesagt, auch als Stadt raumordnerische und rechtliche Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Ich stimme mir dir überein, dass man sich Gedanken machen muss, dass man in der Perspektivplanung natürlich daran denken muss an Park-, Sportanlagen, Veranstaltungsplätze, Urban Gardening, alles richtig, alles vollkommen verständlich. Ich glaube, derzeit ist es noch zu früh, um in Verhandlungen einzutreten. Ich bin dafür, Perspektivplanungen zu machen, in Gespräche einzutreten, aber in Verhandlungen mit den aktuellen Eigentümern einzutreten wäre, glaube ich, verfrüht, wenn wir, die wir dauerhaft zur Verfügung stellen haben wollen, wenn wir nicht einmal wissen, was wir gesamt dort wollen. Also hier sozusagen Einzelplätze gleich freizumachen, halte ich für verfrüht, deswegen lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank an Karl-Heinz Herper und Georg Topf für die Darstellung eurer Sichtweise. Zum Georg Topf, ich kann dir leider nicht folgen, ich kann dir normalerweise immer sehr gut folgen, wenn du sagst, die Möglichkeit, hier jetzt etwas zu tun erscheint dir unmöglich, das sehe ich nicht. Du verbindest das auch mit dem Begriff Ankauf, das steht nicht in meinem Antrag, das ist hier nicht der Fall. Da sollte es andere Methoden und Möglichkeiten geben und das habe ich auch offen gelassen, das will ich auch nicht vorwegnehmen, das wollte ich nicht vorwegnehmen. Du hast den Begriff Ankauf da hineingenommen, aber man kann über Vorkaufsrechte sprechen. Wir wären eigentlich, sorry, ein bisschen blöd, kaufmännisch gesagt, würden wir jetzt Industrie- und Gewerbegrund erwerben, ankaufen, so wie du es sagst, um es dann in Grünraum umzusetzen und zu gestalten. Aber den Vorkauf, das Vorkaufsrecht darauf zu haben oder eine ähnliche rechtliche Strategie anzuwenden, wie gesagt nicht mein Bier, wollte ich hier nicht festschreiben, das war das Ziel dieses Antrages. Ja, die konkreten Flächen sind bekannt, die stehen im STEK, die stimmen nicht überein und sind nicht in dem Ausmaß im jetzt noch gültigen 3.0 Fläwi. Wenn am Ende etwas eintritt, was wir trotz des Rahmenplans, des Stadtentwicklungskonzept, das noch nicht rechtsgültig ist usw. und der Flächenwidmungsplan dann noch nicht aufgelegt ist, wenn da etwas passiert trotz der Verhandlungen und der Gespräche, die man permanent führt mit der nunmehrigen Eigentümerin, aber das muss nicht die Eigentümerin von morgen sein, kann das eintreten, wovon der Kollege Mariacher geredet hat, dass man nämlich zur Kenntnis nehmen müsste, dass alles andere Vorrang hat, weil es eben irgendwer baut und das mag jetzt dieses oder jenes Gewerbe, diese oder jene Industrie sein, und für den Kollegen Mariacher, ja, es ist genug Gewerbe- und Industriegelände vorgesehen, das wohnortnah dort passieren kann und ich wäre hochglücklich, wenn dort intelligente Betriebe sich ansiedeln. Dasselbe gilt für Karl-Heinz Herper. Ich sehe die Pause dauert an, ich hoffe, es passiert nichts in der Zwischenzeit. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 6) Verschlechterung der Gewässerqualität und baustellenbedingte Feinstaubbelastung durch die Errichtung der Mur-Staustufe Graz bedrohen die Gesundheit der GrazerInnen; Stadt Graz muss rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen.**

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gäste! Bevor ich zu meinem dringlichen Antrag komme, möchte ich einige Punkte vorausschicken, die Sie vielleicht noch nicht wissen. Es hat gestern in der Stadtgemeinde, der Marktgemeinde Gratkorn eine Abstimmung gegeben, die hatten gestern auch Gemeinderatssitzung und die haben sich für eine Berufung gegen die Staustufe in Gratkorn ausgesprochen, das heißt, der Bürgermeister wahrt seine Rechte, der Gemeinderat wahrt seine Rechte gegenüber der Estag beziehungsweise dem Verbund. Ich möchte weiters vorausschicken, dass das keine Abstimmung für oder gegen eine Murstaustufe, ein Murkraftwerk ist, sondern eine Abstimmung, wo es um die Wahrung der Interessen der Stadt Graz geht. Ich möchte in dem Zusammenhang auch an das erinnern, was im Zusammenhang mit der Staustufe Gössendorf, die ja bald eröffnet wird, passiert ist. Dort hat die Stadt Graz nicht berufen, im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass vertragliche Vereinbarungen fehlen, es gab dann große Aufregung, es mussten Mittel in die Hand genommen werden, um gewisse Naherholungseinrichtungen und gewisse Au-Biotope überhaupt herstellen zu können, das hätte man alles regeln können, da hätte man berufen können und hätte sich seine Rechte auch sichern können. Mir ist das deshalb wichtig, weil ich im Vorfeld natürlich Gespräche geführt habe und auch sehe, dass da,

wie soll ich sagen, dass da einfach ein bisschen Überzeugungsarbeit notwendig ist. Zu meinem dringlichen Antrag selbst, es ist der Genehmigungsbescheid, erster Instanz, zur Mur-Staustufe Graz veröffentlicht worden. Ich habe ihn her, es ist doppelseitig bedruckt, ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen Gelegenheit hatte, ihn zu lesen. Ich habe ihn sehr genau studiert und ich möchte zur Conclusio sagen, der Bescheid hält fest, dass das Kraftwerk aufgrund seiner ökologischen Auswirkungen nicht genehmigungsfähig ist, ich zitiere: „Das verfahrensgegenständliche Projekt wird daher hinsichtlich des Fachbereichs Gewässerökologie im Sinne des Verschlechterungsverbotes negativ beurteilt.“ Das heißt, aufgrund der Umweltauswirkungen dürfte diese Staustufe nicht gebaut werden, was macht man dann, man geht in ein Ausnahmeverfahren laut § 104a Wasserrechtsgesetz, das ist bei Gössendorf passiert, das ist bei Kalsdorf passiert und versucht, über öffentliches Interesse doch noch eine Genehmigung zu bekommen.

Zwei Punkte, die mir wichtig sind, weil sie besonders dramatisch sind auch für Grazerinnen und Grazer. Das eine ist, dass die Gewässergüte der Mur sich wieder verschlechtern wird. Also ich erinnere mich noch, wie ich jung war oder klein war, dass die Mur ein fürchterlich schmutziger Fluss war. Man kann auch im Gewässergütebericht des Landes Steiermark aus dem Jahr 2000 lesen den Rückblick. Die Mur war der schmutzigste Fluss Europas, hatte Güteklasse IV. Das Land hat sich dann sehr bemüht, das Land Steiermark und auch die ganzen Gemeinden, wo die Papierfabriken sind, haben Milliarden Schilling in die Hand genommen, um die Mur zu sanieren, sodass wir heute wieder von einer guten Wasserqualität sprechen können. Sie müssen sich wirklich bewusst sein, wenn diese Staustufe errichtet wird, verändert sich die Wasserqualität, verändert sich der Oberflächenwasserkörper und wird zurückversetzt in einen Zustand vor 15 Jahren. Das sind einfach viele, viele Millionen Euro auch, die investiert wurden umgerechnet, die einfach zunichte gemacht werden. Ein zweiter Punkt, der mir auch wichtig erscheint, ist die Feinstaubbelastung, die sich verschärfen wird. Es ist so, dass gerade im Baustellenbereich, im Bereich Grünanger, es zu einer sehr hohen Feinstaubbelastung kommen wird durch die Bautätigkeit, durch die Baufahrzeuge. Das Umweltamt hat

auch darauf hingewiesen, hat gebeten, dass die Stadt Graz eine Berufung macht, einfach um weitreichendere technische Maßnahmen, zum Beispiel noch schadstoffärmere Lkw, einzufordern, um zum Beispiel in Hochbelastungszeiten einfach keine Bautätigkeit zuzulassen und so die Menschen vor der hohen Feinstaubbelastung zu schützen. Es gibt bis 9. Oktober 2012 die Möglichkeit, dass die Stadt Graz gegen den Bescheid Berufung einlegt und daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichtes die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragen,

1. gegen den UVP-Genehmigungsbescheid zur Mur-Staustufe Graz fristgerecht bis 9. Oktober 2012 Berufung einzulegen und
2. in der Berufung insbesondere auf den Tatbestand der „unzumutbaren Belästigung der Nachbarn“ und der „Gefährdung der Gesundheit“ durch die Verschlechterung der Gewässerqualität und die zusätzliche Feinstaubbelastung einzugehen.

Ich möchte noch einmal betonen, es ist keine Abstimmung für oder gegen ein Murkraftwerk, das ist eine Abstimmung für die Wahrung von Interessen der Stadt Graz und für die Wahrung der Interessen der Grazerinnen und Grazer und für deren Gesundheit. Ich weiß, dass manche von Ihnen, ich habe das in Vorgesprächen auch gemerkt, ziemlich unter Druck sind, auch von Landesseite, ich weiß das, ich weiß dass das sehr viel Mut erfordert, hier im Sinne der Grazerinnen und Grazer abzustimmen und in diesem Sinne bitte ich Sie ganz, ganz dringlich um die Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Frühwarnsystem bei drohenden Strom- und Heizungsabschaltungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Februar 2009 stellten wir im Gemeinderat einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Einrichtung eines Frühwarnsystems im Falle einer drohenden Strom- beziehungsweise Heizungsabschaltung, der mehrheitlich angenommen wurde.

Ziel eines Frühwarnsystems ist es, eine Vernetzung zwischen Energieversorgungsunternehmen und Sozialamt herzustellen, damit den betroffenen Energiekundinnen und -kunden entsprechende Hilfestellungen angeboten werden, um bestehende Zahlungsrückstände zu begleichen, ohne dass es zur Abschaltung von Strom- oder Heizungsleistungen kommt.

Wenn Menschen Strom-, Gas- und Heizungsrückstände nicht begleichen, liegt es meist nicht an mangelnder Einsicht, sondern schlicht und einfach daran, dass sie in finanzielle Nöte geraten sind, zum Beispiel aufgrund eines Arbeitsplatzverlustes, einer Scheidung oder einer sonstigen Ausnahmesituation. In solchen Fällen ist es oft zielführend, eine realistisch bemessene Ratenzahlungsvereinbarung zu treffen, um bestehende Rückstände auszugleichen, während eine Strom- beziehungsweise Heizungsabschaltung und die Installation eines Prepaymentzählers nur zusätzliche Kosten für die Betroffenen verursachen.

Der nächste Winter steht vor der Tür. In der kalten Jahreszeit führt die Abschaltung von Heizung und Strom oft zu besonderen sozialen Härten. Glücklicherweise haben zahlreiche Einrichtungen, aber auch Einzelpersonen, im Vorjahr große Hilfsbereitschaft gezeigt, sodass die Kältewelle zumindest keine Opfer gefordert hat.

Die Stadt Graz als Miteigentümerin der Energie Graz hat hier eine große Verantwortung. Insbesondere in Perioden extremer Kälte darf man nicht mit Abschaltungen der Energieversorgung arbeiten, niemand darf bei Extremtemperaturen unter der Kälte leiden oder zu Schaden kommen.

Angesichts der geschilderten Problematik ist die Einrichtung eines Frühwarnsystems dringend geboten, weil viele Betroffene die geschilderten Situationen nicht mehr eigenständig bewältigen können. Dieses Problem muss endlich längerfristig gelöst werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt dafür ein, dass die Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen, insbesondere der Energie Graz, wieder aufgenommen werden, um die Einrichtung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von drohenden Strom-, Gas- und Heizungsabschaltungen zu beschleunigen.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert außerdem an alle Energieversorgungsunternehmen, insbesondere an die Energie Graz, im Falle eines bestehenden Zahlungsrückstandes zu vermeiden, dass während einer Kältewelle in finanziell schlechter gestellten Haushalten Strom, Gas oder Fernwärme abgeschaltet wird (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Antragstellerin! Für uns ist dieser Antrag natürlich auch dringlich, dringlich nämlich seit dem 15.1.2009, wo auch ein Zusatzantrag beschlossen wurde, mehrheitlich beschlossen wurde, wo es darum ging, dass ein Arbeitskreis eingerichtet wird aus MitarbeiterInnen der Graz AG, des Wohnungs- und des Sozialamtes und so dringlich wäre es eigentlich auch schon gewesen, dass dieser Arbeitskreis eingerichtet wird. Aber wie es damals auch war, werden wir auch diesmal einen Zusatzantrag stellen. Aber der Dringlichkeit stimmen wir zu (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Ich hoffe, dass es Zustimmung diesbezüglich gibt, dass wir bald zu einer Lösung kommen, damit nicht eine Situation eintritt, dass Menschen, die von dieser Situation betroffen sind, frieren müssen und wir rechtzeitig dann auch irgendwie etwas tun können (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Rajakovics**: Liebe Kollegin Taberhofer! Es ist tatsächlich so, mir kommt vor, nicht nur 2009, sondern mit kommt vor, auch letztes Jahr haben wir genau dieses eine Thema auch hier diskutiert und irgendwie wundert es mich, dass von Seite der KPÖ mit der zuständigen Stadträtin für dieses Thema immer diese Nebelgranate aufsteigt, weil in Wirklichkeit müsstet ihr euch ja wohl selber beauftragen, dass ihr rechtzeitig

mit der Energie Graz und mit allen Energieversorgern nach Lösungen sucht, wie man letztlich zu einem Vorwarnsystem kommt, weil das Problem ist ja nicht, dass die Energie Graz nicht oft genug mahnt. Ich habe mir das wieder kommen lassen, es sind insgesamt vier Mahnungen verteilt über drei Monate, bis letztlich eine Stromabschaltung kommt und in der Zwischenzeit ist es so, dass zahlreiche Einrichtungen von der Wohnungssicherungsstelle über die Schuldnerberatung über Caritas und, und, und bis hin auch eben Sozialamt oder auch euer eigener Fonds ja da wären, um entsprechend helfen zu können. Das Problem ist also nicht bei jenen, wo die Mahnung kommt und sie wenden sich um Hilfe an jemanden, sondern das Problem ist dort, wo wir gar nicht draufkommen, dass jemand schon die vierte Mahnung bekommen hat und der dann im letzten Moment angelaufen kommt, wenn der Strom abgeschaltet ist und sagen, um Gottes Willen, mein Strom ist abgeschaltet. Also das ist das Problem und daher ist es aus zwei Gründen wichtig, dass man von vorneherein zwei Dinge versucht, auf die Reihe zu bringen, das haben wir eigentlich schon 2009 probiert. Das eine ist, dass wir zu einem Frühwarnsystem kommen, das auch automatisch den Magistrat verständigt, jetzt weiß ich doch, dass es mit der AG schwierig war rechtlich, ich glaube, man sollte einen Anlauf nehmen, da wir eine neue Gesellschaftsstruktur haben, ob man nicht doch einen Weg findet, dass auch die Holding beziehungsweise die Energie Graz, wenn sie die zweite oder dritte Mahnung jemand zustellt, auch eine Stelle beim Magistrat darüber verständigt, sodass wir auch von uns aus aktiv werden können. Und das Zweite möchte ich wieder sagen, es gibt, und ich habe das jetzt auch nachgefragt, es ist tatsächlich nach wie vor so, dass diese Wertkartenapparate von der Energie Graz ja angeboten werden, genau jenen angeboten werden, die immer wieder in diese Situation kommen, dass sie alles zuerst zahlen nur nicht den Strom und das Gas. Und dann vielleicht im Kalten sitzen und im Finstern sitzen, also auch diese Wertkarten würden ja sicherstellen, dass die Leute rechtzeitig kommen, wenn die Wertkarte leer ist, muss sie aufgeladen werden und dann haben sie keinen Rückstand, sondern habe sie quasi immer von vorneherein auch sichergestellt, dass Strom und Gas fließt (*Applaus ÖVP*). Daher darf ich einen Abänderungsantrag zum Punkt 1 bringen, der Punkt 2 bleibt. Der Punkt 1 soll lauten,

der Gemeinderat spricht sich für ein Frühwarnsystem aus. Dieses Frühwarnsystem soll in einem Arbeitskreis, unter Leitung von StR.ⁱⁿ Elke Kahr, aus MitarbeiterInnen der Holding Graz, der Energie Graz, des Wohnungs- und Sozialamtes entwickelt werden.

Das Frühwarnsystem sollte jedenfalls in der 2. Mahnung an den Betroffenen folgenden Satz beinhalten: „Wir werden von Ihrem Zahlungsrückstand den Magistrat Graz benachrichtigen, sofern Sie sich nicht innerhalb einer Woche dagegen aussprechen.“

Eine Maßnahme des Frühwarnsystems könnte sein, dass das zuständige Sozialamt, bei Gemeindewohnungen das Wohnungsamt, an die Betroffenen herantritt, um sie davon zu überzeugen, sowohl bei Strom als auch bei Gas eine Wertkartenanlage einbauen zu lassen.

Dieses Wertkartensystem stellt sicher, dass die Betroffenen ein Gefühl für anfallende Strom- und Heizkosten bekommen und dass das notwendige Geld zur Begleichung der Kosten tatsächlich für diesen Zweck verwendet wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Erstens einmal denke ich mir oft, dass schon lange manche weit weg sind von dem, wie es den Leuten draußen nämlich wirklich geht. Weil ich würde dich wirklich bitten ganz persönlich einmal, wenn du so salopp da so sagst, setze dich einmal mit den SozialarbeiterInnen der Stadt Graz zusammen und lasse dir von ihnen sagen, und da geht es jetzt nicht, ich sage es jetzt noch einmal, um Mindestsicherungsempfänger, weil das sage ich sehr oft, es geht auch oft sehr um berufstätige Leute, die einfach so wenig Einkommen und Bezüge haben, dass sie nicht mehr über die Runden kommen, bis hin zu Mindestpensionisten. Und das ist kein gemeindewohnungsspezifisches Problem, das möchte ich nämlich noch einmal sagen.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das habe ich nicht behauptet.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich bin für das städtische Wohnungsamt zuständig, dort gibt es auch solche Probleme, aber nicht einmal...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Bei Übertragungswohnbauten.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Das wäre super, wenn du mich auch gleich mitverantwortlich machst für die ganzen Privaten, dann können wir eh gleich...naja, das ist nicht so einfach, weil den Überblick über unsere stadteigenen Gemeindemieter haben wir größtenteils eh und da können wir viel abfangen, weil unsere Hausverwalter und ich selber sehr viel vor Ort sind und diese Problemfälle, von denen du sprichst, die fangen wir eh ab. Also die oft alles vorher, wie du meinst, begleichen, bevor sie den Strom und die Miete oft zahlen. Die sind erstens einmal nicht so viele und die haben wir im Überblick und die haben auch die KollegInnen vom Sozialamt im Überblick. Das Problem sind die vielen, die in privaten Haushalten sind und die natürlich nur vereinzelt, wie du richtig angesprochen hast, es gibt ja ein paar Hilfseinrichtungen, das haben wir auch positiv erwähnt und auch oft durch unseren eigenen Fonds, den wir haben, dann zu uns stoßen und dann merken wir, dass viele von denen oft im Winter auch letztes Jahr, das war ein Thema, das haben wir dann im Oktober gemacht und Gott sei Dank sind die Notbremsen gezogen worden und geredet worden mit der Energie Graz, nur was hat es bewirkt? Bei ein, zwei hat man sie dann wieder eingeschaltet, aber nicht bei allen und ich finde einfach, dass zumindest in der kalten Jahreszeit, wo es Minusgrade draußen hat, es generell zu keinen Strom- und Heizungsabschaltungen kommen soll, genauso wie es eine Amnestie auch bei Mietrückständen und Delogierungen in dieser Zeit geben sollte, das ist einfach, wenn Kinder da sind, unzumutbar.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Delogierungen gibt es im Winter sowieso keine.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ja bei unseren stadteigenen Wohnungen, aber nicht bei Privaten. Wenn wir von Wohnraum reden und von Probleme von Menschen, es leben ja nicht alle in Gemeindewohnungen, und um die Problematik geht es und es sind viel, viel mehr, als was viele hier meinen, dass es sind und nicht immer nur diese im Auge haben, die Mindestsicherungsempfänger, weil die sind Gott sei Dank eh von unseren SozialarbeiterInnen durch das Sozialamt relativ gut in Betreuung und Beobachtung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Baumann**: Ich sehe das Problem sehr wohl und bin auch beim Thomas. Punkt 2 ist außer Streit, da hätten wir das einmal erreicht, was du möchtest oder was ihr möchtet und ich finde das auch sehr notwendig, dass es eine Zeit gibt, wo wir als Stadt sicherstellen können, dass es zu keinen Abschaltungen kommt, was Strom und Wärme angeht. Es ist im Punkt 2 auch beschrieben, da gibt es auch von unserer Seite auch die Zustimmung. Bei Punkt 1, das wäre eine längere Diskussion jetzt, wie viel Eigenverantwortung, wie viel Unterstützung, wie viel auch Datenweitergabe notwendig ist, um eingreifen zu können und da finde ich den Vorschlag vom Thomas, nämlich unter deiner Leitung, weil du hast auch die Expertise und du hast auch das Wissen...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Ich bin nicht die Energie Graz.

GR. **Baumann**: Du bist nicht die Energie Graz, aber du bist die Wohnungsstadträtin und die Beschränkung auf Gemeindewohnungen, Verantwortung der Gemeindewohnungen, das ist eine selbst gewählte Einschränkung. Ich glaube, dass du als Wohnungsstadträtin sehr wohl auch in der strukturellen Auseinandersetzung, und du beschreibst jetzt ein strukturelles Problem, nämlich das in die Hand nehmen könntest und solltest und mit den Verantwortlichen der Energie Graz, Energie Steiermark oder vielleicht auch den privaten Anbietern von Energie in den Kontakt, um eine brauchbare Lösung für Graz zu finden, um uns dann auch ein vielleicht Gemeinderatsstück oder ein praktikables Modell in den Gemeinderat zu bringen, das wir dann hier diskutieren und selbstverständlich von unserer grünen Seite auch, wenn das Hand und Fuß hat, dass wir das auch unterstützen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Also ich möchte einmal vorausschicken, es ist keine selbst gewählte Beschränkung die Funktion der Stadträtin, also das kann man so einfach nicht stehen lassen, es ist einfach breiter gestellt die Problematik und ich wünsche mir, wie in anderen Bereichen auch, dass man das auch als Querschnittsmaterie versteht, dass man die Interessen der Leute, die davon betroffen sind, im Auge hat und nicht irgendwie sagt, na, wenn ihr eine gute Lösung gefunden habt, dann können wir drüber reden, ob wir das vielleicht teilen. Mir wäre es lieber, wir täten uns alle gemeinsam darüber Gedanken machen, wie kann man das vermeiden und das wäre für mich irgendwie ein wesentlicher Ansatzpunkt, das würde ich mir wünschen und dann könnte man vielleicht ein Frühwarnsystem entwickeln, das tatsächlich irgendwie als solches gilt und beiträgt dazu, dass Elend und das Schicksal, dass das vermieden wird und deshalb wünsche ich mir trotz alledem, dass es möglichst auch eine Zustimmung dafür gibt (*Applaus KPÖ*).

Punkt 1 des Abänderungsantrages von GR. Rajakovics wurde mit Mehrheit angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

8) Bezirkssportplätze, Kinderspielplätze; Evaluierung und Verbesserungen

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Im Namen der FPÖ möchte ich einen dringlichen Antrag einbringen, der sich mit dem Thema Bezirkssportplätze und Spielplätze beschäftigt und mit den Problemlagen dort und diese vielfältigen Problemlagen zum Thema macht und auch bestrebt ist, diese zu verbessern.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden einerseits ersucht, Möglichkeiten zu überprüfen, die geeignet sind, die im Motivenbericht dargestellten Missstände, wir reden hier vom Lärm, von der Vermüllung und auch von den Saufgelagen, sprich von den Alkoholproblemlagen, die es dort gibt, gegebenenfalls auch unter einem verstärkten Einsatz der Ordnungswache zu unterbinden. Ich gehe davon aus, dass jeder diesen Motivenbericht auch gelesen hat.

Andererseits möge das Sportamt der Stadt Graz als Folge einer vorangegangenen Evaluierung Vorschläge erarbeiten, die darauf abzielen, die städtischen Spiel- und Sportplätze noch attraktiver, als dies gegenwärtig der Fall ist, zu gestalten. Wir haben da viele Vorschläge, was dies betrifft und stellen die, sollte der dringliche Antrag auch durchgehen, selbstverständlich gerne dem zuständigen Amt, das dann mit der

Bearbeitung beauftragt wird, zur Verfügung. Ein allfälliger Bericht ist dem Gemeinderat im kommenden Geschäftsjahr zur weiteren Behandlung vorzulegen. Ich bitte um Annahme. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, lieber Armin! Mich freut es, dass du am Tag des Kindes, das ist ja heute, der internationale Tag des Kindes, ein Jugend- und Kinderthema hier einbringst, ein wenig schade finde ich es, dass du eigentlich so unterm Jahr deine konstruktiven Ideen nicht den Ämtern weitergibst, weil gerade beim Stadtrat Eiselsberg weißt du, dass du immer ein offenes Ohr hast, wenn du irgendwas einbringst, würde er das sofort prüfen. Zu deiner Information nur, weil du gesagt hast, ob man den Motivenbericht richtig gelesen haben, möchte ich eines korrigieren, und zwar die Kinderspielplätze gehören zum Bürgermeister und die Sportplätze sind beim Herrn Sportstadtrat angesiedelt, eine kleine Korrektur. Du sprichst ein wichtiges Thema an. Wir haben in Graz irrsinnig viele Möglichkeiten, Flächen für Kinder, wir haben schon öfter da im Gemeinderatssitzungssaal thematisiert, dass gerade für junge Menschen Flächen fehlen und da haben wir ja auch einstimmig im Gemeinderat einen dringlichen Antrag Richtung Landtag verabschiedet, wo wir gefordert haben, dass, so wie auch bei Kinderspielplätzen, neu entstandene Wohnbauprojekte auch Flächen für junge Menschen vorsehen sollten. Leider gibt es da eine ablehnende Haltung momentan noch vom Land Steiermark, aber genau solche Ideen sollte man auch in die Planung von Wohnbauprojekten miteinfließen lassen. Aber ganz kurz, was passiert momentan? Einmal in der Woche serviciert die Holding alle Kinderspielgeräte auf den Spielplätzen des Sportamtes, ist in der Woche mehrmals unterwegs und schaut, dass alles sauber ist. Du hast angesprochen die Ordnungswache, die ist ebenfalls unterwegs auf den Plätzen, aber es kann natürlich nicht so sein, dass die Ordnungswache immer schon neben steht, wenn ein junger Mensch was fallen lässt und ich möchte schon die Jugend da in Schutz nehmen, weil

es ist nicht so, dass die jetzt nur alles vermüllen, aber ich nehme deine Idee auf, wir sollten bewusstseinsbildende Maßnahmen auch einsetzen, weil da eine Eigenverantwortung da auch ganz wichtig ist. Man kann sicher nicht alles mit Kontrolle machen. Ich habe nur gehört, dass die Grünen diesem Antrag wahrscheinlich auch zustimmen werden, das ist ein bisschen komisch. Bei dem einen Antrag haben sie gegen die Ordnungswache gestimmt, da stimmen sie jetzt zu, dass die Ordnungswache Kontrollen durchführt. Also zusammenfassend, lieber Armin, wir nehmen alle deine Ideen auf, komm zu uns, aber dringlich ist dieser Antrag wirklich nicht. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Antragsteller! Ich möchte das ein bisschen differenzierter betrachten als der Kollege Hohensinner. Ich glaube durchaus, dass der Kollege Sippel schon erkannt hat, dass es da Probleme gibt, es ist nicht so, dass auf allen Spielplätzen oder Sportplätzen jetzt Vandalismus stattfindet, aber er findet statt. Ich habe heute selber einen Antrag eingebracht auf Wunsch des Bezirksrates Wetzelsdorf, die Schererstraße betreffend. Dort sind die Zustände so, dass der Bezirksrat sagt, es kann so nicht weitergehen und er fordert eben bestimmte Maßnahmen, die ich heute auch in einem Antrag in diesen Gemeinderat eingebracht habe. Wo ich mit dem Kollegen Sippel nicht ganz übereinstimme, Ordnungswache allein ist uns zuwenig. Wir glauben, dass es auf jeden Fall eine professionelle Betreuung benötigt, dort wo diese Probleme überhand nehmen. Wir sind auch davon überzeugt und ich kenne es aus eigenen Beispielen, dass die Betreuung der Spielplätze und Sportplätze noch besser sein könnte, ich denke jetzt an die Salfeldstraße bei mir, wo das Gras durchaus manchmal so hoch ist, dass man kaum Fußball spielen kann und die Ausstattung der Plätze ist auch so, dass man drüber diskutieren muss, ob das noch zeitgemäß ist, weil wenn ich ein Fußballfeld habe, wo das Tor 50 cm hoch ist, da macht das Fußballspielen auch keinen Spaß und dann steigt auch der Frust der Jugendlichen und daraus kann dann

wieder was anderes entstehen. Was uns auch sehr abgeht ist, dass viele Sport- und Spielflächen rein auf Burschen ausgerichtet sind und dass es für Mädchen viel zu wenig Angebote gibt. Ich erinnere mich nämlich zurück, wie ich Bezirksvorsteher in Straßgang geworden bin, haben wir einen Bezirkssportplatz gehabt in Webling, der war mit zwei Fußballfeldern, eine meiner ersten Maßnahmen war, dass man ein Fußballfeld weggetan haben und den anderen Bereich so gestaltet haben, dass er für beide Geschlechter nutzbar wird.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Ein Festzelt habt ihr hingestellt.

GR. Mag. **Haßler**: Und ich glaube, dass man da noch einen sehr großen Aufholbedarf haben. Deshalb bringe ich jetzt einen Zusatzantrag ein, um das, was der Kollege Sippel richtig angesprochen hat, die Dringlichkeit ist auf jeden Fall gegeben, vielleicht noch ein bisschen mehr zu vertiefen und zwar lautet der Zusatzantrag: Des Weiteren mögen die zuständigen Stellen überprüfen, erstens, inwieweit auf den Spielplätzen und Bezirkssportplätzen pädagogische Betreuungsprojekte intensiviert beziehungsweise gestartet werden können, zweitens, inwieweit die Wartung beziehungsweise technische Betreuung der Spielplätze, Pflege verbessert werden kann und drittens, wie bei der Gestaltung sowohl der Kinderspielplätze als auch der Bezirkssportplätze die Aspekte der Mehr-Generationen-Nutzung sowie des Gender-Prinzips zum Tragen kommen können. Danke.

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Sehr geehrter Herr Kollege Antragsteller! Wir sehen durchaus die Dringlichkeit in diesem Antrag, besonders im zweiten Punkt, den Sie ansprechen.

Wenn es um Sport und Bewegung geht, sehen wir die Dringlichkeit auf alle Fälle gegeben, denn wir alle wissen, wie wichtig Sport und Bewegung für unser aller Gesundheitszustand sind und dementsprechend kann man nicht genug tun, um auch den Sport und die Bewegung in unserer Stadt zu fördern. Und dementsprechend wichtig ist es auch, dass man bei Kindern und Jugendlichen ansetzt, auch das wissen wir, wenn Kinder und Jugendliche in Bewegung sind, sind auch die Chancen, dass sie dabei bleiben und weiterhin Sport betreiben in späterem Alter, viel höher. Insofern die Sache ist jedenfalls dringlich. Wir möchten dementsprechend den zweiten Punkt des Antrages auch unterstützen und möchte hier auch gleich anmerken, dass wir um getrennte Abstimmung bitten, der erste Punkt mit dem Thema Ordnungswache ist für uns in dem Sinn nicht unterstützenswert, weil Sie ja ohnehin wissen, die Ordnungswache ist für uns nicht geeignet, da in irgendeiner Art und Weise am Bezirkssportplatz was auch immer für Aktivitäten zu setzen. Sie können ihn gerne nutzen in ihrer Freizeit, aber abgesehen davon sich auch fit und in Bewegung halten, aber abgesehen davon haben sie dort aus unserer Sicht eigentlich nichts verloren. Der zweite Punkt, natürlich man sollte man immer nach den Sternen greifen, wir wissen, das Sportamt ist sehr bemüht und haut sich auch rein in der Pflege der Bezirkssportplätze, ist auch bemüht beim Thema gendergerechte Sportplätze, das wissen wir, aber wie gesagt, eine Diskussion lohnt sich sicher immer und man kann sich immer nach der Decke strecken. Insofern verstehen wir auch den Punkt 2 und auch die Zusatzanträge von der Sozialdemokratie. Einen Punkt möchte ich auch noch erwähnen, weswegen wir auch den Zusatzantrag unterstützen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Hier ist neben der Gendergerechtigkeit auch noch der Aspekt der Mehr-Generationen-Nutzung angesprochen, halten wir auch für sehr, sehr wichtig, denn wir wissen, gerade ältere Menschen, die vielleicht weniger mobil sind und nicht mehr zum nächsten Bezirkssportplatz kommen oder in den Stadtpark oder in einen anderen Park, da ist es umso wichtiger, dass man auch bei SeniorInnenzentren dafür sorgt, dass es so etwas wie Bewegungsgärten gibt, wo sie auf kurzem Wege sich auch bewegen können. Wir haben da auch ein gutes Beispiel, nämlich beim SeniorInnenzentrum in Geidorf, das auch sehr super funktioniert und

toll angenommen wird, also wenn es auch in diese Richtung geht, denke ich, Herr Kollege, ist es super, wenn das Sportamt noch weitere Überlegungen anstellt, aber dann gilt auch die Bitte an die zuständigen Stadträte, den Gesundheitsstadtrat und auch den Herrn Stadtrat für die GGZ, da mitzudenken, welche Maßnahmen wir auch für unsere älteren MitbürgerInnen hier setzen können (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Ich darf der Kollegin Jahn danken für ihre Ausführungen, denn wir würden genau in dieselbe Richtung gehen. Muss aber natürlich dazusagen, dass gerade der Sportstadtrat Eiselsberg sehr bemüht ist, hier für die Kinder ausreichend Platz zu sorgen, er ist einer der Stadträte, auf die man sich ja noch verlassen kann in dieser Stadt, in diesem Bereich. Dennoch gibt es natürlich hier sehr wohl eine Dringlichkeit, denn die Problematik, die gerade im ersten Punkt hier angesprochen wurde, zieht sich natürlich von den Parkanlagen, wie wir alle wissen, natürlich auch auf die Spielplätze über, wobei wir hier auch wie die Grünen sehen, dass die Ordnungswache in diesem Bereich nicht das geeignete Mittel sein kann, hier einzuschreiten. Vor allem wenn wir wissen, dass gerade die angesprochenen Probleme ja zu späteren Stunden passieren und die Ordnungswache spätestens um 20.00 Uhr aufhört, ihre Dienste zu versehen. Da sollten wir uns noch einmal was überlegen und eine andere Lösungsmöglichkeit finden, beim Punkt 2 sind wir dabei und deswegen bitten wir auch um getrennte Abstimmung in diesem Bereich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: So, jetzt muss ich mal nachfragen, wie da mit den Punkten vorgegangen wird, weil den Antrag, den ich vor mir liegen habe, habe ich jetzt richtig verstanden, dass in zwei Punkten verstanden wird, ist das dem Antragsteller recht, wenn wir jetzt sagen, erster Absatz 1, zweiter Absatz 2. Gut, das ist einmal die erste Geschichte. Dann gibt es einen Zusatzantrag, der eingebracht wurde.

GR. Mag. **Sippel**: Recht herzlichen Dank einmal für die breite Zustimmung zu diesem wichtigen Thema. Ich glaube, der dringliche Antrag kann als Anregung verstanden werden, er hat ja, wie man jetzt gerade in der Diskussion gesehen hat, einen konstruktiven Prozess auch in Gang gesetzt, es sind sehr konkrete Vorschläge auch eingebracht worden und ich hoffe, dass das auch in diesem Sinne weitergeht. Es freut mich auch, dass die konstruktiven Ideen und Vorschläge, die wir vielleicht noch nicht im Detail in diesen Antrag hineingeschrieben haben, auch vom zuständigen Stadtrat und auch vom Bürgermeister, nachdem mich ja der Kurt Hohensinner da gerade zurechtgewiesen hat, dass es da eine unterschiedliche Zuständigkeit hat, dass das jetzt auch beim Stadtrat angenommen wird und dass diese konstruktiven Vorschläge und Ideen von uns aufgenommen werden, das war ja, möchte fast sagen, viereinhalb Jahre nicht der Fall. Und was die Ordnungswache betrifft, also das ist natürlich nicht so gemeint, dass die jetzt beim Spielen zuschaut und da irgendwie irgendwelche, der Kollege Fröhlich sagt es, mit dem Pfeiferl danebensteht, sondern da geht es darum, dass dann in den Abendstunden, ich weiß, sie ist nur bis 20.00 Uhr im Einsatz, aber man könnte da sicher eine Regelung finden, in den Abendstunden, wo die Probleme dann beginnen, wir wissen das, dass dann auch die etwas älteren Kinder dann dort anfangen, ein bisschen was zu trinken und zu lärmern, dass da ab und zu stichprobenartig Kontrollen stattfinden, dass dieses Alkoholproblem, das ja schon des Öfteren Gegenstand hier auch der Debatten war, ich kann mich erinnern im Jahr 2008 hat der Kollege Kolar einen Antrag eingebracht, Alkoholverbot auf Spielplätzen, der Harald Korschelt hat ein Jahr später, nachdem nichts passiert ist, dann noch nachgelegt, dieser Antrag inkludierte auch dieses Problem, aber dass dem ganz einfach mit dieser Methode, dass nämlich die Ordnungswache dort ab und zu vorbeischaute, auch Einhaltung geboten werden kann. Also ich bin überrascht, muss ich sagen, wenn ich den Zusatzantrag anschau, wo überall das Genderprinzip auftaucht, also ich habe eigentlich gedacht, dass gerade bei Kindern das Verhältnis zwischen Burschen und Mädels sehr gut funktioniert und dass da ein gutes Miteinander ist, aber ich weiß nicht, wie ich das verstehen soll, Genderprinzip auf Spielplätzen, bedeutet das, Frauenquote am Ringelspiel oder was? Aber Sie werden mich vielleicht

aufklären, bin überrascht, aber es freut mich, dass dieser Antrag, diese Initiative, dieser Vorstoß eine so breite Zustimmung, auch wenn nicht in beiden Punkten, findet und da möchte ich mich recht herzlich dafür bedanken (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Klubobmann, meine Damen und Herren! Es ist ja auch angesprochen worden und ich möchte es vorausschicken. Ich als Sportreferent werde mich nie dagegen verwehren, dass wir noch besser werden. Aber ich möchte schon einiges ein bisschen ins richtige Licht rücken und vor allem nicht den Eindruck hinterlassen, weil es bisweilen so dargestellt wurde, dass da Sodom und Gomorrha auf unseren Bezirkssportplätze herrschen würde und dass sich, so wie der Herr Kollege Sippel sagt, viereinhalb Jahre nichts passiert ist. Das ist schlichtweg unrichtig (*Applaus ÖVP*). Die Zuständigkeit hat ja der Kurt Hohensinner angesprochen, es geht natürlich ein bisschen ineinander über, aber wenn man einen Antrag schreibt, dürfte ich mir erwarten, dass man auch die richtigen Zuständigkeiten dann erwähnt. Das ist nur am Rande. Selbstverständlich werden unsere Bezirkssportplätze, und jetzt beziehe ich mich auf diese, laufend gewartet. Selbstverständlich sind gerade die Nutzer und Anrainer die besten Warner und Melder, wenn es darum geht, dass irgendwas beschädigt ist, dass irgendwas verschmutzt ist und es wird unmittelbar natürlich in Ordnung gebracht. Oder hat irgendjemand jetzt gesehen, dass bei einem Bezirkssportplatz Gefahr in Verzug ist, dass irgendetwas kaputt ist, dann bitte sagt es uns. Wir können natürlich nicht jeden Tag alle abfahren, aber wie gesagt, wir haben ein Frühwarnsystem, das lautet Sportler und Nachbarn und das funktioniert äußerst gut. Wenn ich hier lese, dass wir pädagogische Betreuungsprojekte auf Kinderspielplätzen, ich erwähne sie halt trotzdem, weil sie im Antrag formuliert sind, und auf Bezirkssportplätzen starten

sollen oder gar intensivieren sollen, kann ich nur sagen, Bezirkssportplätze haben wir gemacht vor einigen Jahren, weil es diese Intention schon gab einmal, vor allem auf Bezirkssportplätzen, die halt weniger genutzt werden, auch das gibt es, ob wohl sie mitten im Siedlungsgebiet sind. Da haben wir zwei professionelle Unternehmen beauftragt an zwei verschiedenen Stadtteilen, beide gut ausgestattete Bezirkssportplätze im großen Umkreis der Siedlung geflyert als pädagogische Anleitung, pädagogisches Konzept dahinter, kommt liebe Jugendliche. Hat sich nichts getan, nichts verbessert, es mag nicht am Angebot liegen, das dort an Sportmöglichkeiten besteht, aber offensichtlich nicht daran, dass man sogar eine Betreuung hätte. Welche Gründe dazu führen, kann ich jetzt nicht beantworten, aber es war ein Versuch. Wenn man von Kinderspielplätzen reden, müssen wir wohl auch davon ausgehen, dass erstens kleine Kinder selten alleine auf einem Kinderspielplatz anzutreffen sind und es auch nicht so falsch wäre, würden sich Eltern, Erziehungsberechtigte oder sonstige Begleitpersonen mit ihren Kindern beschäftigen und mit ihnen spielen, wäre auch eine Idee. Aber nichtsdestotrotz haben wir über 200, ich glaube 250 waren es in diesem Sommer, Einsätze von Spielmobilen, professionelle Unternehmen, die einerseits auf den Spielplätzen sind, aber insbesondere in Parks und in den Siedlungen anzutreffen sind, auch hier sind wir aktiv, dass das nicht im Raum stehen bleibt. Ja und der Punkt 2, Kollege Haßler, Wartung und technische Betreuung verbessert werden kann. Besser wie das, was gut ist und in Ordnung ist, geht es nicht, aber wie gesagt, wenn du möchtest oder wenn dir etwas auffällt, sage es uns. Und bei der Gestaltung von Kinderspielplätzen oder Bezirkssportplätzen Aspekte Mehr-Generationen-Nutzung, Genderprinzip. Genderprinzip, Kollege Sippel, auch das gibt es und wir verfolgen das seit vielen Jahren, wir haben sogar mit der Sportuniversität eine eigene Untersuchung gemacht, sieben Bezirkssportplätze haben wir untersuchen lassen, genau mit Umfragen, mit Auswertungen, die Ergebnisse waren relativ überschaubar, die Mädchen haben oft gar nicht so ein Interesse, Sport zu betreiben, sie schauen lieber den Buben zu, es ist so und sie brauchen Möglichkeiten der Kommunikation und des Zusammenseins. Nichtsdestotrotz orientieren wir uns beim Ausbau und auch beim Neubau von

Anlagen auf Sportmöglichkeiten, die insbesondere Mädchen interessieren. Beach-Volleyball sei als Stichwort genannt, und wir haben unsere Sportkurse sehr spezifisch ausgerichtet in den letzten Jahren, sodass wir hier zumindest eine Verschiebung von 7 bis 8 % von den Burschen Richtung Mädchen hatten, was die Teilnehmer anbelangt. Es ist möglich und das nehmen wir sehr, sehr ernst. Mehr-Generationen-Spielplätze, wie sie auch die Kollegin Schröck einmal da herinnen thematisiert hat oder wer auch immer, die gibt es nicht im klassischen Sinn. Es gibt keine Spielgeräte für alte Menschen und Spielgeräte... nein, die gibt es nicht. Also Martina, rufe mir bitte nicht von der Seite doch zu...

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ja, du meinst jetzt ganz andere, ich weiß. Du meinst ganz andere Spielgeräte. Wir haben bei dir einen Arbeitskreis auf deine Anleitung hin, Arbeitskreis, Arbeitsgespräch gehabt, wo die Experten des Magistrates dabei waren und du dich sehr wohl überzeugen hast lassen, es gibt nicht den Hupfball...

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Hallo, dann werden wir den noch einmal einberufen und dann wird der Herr Nigitz wieder dabei sein und der Herr Wiener und dann wirst du das

wieder sagen oder einsehen, dass es das nicht gibt. Wir müssen Flächen schaffen für alle Generationen, aber nicht einen Spielplatz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Deine Redezeit...

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich weiß es, und wir müssen ganz einfach schauen, dass ein Park für alle Generationen, eine Mehrfachnutzung der Generationen, aber es gibt halt nicht die Hutschen, die klassische, und wenn wir gerade bei den Geriatrischen Gesundheitszentren dort auch gesehen haben, das sind fast therapeutische Geräte, da brauchen wir nicht drüber diskutieren. Da muss halt die Pflegerin, die Betreuerin mitgehen und mit der Patientin, mit dem Patienten dort arbeiten, das ist dann klass und wenn das im Nahfeld eines Parks, wo alle Generationen zusammenkommen, dann ist das ideal, aber wir bauen jetzt nicht auf unseren Bezirkssportplätzen irgendeine Hutschen für nur für Erwachsene und das ist jetzt nur für die Kinder (*Applaus ÖVP*). Also lassen wir das alles ein bisschen am Boden. Als Schlusssatz, Kollege Sippel, irgendwie muss ich dir jetzt trotzdem sagen, wahrscheinlich bei allem Bemühen, dass wir das gemeinsam noch weiterbringen und noch besser machen, aber irgendwie bist du, glaube ich, selber auch schon überzeugt, dass eh nicht so viel zu verbessern ist, weil sonst könntest du in deinem zweiten Punkt nicht sagen, ein allfälliger Bericht soll im nächsten Jahr vorgelegt werden. Also bist du dir eh nicht sicher. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Da muss ich dir widersprechen, Herr Kollege, weil es gibt im Seniorenzentrum Geidorf ganz spezielle Geräte für ältere Menschen, damit sie ihren

Bewegungsapparat stärken, mobilisieren. Das gibt es dabei, da brauche ich keinen Therapeuten, sondern das ist ein Angebot, das es dort gibt, und warum soll es diese Angebote nicht auf öffentlichen Plätzen geben? Also spricht, glaube ich, nichts dagegen, das dort auch zu tun, also ist kein Widerspruch für mich. Also es gibt solche Dinge sehr wohl und die sind auch sehr wohl dafür konzipiert worden, gerade ältere Menschen anzusprechen und sie zu remobilisieren, so ist es, also das gibt es, also nicht so tun, als ob so etwas absurd ist. Ja wir müssen ja nicht über Spielgeräte reden, es sind Sportgeräte, wie einen Sportparcours gibt es dort, wo man sich einfach betätigt, das gibt es und das wäre auch durchaus nützlich im öffentlichen Raum so etwas einzurichten (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Wir kommen jetzt zur getrennten Abstimmung, zuerst des Antrages. Der erste Punkt, zur Erinnerung, da geht es darum, mit Ordnungswache die sogenannten Missstände zu unterbinden. Im zweiten Punkt geht es darum, die städtischen Spiel- und Sportstätten noch attraktiver zu gestalten. Noch einmal zum ersten Punkt, die zuständigen Stellen werden ersucht, die Möglichkeiten zu überprüfen und die Ordnungswache soll die Missstände unterbinden, sind wir uns da einig, dass wir das Gleiche meinen?

Der Punkt 1 (Ordnungswache) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Wir kommen jetzt zum zweiten Punkt, wobei der Herr Stadtrat noch einmal darauf hinweist, dass nicht alleine das Sportamt zuständig ist, wenn es

auch um die Spielstätten geht. Das ist aber, denke ich mir, inzwischen so angekommen. Müsste man auch ergänzend so im Protokoll festhalten.

Der Punkt 2 (Spielstätten) des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Mag. Haßler wurde einstimmig angenommen.

9) Persönliche Voraussetzungen für die Entsendung in diverse Aufsichtsräte durch die Stadt Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat! Als Folge der Gemeinderatswahlen 2012 werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt auch Neuentsendungen in Aufsichtsräte diverser städtischer Beteiligungen vorzunehmen sein. Abgesehen von dem Umstand, dass die schwarz/grüne Koalition in der laufenden Geschäftsperiode mit den bisherigen politischen Übungen gebrochen hat und den Stadtsenatsparteien außerhalb dieser Koalition kein Entsenderecht zugestanden hat, gilt es noch, einem weiteren Aspekt Beachtung zu schenken.

Ungeachtet diverser politischer Befindlichkeiten müssen die zur Disposition stehenden Personenkreise auch einem entsprechenden Anforderungsprofil entsprechen. Im Interesse der Stadt Graz, ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen und nicht zuletzt ihrer Bürger müssen Aufsichtsratspositionen in städtischen oder stadtnahen Unternehmen von ausreichend qualifizierten Personen bekleidet werden

(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke). Bereits im Jahr 2005 befasste sich der Stadtrechnungshof in einem eigenen Workshop mit der Rolle der Aufsichtsräte in Beteiligungen der Stadt Graz. In diesem Rahmen wurde klar definiert, dass hierfür in Frage kommende Personen „bestimmte einschlägige Qualifikationen mitbringen müssen“.

Es dürfte wohl außer Zweifel stehen, dass die Nähe zu oder die Mitgliedschaft bei einem mehrheitsfähigen politischen Konvolut nicht unter oben stehende Formulierung zu subsumieren ist. Ohne einzelnen Personen nun fehlende Qualifikation unterstellen zu wollen, hat aber die Vorgangsweise der ehemaligen schwarz/grünen Rathauskoalition im Rahmen der nun zu Ende gehenden Gemeinderatsperiode zumindest offenbart, dass politische Alleingänge dieser Art auch die Gefahr von Fehlbesetzungen mit sich bringen.

Um Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen und um für die Zukunft klare Regeln vorgeben zu können, stelle ich daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Jetzt wird das ein bisschen kompliziert, aber bitte, wir werden das auch schaffen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass Personen, die in den Aufsichtsrat stadteigener oder stadtnaher Betriebe entsandt werden sollen, zumindest eine der nachfolgenden Anforderungen erfüllen müssen:
 - 1a. einschlägig tiefgreifende Ausbildung, wie zum Beispiel absolviertes akademisches Studium oder ein Fachhochschulstudium;
 - 1b. einschlägige Berufserfahrung in der Dauer von zumindest fünf Jahren;

- 1c. erfolgreiche Absolvierung eines zu diesem Zweck von der steirischen Aufsichtsratsakademie angebotenen Kurses.
2. Ein Aufsichtsrat hat unter anderem eine wichtige Kontrollfunktion im Interesse des Eigentümers zu erfüllen. Daher ist es nur legitim, wenn alle Fraktionen des Gemeinderates in Klubstärke in diesem Gremium bei der Holding Graz GesmbH und bei der GBG vertreten sind und dies auch verpflichtend eingehalten wird.

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, eine Prüfung vorzunehmen, inwieweit diese Erfordernisse in das legislative Regelwerk der Stadt Graz einfließen können. In der Folge möge ein diesbezüglicher Bericht dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.50 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Lieber Harry, vielen Dank, dass wir nach einigen Verhandlungen jetzt, dass du sozusagen diesen Punkt 2 in deinen Antrag aufgenommen hast. Gerade dieser Punkt war ja in der jetzigen Periode eigentlich immer wieder umstritten, denn seit der Umsetzung des Hauses Graz wurde ja 100% der Daseinsvorsorge in die Holding Graz ausgelagert und auch fast schon das gesamte Vermögen ist in der GBG geparkt. Aus diesem Grund ist es nur legitim, wie es schon im Antragstext geschrieben ist, dass hier auch alle Fraktionen in Klubstärke im Aufsichtsrat vertreten sind. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder gesehen, dass der Informationsfluss, obwohl er eigentlich zugesichert wurde, nicht so recht klappt und dass vor allem auch im Kontrollausschuss es immer wieder Probleme gibt,

wirklich Auskünfte dementsprechende zu bekommen, um auch diese Kontrolltätigkeit durchführen zu können. Auch der Beteiligungsausschuss, der ja eigentlich als Bindeglied zwischen der GesmbH und dem Gemeinderat fungieren sollte, ist eigentlich nicht zufriedenstellend und daher werden wir natürlich jetzt diesem Antrag auch die Dringlichkeit geben und möchten aber gerne, wenn die Dringlichkeit gegeben ist, den Antrag aber getrennt, also den Punkt 1 und den Punkt 2 getrennt, abstimmen lassen. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Harald, hoher Gemeinderat! Ich kann irgendwie den Antrag, so wie er gestellt ist im Text, nicht ganz für bare Münze nehmen, sondern es geht wahrscheinlich um etwas anderes, worauf ich dann zurückkomme. Zunächst einmal, ich glaube die Forderungen, die du gestellt hast, sind, denke ich, zumindest 90 %, wenn nicht 95% eingehalten. Ich darf einmal vorlesen, wer etwa im Aufsichtsrat der Holding Graz ist. Aufsichtsratsvorsitzender Bürgermeister Nagl, stellvertretende Vorsitzende Lisa Rücker, bestellt von der damaligen Koalitionsregierung Nationalratsabgeordnete Adelheid Fürntrath, Mag. Nikolaus Lallitsch, Mag. Christian Krainer, Mag.a Sieglinde Peiler, meine Person, Mag. Markus Scheucher, Mag.^a Wendlinger-Slanina, Mag.^a Franziska Winkler, Gemeinderat Dr. Gerhard Wohlfahrt und Dr. Ernst Wustinger. Etwa der Aufsichtsrat in der Energie Graz, der nicht ausschließlich von der Stadt Graz bestellt wird, haben wir insgesamt drinnen: Dipl.-Ing. Kieser, Vorstand von der Estag, Dipl.-Ing. Christian Purrer, Dipl.-Ing. Malik, Dipl.-Ing. Mag. Messner, Mag.^a Muhr als Geschäftsführerin in der Holding, Dipl.-Ing. Thomas Possert, das sind einmal die Kapitalvertreter, die hier drinnen sind. Also ich denke, dass, wie die Liste gezeigt hat, da kaum jemand dabei war, der kein einschlägig abgeschlossenes Studium hat, ich denke auch, dass die einschlägige Berufserfahrung vielleicht nicht in diesem Ausmaß wie der Titel, aber jedenfalls mit dabei war, und zur erfolgreichen Absolvierung eines eigens zu diesem Zweck angebotenen Kurses möchte ich nur sagen, dass es bei unseren Beteiligungen üblich

ist, und wir können das gerne aber noch vertiefen und auch verstärken, dass neue Aufsichtsratsmitglieder vom Unternehmen Unterlagen bekommen, über diese ihre Aufgaben, ihre Funktion im Aufsichtsrat informiert werden, bei größeren Unternehmen oder speziell bei der Holding unter Beiziehung von Prof. Nitsche. Wir können etwa derartige Aktionen durchaus vertiefen, damit das auch gegeben ist. Soviel zu dem, was hier wortwörtlich dasteht, die Absicht von dir ist natürlich eine ganz andere, du beklagst dich über die Aufsichtsratsbesetzung der schwarz/grünen Koalition. Ich denke, dass das immer klar und transparent gemacht wurde. Die Koalition hat...

Zwischenruf unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, und auch begründet gemacht wurde, auch wenn es nicht allen passt, das kann ich mir durchaus vorstellen, das gestehe ich auch durchaus zu. Die Koalition ist angetreten mit dem Wunsch und mit dem Vorhaben, eine Reform durchzuführen und bei dieser Reform haben die Beteiligungen eine ganz wesentliche, entscheidende Rolle gespielt. Wir haben insgesamt betriebliche Aufgabenerfüllungen an die Holding übertragen, sodass insgesamt bei der Holding derzeit 1900 Beschäftigte sind. Wir haben insgesamt in den Beteiligungen schon mehr Beschäftigte als wie im Magistrat. Wir haben neu geordnet die GBG, indem wir Entscheidungen zurückgeholt haben in die Stadt, strategische, und dort alle operativen Tätigkeiten angesiedelt haben, wir haben eine Gesellschaft neu gegründet, die ITG, das heißt, wir haben das Haus Graz neu geordnet. Jetzt kann doch niemand wirklich vernünftig von einer Koalitionsregierung erwarten, dass wir in den Aufsichtsrat Vertreter von politischen Parteien setzen, die dagegen sind, die gegen diese Reform sind, das kann doch niemand wirklich von uns verlangen. Wir haben nur, damit dass auch klar ist,

dass wir bei den Geschäftsführerbestellungen im Wesentlichen alle Geschäftsführer wiederbestellt haben, auch die mit anderer politischer Zugehörigkeit. Da haben wir gar nichts gemacht, sondern wir wollten nur sicherstellen, dass über die Aufsichtsräte die Reform tatsächlich durchgeführt wird. Wir haben übrigens auch gesagt, dass darf durchaus in Erinnerung gerufen werden, dass dieser Beschluss, dass die Koalitionsregierung Personen nach ihrer Wahl in den Aufsichtsrat bestellt, für diese Periode gilt und dass für die kommende Periode hier sicherlich die Karten neu gemischt werden. Im Übrigen so hundertprozentig haben wir das System auch nicht durchgeführt, es gibt etwa bei der GBG, als ein Beispiel, durchaus einen Vertreter auch von der SPÖ, das ist der Herr Mag. Haßler, es gibt auch andere Beispiele, wo wir das nicht gemacht haben. So, lieber Harald, du möchtest, dass das beendet wird, ich denke, dass ich das ausgeführt habe, dass das ohnehin ausschließlich für diese Periode, aber sehr begründet, vorgesehen war. Ich sehe aus diesem Grund keine Dringlichkeit für deinen Antrag hier und jetzt werden ohnehin keine Aufsichtsratsmitglieder neu bestellt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Korschelt**: Liebe Herr Stadtrat! Ich will jetzt niemandem nähertreten, du hast die Liste vorgelesen, ich habe ja keine Namen gesagt, aber wie gesagt, du hättest vielleicht den Namen nicht erwähnen, ich will jetzt wirklich nicht den Namen nennen, weil da sind Namen darunter, die ich sehr schätze, aber da fehlen natürlich schon die Qualifikationen nachdem Raster, wie wir es vorgesehen haben (*Applaus FPÖ*). Nein, das will ich nicht sagen, weil dann gibt es gleich einen Wirbel, wozu denn in die Ferne schweifen, das Gute liegt so nah, mehr will ich gar nicht sagen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, dass Sie sich täuschen, Herr Gemeindrat.

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, ich täusche mit nicht. Lieber Herr Bürgermeister, ich täusche mich nicht nach dem Raster. Fordert mich nicht heraus, weil sonst muss ich es sagen. Kollegin Rücker, Sie meine ich zum Beispiel. Nur nach dem Raster, wo haben Sie ein akademisches Studium, wo haben Sie eine Erfahrung und wo haben Sie die Akademie? Sind Sie mir böse, ehrlich gesagt, ich will jetzt wirklich nicht nahetreten usw. und will überhaupt keinen Beruf... weil ich bin lange genug Betriebsrat usw. und will überhaupt niemanden schlecht machen, aber da fehlt Ihnen, Sie können nicht sagen, Sie...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf bitten, bevor wir solche Dinge... das ist etwas, was da im Gemeinderatssaal so oft vorkommt und deswegen bitte ich ernsthaft, dass man... es werden immer Gerüchte oder Dinge in die Welt setzt, ohne dass...

GR. Mag. **Korschelt**. Das ist ja kein Gerücht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, die Frau Vizebürgermeisterin wird vielleicht jetzt gleich persönlich dazu Stellung nehmen, weil manches Mal muss man vielleicht ein bisschen mehr recherchieren und sich das auch anschauen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich habe einerseits in einer betriebswirtschaftlichen Grundausbildung meine Matura gemacht und ich habe sieben Jahre lang als gewerberechtliche Geschäftsführerin einen Betriebs, einen sozialen Betrieb, aber als gewerberechtliche Geschäftsführerin geleitet (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Ich habe nur gesagt, nach den Qualifikationen, die wir gerne hätten, entspricht...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Fünf Jahre einschlägige Berufserfahrung.

GR. Mag. **Korschelt**: Sind Sie ehrlich, einen Betrieb mit 5.000 Leute zu leiten oder...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Ich habe ein soziales Unternehmen geleitet, das hat zwischen 7 und 14 Beschäftigte, so ist das.

GR. Mag. **Korschelt**: Das ist Äpfel, mit Birnen zu vergleichen. Ich spreche Ihnen nicht die Qualifikation ab, einen Betrieb zu leiten, aber Sie können nicht den größten Betrieb in der Stadt als stellvertretenden Aufsichtsrats...

Zwischenruf GR. Eichberger: *Hast verloren, komm wieder rein.*

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Lächerlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Und dann noch etwas zum Stadtrat Rüschi (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), ist ja auch nicht ganz richtig, was du sagst, es geht nicht alleine darum. Natürlich geht es auch darum, weil wir uns immer dazu bekannt haben, dass natürlich, wenn Kollegen im Stadtsenat sitzen, dann sollte das Gleiche sein, wenn es stadteigene Betriebe gibt, dass dort das auch abgebildet wird. Deswegen heißt es noch lange nicht, dass...

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi: Wieso forderst du das nicht im Kontrollausschuss?

GR. Mag. **Korschelt**: Wieso? Lass mich einmal ausreden. Es geht darum, dass auch, wenn du sagst, sehe ich vollkommen ein, dass du sagst, die Koalition, wenn ihr eine Koalition bildet, dann sollt ihr euren Willen...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich bitte jetzt, dass wir wieder zurückgehen. Noch einmal, ich darf alle ersuchen, dass wir wieder die Lautstärke reduzieren, dass wir wieder versuchen, auch das Bild eines Gemeinderates abzugeben. Ich sage das schon bewusst, weil die Diskussion jetzt schon viele Kolleginnen und Kollegen stört und dass wir jetzt abgeglitten sind und ich darf jetzt wirklich bitten, dass wir beim Schlusswort jetzt weiterkommen und dass man dann drüber abstimmen.

GR. Mg. **Korschelt**: Noch einen Satz, weil du gesagt hast. Ich habe nichts dagegen, dass ihr die Mehrheit habt, aber ihr stellt ja trotzdem die Mehrheit dann dort. Sind es sieben oder acht oder neun, wie auch immer, eine ungerade Zahl ist eher besser, die Koalition kann ja trotzdem die Mehrheit stellen und dann können eben unter Anführungszeichen von jeder anderen Fraktion, die Klubstärke hat, so ein Aufpasser, was die Kollegin Bergmann ja auch bekrittelt hat, wo sie gesagt hat, ist natürlich der Informationsfluss. Das ist ja der Sinn der Sache. Das ist ja das Gleiche, wie gesagt, wie in jedem anderen Betrieb sitzen ja auch die Betriebsräte drinnen und wir haben auch die Mehrheit und trotzdem sitzen die Betriebsräte drinnen, weil der Informationsfluss eben zwischen Aufsichtsrat und Mitarbeitern gewährleistet sein soll, das ist ja der Sinn der Sache. Ich wollte niemanden angreifen und ich bin auch der Letzte, der irgendwelche akademischen Grade in die Höhe heben sollte, wir haben eh hineingeschrieben, es steht ja, ich habe gesagt, den Text noch einmal genau zu wiederholen, zumindest eine der nachfolgenden Anforderungen erfüllen müssen. Ich habe dreimal gesagt, soll ich das sagen, haben alle geschrien, in diesem Sinne (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht doch wieder zum Inhalt dieses Antrages. Ich nehme einmal an, wie Sie ihn gestellt haben, haben Sie das noch ernst gemeint im Gegensatz offenbar zu jetzt. Möglicherweise war jetzt die Überraschung, wieso wir der Dringlichkeit zustimmen, ich werde es sofort erklären. Der Dringlichkeit stimmen wir sicher nicht zu wegen dieses absurden ersten Punktes, der beinhaltet, dass es einerseits, also der unterstellt, dass durch die jetzige Besetzung der Aufsichtsratsgremien Personen hingehievt worden seien, man wolle ja nichts unterstellen, aber die vielleicht doch nicht geeignet sind, was eine

wirklich absurde Unterstellung ist. Es steht hier drinnen, dass mögliche Fehlbesetzungen das mit sich bringt. Dann frage ich mich, was sind die kolossalen möglichen Fehlbesetzungen, die uns in den letzten Jahren in der politischen Geschichte bekannt sind. Das war sicher nicht hier in Schwarz/Grün (*Applaus Grüne*), das war, wenn Sie sehen, beispielsweise ein ehemaliger Finanzminister, der sehr wohl einen akademischen Grad hat, es war ein ehemaliger Innenminister, der sich nicht gerade durch Kontrolle, transparente Gebarung und sonst etwas ausgezeichnet hat, ebenfalls mit einem Dokortitel. Es war ein ehemaliger Landeshauptmann eines Nachbarlandes, der ebenfalls einen Dokortitel hatte, wo jetzt Untersuchungsausschüsse nach und nach das ganze System aufdecken, das werden wohl alle wirklich wissen, dass es absolut keine Garantie ist für seriöses Wirtschaften, für Korruptionsfreiheit, für gute Kontrolle und alles das, was wir hier brauchen (*Applaus Grüne*). Wohl aber gibt es Personen, seien es Unternehmer/Unternehmerinnen, seien es andere Leute, die durch ihre jahrelange Erfahrung, durch die Kontrolle blickt, durch das Bemühen, etwas zu erkennen und zu hinterfragen, sehr wohl Dinge aufdecken und wenn ich zum Beispiel an den Bereich der Unternehmerinnen und Unternehmer denke, so weit ich weiß, könnte dann auch ein wahrscheinlich von den meisten sehr geschätzter Herr Kommerzialrat Hans Roth vom Saubermacher, sicher ein großer fachkundiger Unternehmer auch kein Aufsichtsratsmitglied sein, nicht einmal in seinem eigenen Unternehmen, weil er keine akademische Ausbildung hat. Ich verstehe das Ansinnen, dass die Leute eine Qualifikation und Ausbildung haben, aber Kontrollfähigkeit und Kontrollwunsch kann man nicht verordnen und ich würde auch wirklich sagen, absurd ist für mich auch dieser Vorschlag, dass es dann bei einem einzigen Unternehmen Wifi sein soll, wo solche Kurse auch noch angeboten werden, es ist absurd, dass es nur bei einem Unternehmen ist. Ich verstehe auch da das Anliegen, dass man geschult wird, verweise aber darauf, dass wir Schulungen sehr wohl hatten und dass das durchaus intensiviert werden kann vom Stadtrechnungshof usw. Zum zweiten Punkt, das ist der Grund, warum wir der Dringlichkeit zugestimmt haben. Einige, mit denen ich früher schon öfter gesprochen habe, wissen, dass es sehr lange schon Wunsch war, obwohl

es jetzt anders gehandhabt wurde, dass auch Vertreterinnen und Vertreter der Oppositionsparteien über Aufsichtsräte eine Einblickmöglichkeit kriegen, weil uns allen bewusst ist, dass der Kontrollausschuss eine sehr, sehr gute Möglichkeit zwar ist, dass der Beteiligungsausschuss auch für alle Fragen da ist, aber man kann einfach in dieser Kürze der Zeit nicht die 35 Gesellschaften, die die Stadt Graz hat, wirklich gut überblicken. Es ist überfordernd und es ist auch oft genau gerade in den Sitzungen möglich, ein Gespür für die Gesellschaft zu kriegen, ob es gut läuft, ob es nicht Punkte gibt, wo man nachfragen muss und wo man sich genauere Unterlagen zeigen lassen sollte. Daher auf jeden Fall Zustimmung zum zweiten Punkt und ich kann schon fast sagen ungläubige empörte Ablehnung des ersten Punktes (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Na ja, das Entscheidende fehlt mir in diesem dringlichen Antrag, nämlich die parteipolitische Unabhängigkeit. Wir haben ja einen ähnlichen Antrag einmal gestellt, jetzt nicht auf diese Qualifikationen hin, weil ich diese Qualifikationen für nicht sehr aussagekräftig halte. Drei große österreichische Unternehmen, Gast und Glock führt er als Aufsichtsrat oder war er, jetzt hat er eine Privatstiftung, mehrere tausend Mitarbeiter, Umsatzgrößen, von denen im Budget die Stadt Graz nur träumen könnte, einer der größten Waffenproduzenten bis hin in die Vereinigten Staaten. Wer fällt mir gerade noch schnell ein. Karl Blaschek, ehemaliger Gründer des Billa, bis vor wenigen Jahren auch Besitzer des Billa-Rewe-Konzern, ein Riesenunternehmen zigtausende Mitarbeiter im Übrigen, Lebensmittelbereich, das von der Qualifikation abhängig zu machen, der Karl Blaschek war im Übrigen, Kollege Hans-Harald Korschelt, wenn du mir die Höflichkeit deines Ohres schenken würdest, wenn es um deinen Antrag geht, dieser Karl Blaschek war im Übrigen Barpianist, der war auch imstande, ein Riesen Unternehmen zu führen und dann gibt es jetzt einen viel diskutierten Quereinsteiger in die Politik, einen Weizer, Dreher war er, glaube ich, der nach Amerika gegangen ist und auch eines der größten Unternehmen geführt hat

im Bereich der Autozulieferungen und mir ist nicht bewusst, dass er die akademische Graduierung bis auf unzählige Ehrendoktorwürden geschafft hat und bis kurz vor seinem Austritt aus seinem Unternehmen, ich will gar nicht Werbung für den machen, eigentlich im Aufsichtsrat seines Unternehmens selbst als Präsident gesessen ist und ich glaube sein Unternehmen auch gut geführt hat. Also wenn wir jetzt anfangen, da die Vizebürgermeisterin das jetzt anhand der Qualifikation, wann sie jemals mit Wirtschaft in Kontakt war oder nicht, abzuklopfen, dann sage ich, richte deinem Parteiohmann aus, er soll beim Zahnklempnern bleiben. Weil man kann ja diesen Tiefflug durchaus auch begegnen mit ähnlich tiefen Fliegern, es bringt uns nur nichts. Oder, ich schätze zum Beispiel euren Stadtrat sehr, aber es ist doch eine gefährliche Drohung für alle aufrechten freiheitlichen Wähler, dass gerade ein Banker von diesen fürchterlichen Bankern sie anführen soll, also wenn man da jetzt unser berufliches Vorleben uns gegenseitig vorhalten, Kollege Korschelt, Hans-Harald Korschelt, das hast du nicht notwendig, das haben viele andere auch nicht notwendig und ja, auch ich habe es und zwar auch einen ehrenwerten Beruf erlernt. Ich habe eine kaufmännische Lehrausbildung sogar mit ausgezeichnetem Erfolg bestanden. Wenn man jetzt die kaufmännische Lehre auch noch heruntermacht, ja dann frage ich mich, was wollt ihr für den kleinen Mann noch bei der Wahl vertreten? Nur mehr die Nadelstreif tragenden großdeutschen Bankiers oder was? Jetzt frage ich mich, soll man das einmal sagen, wenn ihr alles nur gerne vertreten wollt exklusiv, um das geht es nicht. Wir können dem Antrag aus einem einfachen Grund nicht zustimmen, weil der wesentlichste Punkt, der fehlt ihm leider, nämlich das, was die Aufsichtsräte brauchen, eine Äquidistanz zur Politik, nur um das geht es. Nur um das geht es, so lang aktive Mandatäre, Gemeinderäte in den Aufsichtsräten drinnen sitzen, so lange Aufsichtsratsmitglieder eher nach der parteipolitischen Färbung bestellt worden sind...

Zwischenruf GR. Hohensinner: In Kärnten gibt es das alles nicht.

GR. **Grosz:** ...Grüne, Schwarze und dass die Koalition einer Stadtregierung auf ein ausgelagertes Unternehmen übergegriffen hat in den Aufsichtsrat, so lange kann es nicht funktionieren. Entweder alle Fraktionen, das ist dann der Weg der politischen Besetzung, der Kontrollbesetzung, aber dann nicht so mildtätig nicken, ihr habt ja alle Fraktionen rausgeboxt, die KPÖ und wie sie alle heißen. Entweder alle Fraktionen oder die Politik gänzlich draußen. Aber es gibt nur zwei Möglichkeiten, die Mischform nur nach eigenem Gutdünken, die drinnen sitzen zu lassen, wo man gerade selbst eine Koalitionsmehrheit hat, die ist demokratiepolitisch bedenklich (*Applaus BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich glaube, man sollte nur noch einmal betonen, das was Gerhard Rüscher gesagt hat. Wir tun auch manchmal so, als wäre es vollkommen unnötig, dass man nur Expertinnen und Experten brauchen. Wir haben als schwarz/grüne Koalition ganz klar gesagt, dass es jetzt gilt, um unterschiedliche Unternehmungen in einen Reformprozess zusammenzuführen. Und das ist schon eine Herausforderung für das Management, das ist aber eine noch viel größere Herausforderung, wenn dann auch von Seiten des Aufsichtsrates unter Umständen da keine Unterstützung da ist. Habe ich das jetzt richtig verstanden, dass der Herr Gemeinderat Korschelt den Abänderungsantrag, den die KPÖ einbringen wollte, gleich hier in seinen Antrag quasi mündlich mit hineinformuliert hat. Das ist ganz wichtig, dass das jetzt alle Gemeinderatsmitglieder auch wissen. Das heißt, der ursprüngliche dringliche Antrag, wie wir ihn auch in den Klubs diskutiert haben, ist jetzt verändert worden durch einen Abänderungsantrag, der quasi gleich mit hineingenommen wurde. Dann möchte ich auch sagen, dass wir im Übrigen in unterschiedlichen Gesellschaften auch unterschiedlich stark vertreten sind, auch mit verschiedenen Fraktionen. Da steht jetzt im Punkt 2, ich lese ihn nur noch einmal vor: „Der Aufsichtsrat hat unter anderem eine wichtige Kontrollfunktion im Interesse des Eigentümers zu erfüllen, daher ist es nur legitim, wenn alle Fraktionen in Klubstärke des Gemeinderates und in diesem Gremium bei der Holding und der GBG vertreten sind und dies auch

verpflichtend eingehalten wird.“ Also bei der Holding und bei der GBG, bei den anderen nicht. Ich will das nur wissen.

GR.ⁱⁿ **Bergmann** (*begibt sich nicht zum Rednerpult*). Das ist jetzt einmal vorrangig...
(*Rest unverständlich*)

Bgm. Mag. **Nagl**. Der erste Punkt, weil ich das auch immer wieder gefragt werde, da geht es jetzt um diese Punkte 1, 2, 3, akademisches Studium, einschlägige Berufserfahrung, erfolgreiche Absolvierung...

GR. Mag. **Korschelt** (*begibt sich nicht zum Rednerpult*). Das stimmt nicht... (*Rest unverständlich*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe nur das vorgelesen, was mir zu Beginn der Sitzung schriftlich vorgelegt wurde und das ist in der Schriftleitung so und das ist bei mir so. Bis jetzt hat mir niemand...

GR. Mag. **Korschelt** unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das steht bei mir nicht, da steht bei mir, von dir unterfertigt, einschlägige Berufserfahrung in der Dauer von zumindest fünf Jahren. So, ich kann nichts dafür, wenn jetzt alle Anträge während der Sitzung verändert werden. Ich habe einschlägig, tiefgreifende Ausbildung, ich habe verlesen, einschlägige Berufserfahrung und erfolgreiche Absolvierung.

GR. Mag. **Korschelt**: Punkt a) einschlägig, tiefgreifende wie zum Beispiel, da steht es eh.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das habe ich eh gerade vorgelesen.

GR. Mag. **Korschelt**: Nein, das hast du nicht vorgelesen, weil du sagst immer nur von akademisch, das habe ich nie gesagt, wie zum Beispiel, das kann eine andere Ausbildung auch sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe das vorgelesen, was da gestanden ist. Aber du hast den Antrag trotzdem verändert mit dem Abänderungsantrag. Normalerweise wäre es ein Abänderungsantrag. Was soll ich tun, den Abänderungsantrag zulassen, dann haben wir das nachher nicht? Also, der Gemeinderat wolle beschließen, der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass Personen, die in den Aufsichtsrat stadteigener oder stadtnaher Betriebe entsandt werden, sollen zumindest eine der nachfolgenden Anforderungen erfüllen müssen: 1) einschlägige tiefgreifende Ausbildung wie zum Beispiel absolviertes akademisches Studium oder Fachhochschulstudium; 2)

einschlägige Berufserfahrung in der Dauer von zumindest fünf Jahren; 3) erfolgreiche Absolvierung eines eigens zu diesem Zweck von der steirischen Aufsichtsratsakademie angebotenen Kurses. Die zuständigen Stellen des Magistrates werden ersucht, eine Prüfung vorzunehmen, inwieweit diese Erfordernisse in das gesetzliche Regelwerk der Stadt Graz einfließen können. In der Folge möge ein diesbezüglicher Bericht dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden. Als ersten Punkt, und der zweite Punkt ist der, den die Frau Kollegin Bergmann in ihrem Abänderungsantrag ursprünglich formuliert hat.

Punkt 1 des dringlichen Antrages wird mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt des dringlichen Antrages wird mit Mehrheit angenommen.

10) Programm zur Barrierefreiheit in Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ich finde es schade, dass dieser dringliche Antrag jetzt zu doch sehr später Stunde verhandelt wird und nach einem langen Tag des Gemeinderates, ich glaube, dass dieser dringliche Antrag nicht so unwichtig ist. Ich schicke voraus, dass betroffene Rollstuhlfahrer ihn selbst auch formuliert haben, habe die Ehre, dass ich ihn vertreten darf als Gemeinderat, der ihn hier heute einbringt, aber dass dieser Antrag auch in den Details, und das würde mir niemand abnehmen, dass ich bis zur Ausmessung der Raumgröße, zum Wendekreis eines Rollstuhls Bescheid wüsste, sondern Betroffene haben ihn ausgearbeitet, Betroffene haben in dieser Stadt Probleme mit der Barrierefreiheit und Betroffene Menschen

mit besonderen Bedürfnissen, aber auch Menschen, ältere Menschen in dieser Stadt, die im Laufe ihrer Jahre und Jahrzehnte vor allem im Älterwerden auch Gehbehelfe brauchen, haben ihre Probleme, auch was natürlich den öffentlichen Wohnbau betrifft, weil es ja die letzten Jahrzehnte ja nicht immer so State of the Art war, dass es eine besondere Sensibilität für Fragen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen gibt. Der Gemeinderatsantrag in drei Seiten, in den Punkten Schaffung flächendeckender barrierefreier und rollstuhltauglicher Wohnungen, in den Teilpunkten Erstellung einer Wohnungs-Datenbank der Stadt Graz, der Einführung eines Zertifikates für Wohnungen in den Kategorien „Barrierefrei“, „Rollstuhltauglich“ und „geeignet für Menschen mit Schwerstbehinderung“, in den Punkten barrierefreie Infrastruktur, Gehwege u. öffentliche Gebäude, liegt Ihnen im Detail seit gestern 14.00 Uhr vor und ich glaube, ich erspare es mir, jetzt im Detail von den flachen Gehwegen mit Aus- und Auffahrtsmöglichkeiten etc. hier lange zu berichten. Nicht aus einer Geringschätzung vor diesem Thema, sondern einfach auch aufgrund der Fülle eines Antrages, der wirklich bis ins kleinste Detail einen Maßnahmenkatalog vorschlägt, wie man Graz in sehr wesentlichen Bereichen des öffentlichen Raums, aber auch in wesentlichen Bereichen des Wohnbaus, barrierefrei gestaltet.

Daher stellt der unterfertigte Gemeinderat und in dem Fall unterstreiche ich das unterfertigte, der geistige Besitz dieses Antrags, der liegt woanders, folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates prüfen die im Motivenbericht formulierte Liste von Vorschlägen auf ihre Umsetzbarkeit und erstatten dem Gemeinderat in Bälde Bericht.

Ich glaube, das ist sehr sinnvoll, ich glaube, dass wir anhand dieses Antrages auch selbst Initiativen hier vorgezeigt bekommen, aber auch Denkanstöße in einer

Behindertenpolitik, wie wir sie selbst in vielen Bereichen nicht wissen, also auch für mich war sehr vieles sehr überraschend und für mich war sehr vieles selbstverständlich, was offenbar nicht der Fall ist. Ich ersuche daher um Ihre Zustimmung (*Applaus BZÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 20.25 Uhr den Vorsitz.

GR. **Baumann** zur Dringlichkeit: Wir Grüne stimmen diesem Antrag zu mit der einen Bedingung, Herr Gemeinderat, Sie beschäftigen sich bis Weihnachten mit all den Dingen, die es in der Stadt schon zum Thema Barrierefreiheit gibt. Geben Sie mir Ihr Wort dafür, dann stimmen wir dem zu. Gut. Danke.

GR. Mag. **Kowald**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald Grosz! Eine kleine Belehrung, in deinem Antrag kommt noch das Wort Menschen mit besonderen Bedürfnissen vor. Die politische Korrektheit wandelt sich ständig und entwickelt sich auch. Sie hat aber jetzt einen sehr guten Stand. Wir Menschen mit Behinderung möchten auf keinen Fall, dass man sagt, wir haben besondere Bedürfnisse. Wir möchten leben wie ihr auch, wir möchten arbeiten, wir möchten die Freizeit verbringen, wir möchten das Berufsleben verbringen, wir haben aber keine besonderen Bedürfnisse. Also ändere das bitte in der Zukunft (*Applaus ÖVP*). Wir haben uns mit dem Antrag eingehend beschäftigt, er streift sehr, sehr viele Bereiche, er umschreibt die österreichischen Normen, wie sie existieren, er beschreibt die Novelle, wie sie eingeflossen ist in das Steirische Baugesetz im Mai 2011 und er tangiert auch andere Bereiche, wichtige Bereiche. Es ist aber trotzdem so, dass nicht

alles überlegt ist und ich möchte vorausschicken, Gerald, ich schätze dich als ehemaliger Bleistiftspitzer von Minister Haupt außer Dienst, aber du warst noch nie dabei beim Behindertenbeirat in der Stadt Graz, du hast dich noch nie beteiligt beim Referat für barrierefreies Bauen der Stadt Graz, wo man sich überall einbringt und wo man massiv arbeitet, auch in diesen Bereichen. Wir haben so viele Konzepte vorgelegt, fixfertig ausgearbeitete Konzepte, die im Referat für barrierefreies Bauen etc. vorliegen, aber wir können diese erst in die Politik einbringen, wenn sich der Anlassfall bietet. Bitte beschäftige dich auch damit. Ich kann dir nur sagen, aus unserer Sicht ist der Gedanke, dass man für Menschen mit Behinderungen sich einsetzt, egal ob es um Freizeit geht, ob es um das Berufsleben geht, egal ob es um Familie geht, sehr, sehr wichtig. Wir unterstützen die Dringlichkeit und ich bin auch der Meinung, dass man immer wieder überprüfen muss, ob man nicht noch stärker unterstützend da sein kann für Menschen mit Behinderung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald! Es ist schon gesagt worden, wir haben Grund, stolz auf die Stadt Graz zu sein, wir haben nämlich schon vieles erreicht, aber das Thema ist auch uns so wichtig, dass wir der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Nur vielleicht kurz zur Information. 1985 haben wir in der Stadt Graz als erste Stadt in Österreich das Referat für barrierefreies Bauen, 1993 haben wir einen Gemeinderatsbeschluss über die Grundsätze des barrierefreien Bauens in Graz gefasst, 1997 haben wir die Barcelona-Erklärung beschlossen und das, was im Antragstext bei dir drinnen ist, Gerald, sind 80 oder 90 % bereits gesetzliche Grundlagen beziehungsweise Ö-Normen. Und dass unser Referat für barrierefreies Bauen alles schon eingearbeitet hat, ist bekannt, dir noch nicht, aber ich darf dir diesen Maßnahmenkatalog übergeben (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

GR. **Grosz:** ja, also danke für die unzähligen Belehrungen, die nehme ich auch gerne alle auf. Wie gesagt, ich habe beim Herbert Haupt nur Bleistifte gespitzt und mich wenig um die Behindertenpolitik gekümmert, im Übrigen, es war weniger Bleistiftspitzen, es war eher Aktentragen, vom Aktenträger zum Hoffnungsträger, das ist dann die Metamorphose, aber egal. Kolleginnen und Kollegen, das Einzige, wo ich mir jetzt ein bisschen schwer tu bei dem Antrag ist und wo ich mir überlege, ob wir ihn nicht zurückziehen sollten, ist die Wortmeldung von drei Gemeinderäten, dass eigentlich eh schon 80/90 % von dem umgesetzt ist. Dann brauchen wir es ja nicht beschließen. Also warum beschließen wir es dann, jetzt einmal ernsthaft, jetzt gehn wir einmal weg von den typischen parteipolitischen Hickhack, man traut sich, wir ertappen uns ja selbst dabei, tunlichst etwas immer zu beschließen, wo Menschen mit Behinderung, ich hoffe, Kollege Kowald, jetzt passt es bei mir, wo Menschen mit Behinderung draufsteht. Also wir wollen jetzt alle etwas beschließen, weil Menschen mit Behinderung draufsteht, aber drei Redner vor mir belehren mich und meinen rollstuhlfahrenden Mitfreund und Mitstreiter, Bernhard Albert, dass das eh schon alles existiert. Na, warum stimmen wir dann mit? Ist es jetzt irgendeine Quotenabstimmung, dass wir sagen, ich komme nicht mit, drei, eine sozialdemokratische Rednerin, gibt mir in die Hand sagt, in Graz fließt Milch und Honig für Menschen mit Behinderung. Ein Redner von der ÖVP, Gott sei Dank nicht, aber halt auch sehr belehrend, aber sei es drum, und der Redner der Grünen sagt, wenn ich ihm verspreche, dass ich mich über die ganzen tollen Maßnahmen endlich erkundige, dann lassen wir es. Ich will euch ja nicht zu etwas zwingen, nur weil draufsteht Menschen mit Behinderung, damit ihr besser schlafen könnt, um das geht es mir nicht, um euer Seelenheil geht es mir wahrlich nicht. Und um die Seelenreinigung von Gemeinderäten, die in der Politik genug andere schlimme Dinge auf sich laden, um das geht es mir auch nicht. Mir geht es um die Sache, und es haben mir Menschen mit Behinderung, Entschuldigung, ich bin da auch noch codiert aus einem von mir mitentwickelten internationalen Jahr und aus einer Behindertenmilliarde in Österreich, die wir dann auch umtaufen haben müssen, die Sissi Potzinger weiß das, die Behindertenmilliarde und auch dieser Titel meine Idee

war und auch von mir promotet worden ist, auch das Behindertengleichstellungsgesetz, das es ja schändlicherweise erst nach dem Bundestierschutzgesetz in Österreich gegeben hat, nur zu dem Thema. Wir waren in Österreich fähiger, ein Bundestierschutzgesetz zu beschließen anstatt ein Behindertengleichstellungsgesetz, aber sei es drum. Ich will es niemanden schwermachen, logisch, ihr kommt alle heraus und sagt, das gibt es alles. In eurer grenzenlosen Überheblichkeit und vergesst, dass das ein Rollstuhlfahrer ausgearbeitet hat und glaubt, ihr schlagt mich, und ich sage euch aber dreimal vorher, Freunde, das kommt vom Betroffenen und ihr geht trotzdem in Überheblichkeit heraus, wir stimmen zwar zu, aber es geht ja um Behinderte, ist klar, aber wollen tun wir es nicht, weil es ist eh schon so vieles umgesetzt. Das ist Heuchelei und das habt ihr heute einmal mehr abgeliefert, daher war diese Debatte der schändliche Tiefpunkt des heutigen Tages.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11) Erschließung beziehungsweise Ausweitung der Nutzungsmöglichkeiten des öffentlichen Raumes – außerhalb beziehungsweise abseits von gewerblichen Einrichtungen

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute sehr intensiv über das Café Rosenhain diskutiert, debattiert, habe das intensiv verfolgt. Es war

auch Ausgangspunkt meiner Überlegungen, weil ich hier geortet habe, dass zwei gegensätzliche Entwicklungen sind, das eine ist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) eine durchaus betriebswirtschaftlich gewollte Immobilienentwicklung, aber leider Gottes die bürgerferne Entwicklung, die dort gegeben ist, in dem zumindest die Gefahr einmal latent ist, dass Personen von diesem Ort, um sich wohlfühlen, um sich aufzuhalten, ferngehalten werden, weil sie eben ein gewisses Maß an Konsumzwang sich nicht unterwerfen möchten, einfach in ein Spannungsfeld geendet hat. Daher habe ich das als Anlasspunkt genommen, weil ich auch mir in meinen Augen die Entwicklung in der Stadt Graz vor Augen führen habe lassen, wie wir einen Platz nach dem anderen im Grund vom Grün entfernt haben, wo wir eigentlich relative Steinwüsten entwickelt haben, ob das jetzt der Jakominiplatz ist, ob das der Tummelplatz ist oder andere und dass noch dazu offene konsumfreie Zonen, wie wir sie noch zum Teil beim Eisernen Tor haben, am Schloßberg haben oder im Stadtpark, aber zunehmend zurückgedrängt werden und nur mehr Platz für geschäftliche Zwecke, Gastgärten etc. entwickelt haben.

Zwischenruf GR. Baumann: Warst du nicht für einen Gastgarten am Hauptplatz?

GR. Mag. **Mariacher**: Diese Gesamtentwicklung für die Stadt Graz erscheint mir überdeutlich in eine zu extreme Richtung zu gehen, es muss für beide Bereiche ausreichend Platz geschaffen sein und daher denke ich, dass hier die Stadt Graz aufpassen muss, dass wir hier nicht in eine Sackgasse münden. Ich denke, die Grazerinnen und Grazer sollten das Recht haben, sich wirklich kurz und über mittlere Zeiten sich in öffentlichen Flächen in angenehmer Atmosphäre natürlich mit entsprechenden Sitzgelegenheiten aufzuhalten und ich danke vorab schon für die

Diskussionen und Beiträge, die in der Vorüberlegung gemacht worden sind, die eigentlich meinen Antrag verstärken, so habe ich es bisher von den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat verstanden.

Ich stelle daher in diesem Zusammenhang als unabhängiger Gemeinderat den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Bürgermeister Mag. Nagl ersuchen:

1. die städtische Verwaltung zu beauftragen, möglichst unter Einbezug auch der Verwaltungsinstitution von Landes- und Bundesflächen, wie zum Beispiel den Vorplätzen der Grazer Bahnhöfe, einen Vorschlag zu erstellen, wie diese öffentlichen Flächen einem Aufenthalt der GrazerInnen sowie der Graz-TouristInnen besser zugänglich gemacht werden können, wozu gegebenenfalls auch zweckdienlichste Erfahrungen von andernorts einzuholen sind;
2. dazu auch den zugehörigen Aufwand für Herstellung und Unterhalt beizuschließen und dem Grazer Gemeinderat bis spätestens Anfang 2013 zu übermitteln, um zumindest in Ansätzen eine Beschlussfassung zu Sommerbeginn 2013 zur Wirkung bringen zu können.

Bitte um Unterstützung. Danke.

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, lieber Antragsteller! Gestatte mir, dass ich mich der Beantwortung der Frage nach der Dringlichkeit über den Text nähere, und deine textlichen Formulierungsvarianten haben durchaus gewisse Auffälligkeiten. Ich habe mich dann gefragt, es ist bekannt, dass sich die Linguistik seit jeher mit den Themen der Textverständlichkeit und des Textverstehens beschäftigt und seit den frühen 70er-Jahren zunehmend auf empirischen Grundlagen. Ich habe mir dann angeschaut, dass sprachwissenschaftliche Dimensionen optimaler Texte im

sogenannten Hamburger Verständlichkeitsmodell sich wiederfinden, das auf empirischen Analysen beruht und dort also auf theoretisch deduktiven Verständlichkeitsmethoden von Prof. Gröwan, das ist ein interessanter Mann. Jedenfalls wird dort gefordert, dass diese Dimensionen in drei Punkten erfüllt sein müssen. Einfachheit, Ordnung, Prägnanz, und die Dimension der Einfachheit stützt sich dabei auf Ergebnisse der sogenannten Lesbarkeitsforschung, interessantes Wort, um das mit deinen Worten etwas anders auszudrücken, bezüglich dieses Antrages der immense Usus exterritorialer Vokabel in der germanistischen Linguistik ist mit dezidierte Fanatismus um das maximale Minimum zu reduzieren. Wenn Ihnen meiner Ausführungen jetzt ungewöhnlich missverständlich vorgekommen sind, dann haben Sie mich falsch verstanden. Tatsache ist, dass im Hinblick auf diesen Antrag der Text des Antrages mäandert um einen Inhalt, der weitgehend im Unklaren bleibt, um dann mit der Explosionskraft eines Wattebällchens plötzlich ans Tageslicht zu kommen. Fakt ist auch, dass wir der Dringlichkeit des Antrages aus den vorerwähnten Gründen nicht zustimmen können (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 20.50 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper:** Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne zu später Stunde für den Kollegen Gerhard Mariacher eine Lanze brechen. Er bemüht sich Gemeinderatssitzung um Gemeinderatssitzung um Anträge, die wir nicht immer verstanden haben, die für uns nicht immer einlesbar gewesen sind, aber er hat sich bemüht, er hat sich eingearbeitet und das ist durchaus trefflich zu bewerten, nämlich als Leistung. Und deswegen möchte ich die Lanze für Gerhard brechen, schließlich ist es ja auch eine seiner letzten Gemeinderatssitzungen mutmaßlicherweise und es gehört einfach zum Selbstverständnis, dass wir uns

solidarisch erklären. Ich habe auch diesmal versucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, sinnerfassend den Text durchzuarbeiten und möchte euch bitten, euch zu konzentrieren auf den ersten Absatz seines Textes. Denn es geht schlichtergreifend darum, dass im öffentlichen, Raum sprich auf Straßen und Plätzen, zuwenige konsumfreie Sitzgelegenheiten vorhanden sind und das ist der Punkt, den die Grazerinnen und Grazer und die Touristinnen und Touristen durchaus zu Recht kritisieren. Um dem Antragsteller doch die Möglichkeit zu bieten, einen Erfolg heute heimbringen zu können, weil wir ihn verstanden haben und weil ich gerne eine Übersetzung präsentieren möchte, wo ich um die Zustimmung von euch Kolleginnen und Kollegen ersuche, dazu bedarf es aber auch der Zustimmung der Dringlichkeit, möchte ich einen Abänderungsantrag stellen. Und zwar aus unserer Sicht eine verständliche: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Bürgermeister Nagl, die zuständigen Stellen der Stadt Graz - unter Einbindung aller relevanten Gebietskörperschaften – überprüfen zu lassen, inwieweit auf öffentlichen Straßen und Plätzen mehr konsumfreie Sitzgelegenheiten, zum Beispiel Sitzbänke, aufgestellt werden können.

Das ist die Schlussfolgerung des Gerhard Mariacher und ich bitte, diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben. Danke herzlich (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Antragsteller! Mit Freude haben wir festgestellt, dass wir nicht die Einzigen sind, die für das Thema Freiraum und konsumfreie Zonen in der Stadt kämpfen. Ich war wirklich ziemlich überrascht, weil wir hier herinnen ja schon so manch heiße Debatte um das Thema konsumfreie Räume im innerstädtischen Bereich geführt haben, und ich kann mich noch gut erinnern, wie der Kollege Mariacher damals noch sehr stark die Wintergastgärten unterstützt hat und auch den Gastgarten am Grazer Hauptplatz.

Zwischenruf GR. Schröck: Da war er nicht unabhängig.

GR.ⁱⁿ **Jahn**: Und insofern bin ich froh, dass Sie jetzt auch an die Menschen denken, die eben nicht im Gastgarten sitzen wollen oder auch können aus unterschiedlichen Gründen und dass sie auch daran denken, wie wichtig es ist, dass wir in unserer Stadt Orte und Plätze haben, wo sich die Menschen einfach hinsetzen können, ein bisschen ausrasten, und damit meinen wir wirklich alle Menschen, die mit viel Geld, auch die mit gar keinem Geld, die Großen und die Kleinen und auch die, die vielleicht ganz anders sind und von denen auch viele hier herinnen eigentlich es nicht so gerne haben, dass man sie auch im öffentlichen Raum sieht. Insofern gibt es natürlich von unserer Seite her eine Unterstützung zu diesem Thema. Es ist tatsächlich eine dringliche Sache, denn wir haben auch in den letzten Monaten und Jahren bemerken können, dass auch zunehmend Sitzgelegenheiten auch abhanden kommen. Ein weiterer Punkt, der hier leider nicht angesprochen ist, ist auch die Frage der Beschattung von öffentlichen Orten, weil gerade am Hauptplatz haben wir das Problem, selbst wenn man dort sitzen könnte, wäre es extrem schwierig, weil es einfach extrem heiß ist gerade im Sommer und die Frage der Beschattung durchaus oder auch die Frage von zusätzlichen Brunnen auf öffentlichen Plätzen durchaus ein Thema ist, worüber wir nachdenken müssen, damit sich Menschen auch hinsetzen, sich wohlfühlen und auch die Zeit im Freien ohne Konsumzwang dementsprechend nutzen können. Insofern stimmen wir dem Antrag zu, werden dem Abänderungsantrag zustimmen, aber das bitte so zu verstehen, dass wir das Anliegen verstanden haben und das auch sehr gerne unterstützen möchten (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Wir werden dem Antrag auch zustimmen, weil wir ihn eigentlich auch verstanden haben. Also man braucht ja, also wenn ihn selbst Klubobmann Herper versteht...

GR. Dr. Piffl-Percevic: *Was soll denn das jetzt heißen?*

GR. **Grosz**: Warum sollen wir ihn nicht alle verstanden haben, es haben ihn ja einige verstanden, auch Kollege Frölich hat ihn ja verstanden und versucht, in ähnlicher Verwendung vieler Fremdwörter seinen Redebeitrag zu verklausulieren. Also ob das jetzt dein letzter Gemeinderat oder vorletzter oder vielleicht folgen noch fünf Jahre oder was auch immer ist, mir ist das relativ egal, ich halte den Antrag, zumindest die Zielsetzung, für hochintelligent, das können wir auch unterstützen. Ich darf dir aber für den weiteren politischen Lebensweg nur einen Rat geben, lies Matthäus 7, Kapitel 6: „Ihr sollt das Heilige nicht den Hunden geben und eure Perlen sollt ihr nicht vor die Säue werfen.“ Vielleicht hilft dir auch dieser Spruch, manches Mal zu verstehen, dass du vielleicht in deiner Antragsformulierung unverstanden bist und besänftig dich auch an einem heutigen Tag, wo du einen sehr sinnvollen Antrag eingebracht hast. Das kann nicht einmal eine Beleidigung sein, denn was ist wahrhaftiger als die heilige Bibel (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke jedem Einzelnen für seine Wortmeldung, das eine oder andere an intellektueller Klinge werden wir sicher außerhalb des Gemeinderates noch erörtern, das muss hier nicht sein. Ich denke in letzter Konsequenz haben alle verstanden, um was es geht. Ich danke auch den

Grünen für die Ergänzung mit der Beschattung, die sicherlich in der heißen Sommerzeit sicher auch ein wesentliches Zusatzkriterium auch noch ist. Klubobmann Herper kann ich für die Übersetzung auch danken, das in einen Satz ausgedrückt zu haben, genau um das ging es. Das war meine Intention, ich glaube eine sehr wichtige, die wir verfolgen sollten in weiterer Konsequenz, weil eben beides, das eine, das Wirtschaftliche, die Gastronomie und eben diese Freiräume für die Bevölkerung, beides nebeneinander, zueinander existieren muss, damit die Wirtschaft blüht, aber damit die Menschen, die sich einem Konsumzwang nicht unterwerfen möchten, auch Möglichkeiten haben, sich in der Innenstadt in den sehr begehrten Gassen und Plätzen und Straßen aufzuhalten und hier auch fröhlich und zufrieden sein zu können. In diesem Sinne danke für die Unterstützung (*Applaus Grüne und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Abänderungsantrag von GR. Herper wurde einstimmig angenommen.